

Grundeinkommen

Mallock, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mallock, W. (2011). *Grundeinkommen*. (Recherche Spezial, 1/2011). Bonn: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371810>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Grundeinkommen

2011|01

Grundeinkommen

bearbeitet von
Wolfgang Mallock

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften (FIS)
bearbeitet von: Wolfgang Mallock
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2011 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Modelle, Konzepte, Theorien.....	9
2	Gesellschaftliche Debatte.....	22
3	Sozialpolitische Aspekte / Einstellungen.....	29
4	Ehtik / Gerechtigkeit / Freiheit.....	41
5	Feminismus / Nachhaltigkeit.....	55
6	Internationale Aspekte / Vergleiche.....	63
7	Politische Aspekte / Sichten.....	67
8	Finazierung.....	81

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	85
Personenregister.....	87
Sachregister.....	89
Institutionenregister.....	97

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	101
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	101

Vorwort

Die vorliegende *Recherche Spezial* beleuchtet die Diskussion zum Grundeinkommen, wie sie seit ca. 2000 in Deutschland, Österreich und der Schweiz geführt wird. Die Basis der Widerspiegelung dieser Diskussion bilden die in den GESIS-Datenbanken SOFIS (Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem) und SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) dokumentierten sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte und Publikationen aus dem deutschsprachigen Raum zu diesem Thema. Unter den hier zusammengestellten Publikationen sind auch einige, die die Diskussion zum Thema seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahren zusammenfassen.

Die gewählte Gliederung dient in erster Linie der formalen Strukturierung der Gesamtmenge der Nachweise. Inhaltlich sind die Gliederungspunkte bestenfalls Schlaglichter für die Schwerpunktsetzung der einzelnen Publikationen bzw. Forschungsprojekte, unter denen das Thema Grundeinkommen behandelt wird. Eine trennscharfe inhaltliche Abgrenzung der Inhalte der dokumentierten Diskussion zum Grundeinkommen kann und will die Gliederung nicht sein. Zum einen werden in jedem Projekt und in jeder Publikation mehrere Aspekte des Grundeinkommens behandelt, zum anderen wird der Begriff „Grundeinkommen“ inhaltlich und kontextuell sehr unterschiedlich verwendet.

In der Öffentlichkeit gibt es - quer durch alle politischen und sozialen Schichten - eher eine Zustimmung als eine Ablehnung zu einem Grundeinkommen. Die Online-Petition zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens an den Deutschen Bundestag, die Susanne Wiest einbrachte und die von 52.973 Unterstützern mit unterzeichnet wurde, ist die bisher am breitesten unterstützte Online-Petition.¹ Das Interesse an der Unterstützung war zeitweilig so groß, das der Server im Bundestag vorübergehend den Dienst quittierte.

Die in den letzten Jahren geführte Diskussion um einen erweiterten Arbeitsbegriff spiegelt sich auch im Kontext der Diskussion zum Grundeinkommen wider. Der Grundidee eines Grundeinkommens – Entkopplung von Arbeit und Einkommen – lag in der Entstehungsphase der Diskussion ein anderer Arbeitsbegriff (klassische Erwerbsarbeit) zugrunde, als er gegenwärtig unter dem Aspekt „erweiterte Arbeit“ (bspw. Integration von Familienarbeit) diskutiert wird². Weniger reflektiert werden mögliche Konsequenzen der Variation des Arbeitsbegriffes für den Leistungsbegriff. Der Leistungsbegriff selbst reicht mit gesellschaftlicher Relevanz ohnehin über die Sphäre der Arbeit hinaus (Schule, Freizeitsport, Gesundheitsprävention ...). In medizinischen und medizinnahen Bereichen wird unter ethischen und datenschutzrechtlichen Aspekten bspw. im Kontext von Biobanken über die Objekt- / Subjektkontrolle des Einzelnen und damit seines Einflusses diskutiert³, den er auf den Nutzen von Biobanken für die Gesellschaft hat bzw. haben soll.

Grundeinkommen wird auch Kontext der Nachhaltigkeitsförderung erörtert. Die jeweils lebenden Generationen hat sich die Erde als Lebensraum nur von den kommenden Generationen geborgt, geliehen. Unter diesem Gesichtspunkt kann danach zu fragen, ob die Teilnahme bspw. an Aktionen für den Ausstieg aus der Atomenergie oder für die Verhinderung der CO₂-Verpressung nicht als eine gesellschaftlich wertvolle Leistung zur Findung sinnvoller Lösungen zum Erhalt des Lebensraumes und der Lebensqualität jetziger und künftiger Generationen verstanden werden kann. Das gilt auch für die jeweilige Gegenposition.

1 Siehe u.a.: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/31904334_kw45_pa_petitionen/, <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=1422> oder <http://www.google.de/search?q=grundeinkommen+petition> (aufgerufen am 23.02.2011)

2 Siehe u.a. Nierling, Linda: (Kollektive) Eigenarbeit in neuer Qualität? Der Prosumer im Kontext der Debatte um erweiterte Arbeit. - In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 2(2010)32. – S. 194 - 205

3 Siehe u.a. Pettersen, Imme: Forschungsteilnahme als Sozialpflicht? Zur Vergesellschaftung von Geweben und Daten in der Biobankforschung. - In: Berliner Debatte Initial 4(2010)21. S. 41-50
Beier, Katharina: Das Prinzip der informierten Zustimmung in der Biobankforschung – (K)ein Konsens in Sicht. - In: Berliner Debatte Initial 4(2010)21. - S. 51-63

Ein soweit gefasster Leistungsbegriff impliziert die Frage, ob es dann überhaupt ein leistungs- oder gar voraussetzungsloses Grundeinkommen (im Sinne von nichts dafür getan zu haben) geben kann. Oder andersherum gefragt: Wenn kein Mitglied der Gesellschaft leben kann, ohne etwas für sich, für seine Interessen zu tun und damit zugleich auch etwas für die Gesellschaft / Gemeinschaft Wertvolles leistet, wäre dann nicht der Anspruch, das Recht des Einzelnen auf ein lebenslanges existenzsicherndes und wesentliche Freiheitsgrade für die Selbstentfaltung des Einzelnen garantierendes - wie auch immer strukturiertes - Grundeinkommen von der Gesellschaft für diese Grundleistung ohne einen formalen „Arbeitsvertrag“ eine logische Konsequenz? Aber wie hilfreich ist ein solch weiter Leistungsbegriff? Ist er theoretisch und praktisch überhaupt zu bewältigen? Die hier präsentierten Publikationen und Forschungsprojekte halten auch Ansätze für kontroverse Antworten auf diese Fragen bereit.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F".

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Modelle, Konzepte, Theorien

[1-L] Amann, Anton:

Individualismus und Sozialreform bei Josef Popper-Lynkeus, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie : Vierteljahresschrift der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 27/2002, H. 1, S. 78-92 (Standort: USB Köln(38)-XH2528; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert das erstmals 1912 erschienene Buch von Josef Popper-Lynkeus "Die allgemeine Nährpflicht, als Lösung der sozialen Frage", in welchem eine vollständige Sozialreform vorgeschlagen wird, die eine Gesellschaft ohne Krieg, Armut und Not herbeiführen soll. Als ein spätes, von älteren Aufklärungs- und Humanitätsideen inspiriertes Programm einer besseren Welt ragt dieser Entwurf ins 20. Jahrhundert hinein. Gegenüber den Interpretationen der "Socialen Frage", die seit dem beginnenden zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts auftauchen, wird diese bei Josef Popper-Lynkeus zur "Magenfrage". Die Lösung ist weder eine "Association" im Lassalle'schen Sinne, noch eine Spielart von Genossenschaften, noch die Abschaffung des Staates, sondern eine staatlich gelenkte und kontrollierte Grundversorgung von Lebensmitteln, ergänzt um ein marktwirtschaftliches Segment, über das Kulturgüter wie auch Luxus befriedigt werden sollen. Der Autor beschreibt Josef Popper-Lynkeus' Idee des Individualismus und deren Umsetzung in einem Ministerium für Lebenshaltung als Zwangsanstalt. Er diskutiert ferner die späte Aktualität von Popper-Lynkeus' Konzeption auf dem Hintergrund heutiger Debatten über ein gesichertes Grundeinkommen. (ICI2)

[2-L] Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Urheber):

Memorandum 2006: mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung, (Neue kleine Bibliothek, 112), Köln: PapyRossa Verl.-Ges. 2006, 300 S., ISBN: 3-89438-343-7 (Standort: UB Bonn(5)-2006/4786)

INHALT: Auf der Basis eines keynesianischen Theorieansatzes betont die "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftstheorie" die Notwendigkeit staatlicher Interventionen in den nicht krisenfreien Marktmechanismus. Am Beispiel der skandinavischen Länder wird deutlich gemacht, dass der Wohlfahrtsstaat keine Utopie sein muss. Das Memorandum 2006 fordert eine gute Bildung für alle und plädiert für eine nachhaltige Finanzpolitik im Zeichen eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit mehr Steuergerechtigkeit und höheren Steuern. Für die neuen Bundesländer wird ein "Solidarpakt III" gefordert und es werden Schritte zur Gegenwehr gegen eine Neoliberalisierung Europas skizziert. Zudem wird ein arbeitsmarktpolitischer Neuanfang nach dem "Hartz-Desaster" befürwortet. Das Memorandum spricht sich gegen Kombilohn-Modelle ("nur zielgruppenorientiert und befristet tauglich"), für Mindestlöhne und für eine armutsfeste Grundsicherung ("statt bedingungslosem Grundeinkommen") aus. (ICE)

[3-F] Bauer, Tobias (Bearbeitung); Stutz, Heidi (Leitung):

Modelle zu einem garantierten Mindesteinkommen: sozialpolitische und ökonomische Auswirkungen

INHALT: Im Juni 2000 überwies der Nationalrat eine Richtlinienmotion seiner Spezialkommission "Legislaturplanung 1999-2003" betreffend existenzsicherndes Grundeinkommen in der Form eines Postulats. Diese Intervention verlangte einen Bericht, der die sozialen und ökonomischen Auswirkungen verschiedener Modelle eines existenzsichernden Grundeinkommens darlegt und aufzeigt, inwieweit sie geeignet sind, wachsenden Disparitäten in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Eine Literaturrecherche des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS von 1995 deckte bereits einen großen Teil dieser Forderungen ab. Deshalb erachtete es das Bundesamt für Sozialversicherung als ausreichend, die damalige Recherche zu aktualisieren und zu ergänzen. Neben der neueren Literatur allgemein sind Weiterentwicklungen und neue Modelle berücksichtigt sowie die in den letzten Jahren im Ausland und der Schweiz gemachten Erfahrungen. Ein Akzent liegt auf den Verteilungseffekten. In die 1995er Recherche waren knapp hundert Publikationen einbezogen. Mit der Überarbeitung sind noch einmal so viele dazugekommen. Die meisten Beiträge haben gemeinsam, dass sie angesichts

anhaltender Armut sowie anhaltender Finanzierungsprobleme des Sozialstaats ein Ungenügen der hergebrachten Systeme der sozialen Sicherung diagnostizieren und Formen eines Garantierten Mindesteinkommens (GME) als Möglichkeit zur Verbesserung von Effektivität und Effizienz der sozialen Sicherung sehen. Weitgehend unbestritten sind dabei auch Zielkonflikte zwischen GME-Höhe und Arbeitsanreiz einerseits sowie Finanzierbarkeit eines GME-Programms andererseits. In den letzten Jahren sind Beschäftigungseffekte angebots- und nachfrageseitig zum wichtigen Thema geworden (Stichworte: Arbeitslosigkeit, Working Poor). Auch eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse wird weitherum als unabdingbar betrachtet. Damit steht zur Diskussion, wie die Flexibilität sozial abgesichert werden könnte (Stichwort: Flexicurity). Die Studie ist nicht nach einzelnen Publikationen, sondern nach den wichtigsten Modellen und Fragestellungen gegliedert. Zu diesen Modellen und Fragestellungen werden jeweils die Ergebnisse von mehreren Publikationen referiert. Um den Zugang über einzelne Publikationen ebenfalls zu ermöglichen, ist eine kommentierte Literaturliste angehängt. Die Fragestellungen werden zunächst im Überblick dargestellt. Dabei zeigt sich, dass bereits die erwähnten Ausgangsprobleme sehr heterogen sind, was auf die über ein GME zu erreichenden Ziele durchschlägt. Als wichtigste Modelle werden sodann Negative Einkommenssteuer (NES), Steuerkredite, Lohnsubventionen, Sozialdividende (oft mit dem englischen Ausdruck als "basic income" bezeichnet), bedarfsorientierte Grundsicherung sowie Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung (nach dem Vorbild des französischen RMI) näher vorgestellt. Bei jedem Modell werden auch Diskussionen und Erfahrungen aus dem In- und Ausland referiert. Während die früher am heftigsten diskutierten Modelle einer NES und einer bedingungslos bezahlten Sozialdividende in keinem Land als Grundsicherungsinstrumente realisiert wurden, erfreuen sich (mit der NES verwandte) Steuerkredite in anglo-amerikanischen Ländern zunehmender Popularität, während viele EU-Länder und die Schweiz bislang eher Elemente der bedarfsorientierten Grundsicherung und des Mindesteinkommens zur Wiedereingliederung umsetzten. Ein weiterer Schwerpunkt der Literaturrecherche ist die Bewertung der verschiedenen Modelle anhand folgender Beurteilungskriterien: Wirksamkeit bei der Verminderung von Armut (Effektivität), kostengünstige Zielerreichung (Effizienz), Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Auswirkungen auf die Verteilung von Arbeit und Einkommen, weitere Verhaltensänderungen, gesamtwirtschaftliche Folgewirkungen, GME-Höhe und Finanzierbarkeit sowie Kompatibilität mit Steuer- und Sozialsystem. Weitere Informationen: s. www.sidos.ch/fw_query/si-web2.fwx?htm.sel0=8172. ZEITRAUM: 2001-2002

METHODE: Literaturrecherche

VERÖFFENTLICHUNGEN: Stutz, H.; Bauer, T.: Modelle zu einem garantierten Mindesteinkommen. Sozialpolitische und ökonomische Auswirkungen. Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung 2003. Download: www.bsv.admin.ch/forschung/publikationen/15_03d_eBericht.pdf. +++Stutz, H.; Bauer, T.: Modèles de revenu minimum garanti. Effets socio-politiques et économiques. Aspects de la sécurité sociale. Berne: Office fédéral des assurances sociales 2003. Download: www.bsv.admin.ch/forschung/publikationen/15_03f_eBericht.pdf. +++Stutz, H.; Bauer, T.: Modelli di reddito minimo garantito. Ripercussioni sociopolitiche ed economiche. Aspetti della sicurezza sociale. Berna: Ufficio federale per le assicurazioni sociali 2003. Download: www.bsv.admin.ch/forschung/publikationen/15_03i_eBericht.pdf.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2001-10 *ENDE:* 2002-02 *AUFTRAGGEBER:* Bundesamt für Sozialversicherung -BSV- *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien -BASS- AG (Konsumstr. 20, 3007 Bern, Schweiz)

KONTAKT: Leiterin (e-mail: heidi.stutz@buerobass.ch)

[4-L] Blaschke, Roland:

Garantierte Mindesteinkommen: aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich, Dresden 2005, 73 S. (Graue Literatur; www.grundeinkommen.info/fileadmin/Text-Depot/Texte/Blaschke_SynopseGMaktualisiert.pdf)

INHALT: "Mit der Studie wird das Ziel verfolgt, die aktuellen Grundsicherungen und ausgewählte Reform-Modelle in Deutschland darzustellen und zu vergleichen. Dabei wird sich aus Begrenzungsgründen auf diejenigen Modelle konzentriert, die a) ein Garantiertes Mindesteinkommen konzipieren, b) von Wissenschaftlern, Verbänden oder Initiativen entwickelt worden sind, c) sich entweder auf die gesamte Bevölkerung oder auf mehrere Personengruppen beziehen, d) relativ weit entwickelt

und e) aktuell sind. Die Auswahl der zu vergleichenden Modelle wurde unter dem Gesichtspunkt getroffen, verschiedene Ziele, Begründungen und Ausgestaltungen dieser zu verdeutlichen. Die ehemalige Sozialhilfe und die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV, Arbeitslosengeld II) werden den Reform-Modellen gegenübergestellt. Nicht einbezogen in den Vergleich werden die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Reform-Modelle, die ebenso lediglich auf eine Personengruppe zielen, wie Kindergrundsicherung, Grundrente, Erziehungsgehalt, Grundsicherung für Erwerbslose etc." (Autorenreferat)

[5-L] Buscher, Herbert S.:

Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland, in: Wirtschaft im Wandel, Jg. 13/2007, H. 6, S. 173-178 (Standort: USB Köln(38)-MXG 07758; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/6-07.pdf)

INHALT: "Der Beitrag diskutiert insgesamt vier alternative Modelle zur Einkommenssicherung aus Erwerbstätigkeit: Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens, Überlegungen zur Einführung eines Mindestlohns, das Kombilohnmodell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Vorschlag des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), ein Workfare-Konzept in Deutschland einzuführen. Während Kombilohn- und Workfare-Modelle auf eine Eingliederung Arbeitsloser in den (ersten) Arbeitsmarkt abstellen, betrifft ein Mindestlohn zunächst bestehende Beschäftigungsverhältnisse und mittelbar Arbeitsplätze, die unter Umständen wegen des Mindestlohns abgebaut werden oder erst gar nicht entstehen. Ein Grundeinkommen oder Bürgergeld betrifft alle Bürger des Landes und stellt grundlegende Prinzipien des Erwerbslebens für die Zukunft in Frage. Gemein ist allen Ansätzen, dass sie zu einem existenzsichernden Einkommen führen sollen, entweder als staatliche Fürsorgeleistung oder durch Erwerbsarbeit. Mindestlohn, Kombilohn und Workfare werden dann überprüft, wie sie insbesondere auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wirken werden. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn scheint zur Lösung der ostdeutschen Arbeitsmarktp Probleme nicht geeignet; als problematisch kann das Workfare-Konzept angesehen werden, so dass praktisch nur Kombilohnmodelle eingesetzt werden können. Aber auch diese lösen nur einen Teil des Problems, solange nicht ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (Unternehmensansiedlungen, verbessertes Bildungsangebot etc.) zeitgleich getätigt werden." (Autorenreferat)

[6-L] Dries, Christian:

Arbeit im Umbruch: das 2 x 2-Komponenten-Modell für die Tätigkeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 38-52 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Verfasser plädiert für eine Ablösung der traditionellen Arbeitsgesellschaft durch eine Tätigkeitsgesellschaft. In diesem Kontext käme der Einführung eines steuerfinanzierten Grundeinkommens eine Schlüsselstellung zu. Sämtliche damit verbundenen reproduktionstheoretischen und verteilungspolitischen Unwägbarkeiten werden hier allerdings ausgespart. Die Argumentation bewegt sich auf einer philosophischen Ebene." (Textauszug)

[7-L] Eppe, Ruedi; Schär, Eva:

Stifter, Städte, Staaten: zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200-1900, Zürich: Seismo Verl. 2010, 313 S., ISBN: 978-3-03777-088-7

INHALT: "Die langfristige Entwicklung von Armut und Unterstützung in der Schweiz wird anhand von fünf Querschnitten dargestellt. Die Schnitte sind so gelegt, dass sie die historischen Hintergründe der Armut und die wichtigsten Entwicklungen bei der Unterstützung vom Mittelalter bis an die Wende zum 20. Jahrhundert hervortreten lassen. Neben der Hilfe von Stiftern, Städten und Staaten schenkt die Darstellung den individuellen und kollektiven Überlebensstrategien sowie der Unterstützung durch Gemeinden und Nachbarschaften besondere Beachtung. Ergänzend finden sich zu jedem Zeit-

abschnitt Quellentexte, welche das Dargestellte illustrieren und vertiefen. Die fünf Querschnitte bieten zahlreiche Möglichkeiten, zwischen der Geschichte und aktuellen Themen im Umfeld von Armut und Unterstützung Bezüge herzustellen. So sind die Ähnlichkeiten frappant, die sich beispielsweise zwischen der gegenwärtigen 'Missbrauchsdiskussion' und entsprechenden Auseinandersetzungen im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit zeigen. Oder die aktuellen Vorschläge für ein 'garantiertes Grundeinkommen' lassen sich mit dem 'garantierten Grundeinkommen in Naturalform' in Beziehung setzen, das die Gemeinden in der Form des 'gemeinen Nutzens' sicherstellten." (Autorenreferat)

[8-L] Franzmann, Manuel (Hrsg.):

Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2010, 424 S., ISBN: 978-3-938808-76-4

INHALT: "Mit Durchführung der Schröderschen Arbeitsmarktreformen sind der schon einmal in den 1980er Jahren diskutierte Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens und die mit ihm verbundene Diagnose einer 'Krise der Arbeitsgesellschaft' in die reformpolitische Debatte zurückgekehrt. Sie bilden eine sich zunehmend artikulierende 'Antithese' zu dem in Deutschland von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Modell der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik', das unter anderem eine Kultur des Misstrauens gegenüber Arbeitslosen institutionalisiert hat. Vor diesem Hintergrund versammelt das vorliegende Buch sozialwissenschaftliche Diskussionsbeiträge. Im Anschluss an eine Rekapitulation und Neuformulierung dieser Diagnose, die in Deutschland erstmals von Hannah Arendt prononciert formuliert wurde und nun wie eine 'Wiederkehr des Verdrängten' eine Renaissance erfährt, folgen darauf bezogene zeitdiagnostische Fallrekonstruktionen sowie Beiträge zu Fragen der Realisierung des Grundeinkommensvorschlags." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Manuel Franzmann: Einleitung. Kulturelle Abwehrformationen gegen die "Krise der Arbeitsgesellschaft" und ihre Lösung: Die Demokratisierung der geistesaristokratischen Muße (11-103); Die Faulheitspolizei im Einsatz. Ausgewählte Karikaturen von Greser & Lenz (104-108); I. Zur Allgemeinen Krisendiagnose: Ulrich Oevermann: Kann Arbeitsleistung weiterhin als basales Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit dienen? (111-126); Gerhard Schildt: Die Abnahme der Arbeitszeit - ein säkularer Trend (127-164); II. Fallrekonstruktionen: Eva Daniels, Manuel Franzmann, Matthias Jung: Die "Krise der Arbeitsgesellschaft" in Interviews mit Adoleszenten. Welche Auswirkungen hätte ein bedingungsloses Grundeinkommen auf ihr Leben? (167-196); Olaf Behrend, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Ariadne Sondermann: Kritik der reinen Aktivierung. Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens (197-247); Johannes Suci, Thomas Franke: Eine sozialpsychologische Strukturhypothese zur Krise der Arbeitsgesellschaft (248-266); Matthias Müller, Michael Opielka: Die Werte des Grundeinkommens. Eine qualitative Analyse von Gruppendiskussionen (267-305); III. Zu Fragen der Realisierung des Grundeinkommens: Götz W. Werner, André Presse: Revolutionär denken, evolutionär handeln. Methodische Überlegungen zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (309-316); Georg Vobruba: Zielgenauigkeit versus Akzeptanz. Das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee (317-328); Yannick Vanderborght, Philippe Van Parijs: Das bedingungslose Grundeinkommen. Ein Blick auf seine politische Realisierbarkeit (329-359); Manuel Franzmann: Die Krankenversicherungsprämie im "Bürgergeld"-Konzept von Dieter Althaus. Zur Frage der Kombination des bedingungslosen Grundeinkommens mit anderen Reformelementen (360-368); Ingmar Kumpmann: Das Problem der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (369-391); Jörn Lamla: Authentizitätsmythos und Verbraucherautonomie. Über soziale Wertschätzung im kulturellen Kapitalismus und verbleibende Pfade in die "Nachknappheitsgesellschaft" (392-419).

[9-L] Füllsack, Manfred:

Leben ohne zu arbeiten?: zur Sozialtheorie des Grundeinkommens, Rodenbach: Avinus 2002, 217 S., ISBN: 3-930064-07-3

INHALT: "Der Autor stellt die Trennung von Arbeit und Einkommen in der modernen Gesellschaft zur Diskussion. Dabei erörtert er Sinn und Möglichkeiten eines Garantierten Grundeinkommens. Im Gegensatz zur Debatte um das 'Ende der Arbeit', die in den letzten Jahren en vogue war, geht er davon

aus, dass die menschliche Arbeit im Lauf der Geschichte keineswegs immer weniger wird, sondern sich im Zuge des Arbeitsprozesses vermehrt. Gerade dies liefert ihm gute Gründe dafür, ein garantiertes Grundeinkommen neu in Betracht zu ziehen." (Autorenreferat)

[10-L] Gorz, André:

"Eine ganz andere Weltzivilisation denken", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 11, S. 1383-1394 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2007/november/eine-ganz-andere-weltzivilisation-denken)

INHALT: In einem Interview äußert sich der französische Sozialphilosoph zum fortschreitenden Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft infolge von Arbeitslosigkeit und Globalisierung und der damit einhergehenden Aufkündigung des sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrags. Dabei wird die Debatte um das 'Ende der Arbeitsgesellschaft' aktualisiert und eine Wissensökonomie entworfen, die eine entsprechende Bildungspolitik verlangt. Das überholte Leitbild der Vollbeschäftigung wird ersetzt durch das Leitbild sinnvoller Tätigkeiten, die auch atypische Beschäftigungsformen annehmen können, an ein generelles Grundeinkommen gekoppelt sind und in eine 'plurale Ökonomie' münden. Derartige 'revolutionäre Reformen' müssen aus sozialen Bewegungen heraus entstehen. (IAB)

[11-L] Gorz, André:

Seid realistisch - verlangt das Unmögliche, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 141-147 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Verfasser geht von der Annahme aus, dass die mikroelektronische Revolution es ermöglicht, wachsende Warenmengen mit immer weniger kapitalproduktiver Lohnarbeit zu produzieren, sodass der Kapitalismus früher oder später auf seine inneren Schranken stoßen muss. Der sich zu Tode automatisierende Kapitalismus würde seinen Zusammenbruch zu überleben suchen, indem er der Bevölkerung Zahlungsmittel zuteilt, die außerhalb des klassischen Wirtschaftskreislaufs stehen, das heißt, sich von gewöhnlichem Geld in gewissen Beziehungen unterscheiden. Der Kapitalismus kann keine gewöhnliche Ökonomie mehr sein. Da er selbst bei steigender Produktion immer weniger Zahlungsmittel ausschüttet, kann er nicht steigende Transferleistungen durch die Besteuerung von Löhnen und Warenumsatz finanzieren. Es wird argumentiert, dass ein sogenanntes Konsumgeld eingeführt werden muss, das allen den Kauf des Lebensnotwendigen erlaubt. Des weiteren muss ein politisches Preissystem erfunden werden, das den lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen einen politischen Preis zuschreibt. Das Konsumgeld würde Bezugsscheinen ähneln und müsste von zeitlich beschränkter Gültigkeit, also nicht akkumulierbar sein. Der sogenannte kognitive Kapitalismus enthält keine Spur eines systemüberwindenden Moments. Das für die "Arbeit des Lebens" geforderte Grundeinkommen kommt einer Erweiterung des Lohnverhältnisses gleich. Es bleibt in der Logik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefangen. Es wird weiter so sein, solange praktisch alle Produktion auf arbeitsteiligen, kapitalintensiven Verfahren beruht, solange die Fertigungsverfahren kapitalistische Herrschaftsverhältnisse reproduzieren, solange es den "assoziierten Produzenten" nicht gelingen kann, sich ihre Arbeit und Arbeitsmittel anzueignen, um nicht Waren zum Zweck des Geldverdienens, sondern Güter zum Zweck der Selbstversorgung zu produzieren. Der "kategoriale Bruch" hängt in einem bedeutenden Ausmaß davon ab, ob hochproduktive Arbeitsmittel allgemein aneignbar und handhabbar werden und nicht-arbeitsteilige, kooperative Selbstversorgung auf kommunaler Ebene ermöglichen. Geld- und Warenbeziehungen erübrigen sich, ebenso wie ein allgemeines Grundeinkommen. Seine Funktion könnte allein darin bestehen, während des Zusammenbruchs der Warengesellschaft oder vor ihm den Übergang zu neuen Produktionsverhältnissen einzuleiten. (ICG2)

[12-L] Gruber, Johannes:

Der flexible Sozialcharakter: eine Studie zur gegenwärtigen Transformation von Subjektivität,
Basel: ed. gesowip 2008, 212 S., ISBN: 978-3-906129-46-4

INHALT: Die vorliegende Arbeit stellt einen Versuch dar, mit Hilfe der kritischen Gesellschaftstheorie die typischen Formen von Subjektivität in der Gegenwart zu beschreiben und zu analysieren. Ausgehend von einer Reaktualisierung der Sozialcharakterkonzeptionen bei Theodor W. Adorno und Erich Fromm einschließlich ihres Kerns - der Entfremdungs- und Verdinglichungstheorie von Karl Marx und Georg Lukacs - untersucht der Autor die gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt. Dabei zeigt er anhand verschiedener aktueller Studien und Theorien zum sozialen Wandel von Arbeitswelt, Partnerschaft, Sexualität, Familie und Freizeit sowie psychischen Krankheiten die strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen auf und befragt sie auf ihre Aussagekraft hinsichtlich idealtypischer Veränderungen des Sozialcharakters. Im Rahmen der Reaktualisierung der Sozialcharakterkonzeption der Kritischen Theorie begreift er die Transformationen von Arbeits- und Lebenswelt sowie der Psychopathologien als Merkmale eines "flexiblen Kapitalismus". Die dargestellten Theorien und Studien weisen darauf hin, dass die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen auch eine Grundlage neuer Formen von Subjektivität und individuellem Leid sind. Der herausgearbeitete Idealtypus des "flexiblen Sozialcharakters" ist als Instrument für die angemessene Beschreibung und kritische Analyse dieser Phänomene besonders geeignet. Um eine Perspektive für die Abschaffung von Ausbeutung und Leiden im "flexiblen Kapitalismus" anzudeuten, geht der Autor abschließend auf die politischen Forderungen nach einem existenzsichernden und bedingungslosen Grundeinkommen ein. (IC12)

[13-L] Gruber, Johannes:

Der flexible Sozialcharakter, in: Alex Demirovic: Das Subjekt - zwischen Krise und Emanzipation,
Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2010, S. 96-112

INHALT: Der Beitrag zur Frage nach dem Subjekt in der modernen kapitalistischen Gesellschaft widmet sich den Auswirkungen auf den Sozialcharakter der Individuen in der Lebens- und Arbeitswelt. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) Die Sozialcharakteranalysen des Instituts für Sozialforschung (Fromm, Lukács, Adorno), (2) Sozialcharaktere als Idealtypen (Habermas, Honneth u. a.), (3) Arbeits- und Lebenswelt im flexiblen Kapitalismus, (4) Flexibilität als arbeits- und lebensweltliches Anforderungsprofil, (5) psychische Krankheiten (Depression, Borderline-Syndrom usw.), (6) der flexible Sozialcharakter auf der Grundlage veränderter Sozialisationsbedingungen sowie (7) das Grundeinkommen. Für die Einführung eines Grundeinkommens spricht nach Ansicht des Autors die Befreiung der Individuen von Überlebensnot und Existenzangst als Bedingung von substanzieller Freiheit. Gleichwohl ist es kein Allheilmittel gegen die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Ökonomie. Konkurrenz, Macht- und Kapitalkonzentration sowie die Warenförmigkeit menschlichen Lebens werden auf diese Weise nicht notwendig aufgehoben. (ICG2)

[14-L] Hellmeister, Heike; Perrey, Olaf; Rückin, Ulrich:

Bedingungsfreies Grundeinkommen: Ideen, Konzepte, Streitpunkte, (Edition Sozio-Publishing, 212),
Belm: Sozio-Publ. 2007, 34 S., ISBN: 978-3-935431-12-5

INHALT: "Die Forderung nach einem bedingungsfreien Grundeinkommen (BGE) ist in aller Munde: Doch wie soll ein solches Grundeinkommen konkret aussehen? Warum ist die Forderung so aktuell und wie kann ein bedingungsfreies Grundeinkommen überhaupt finanziert werden?" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Georg Vobruba: Grundeinkommen stärkt die Arbeitnehmer (7-9); BAG-SHI: Existenzgeld für alle, statt Arbeit für alle (10-12); BDKJ: Solidarität mit 600 Euro bei alternativer Arbeitspflicht (13-16); Zygmunt Bauman: Grundeinkommen als Bedingung demokratischer Gemeinwesen (17-18); André Gorz: Multitaktivität durch Grundeinkommen (19-21); Götz Werner: Grundeinkommen von 1.500 Euro (22-25); Dieter Althaus: Bürgergeld statt Sozialstaat (26-28).

[15-L] Holuba, Stefanie (Hrsg.):

Was hat Arbeit mit Leben zu tun?, (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 60), Berlin: Dietz 2009, 101 S., ISBN: 978-3-320-02198-6

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Rosalind Honig: Was hat Arbeit mit Leben zu tun? Bericht aus der Praxis eines eigenständigen Arbeits-Lebens-Weges (11-22); Benno Herzog: Was ist Arbeit? Kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede eines gesellschaftlichen Schlüsselbegriffes (23-37); Dietrich Fischer: Öffentlich geförderte Beschäftigung (38-52); Axel Krumrey: "Arbeit nur für Deutsche!" - oder wie der Arbeitsbegriff als Instrument der Ausgrenzung missbraucht wird (53-70); Judith Siegmund: Arendt und Arbeit - Reflexion einer interaktiven Erprobung von Arendts Begriffen des Tätigseins (71-84); Adeline Otto: Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens - wider die Verwerfungslogik des Menschen nach ökonomischer Nützlichkeit (85-95); Resümee (96-97). Literatur-Empfehlungen 98

[16-L] Krätke, Michael:

Grundeinkommen, Waren und öffentlicher Sektor: über den Zusammenhang von Grundeinkommen und Kapitalismus, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2008, H. 218, S. 1073-1083 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/218/218.pdf)

INHALT: Wer sich heute für die Einführung eines Grundeinkommens ausspricht, ist nicht notwendigerweise ein Linker. Neoliberale und konservative Ideologen haben den Charme dieses Konzepts entdeckt, das eine billige "Überlebensversicherung" auf niedrigstem sozialen Niveau sein kann. Dies würde eine Zerschlagung der wohlfahrtsstaatlichen Sozialordnung bedeuten. Unter kapitalistischen Bedingungen kann die Einführung eines Grundeinkommens nur innerhalb dieser Parameter gesehen werden - wer mehr will, muss die Systemfrage stellen. Aber selbst wenn es möglich wäre, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle einzuführen, blieben noch viele, komplexe Fragen der gesellschaftlichen Reproduktion zu berücksichtigen, wenn das Grundeinkommen nicht größtenteils ohne Nutzen bleiben soll. Vor allem der öffentliche Sektor wäre betroffen, da die Sektoren mit niedrigem Einkommen mehr und bessere öffentliche Dienstleistungen brauchen. Das würde eine Ausweitung des öffentlichen Sektors in viele Richtungen erfordern. (ICEÜbers)

[17-F] Lengfeld, Holger, Dr.phil.; Mau, Steffen, Prof.Dr.; Krause, Alexandra, M.A.; Jäckle, Nicole, Dipl.-Psych. (Bearbeitung); Liebig, Stefan, Dr.rer.soc. (Leitung):

VW-Nachwuchsgruppe "Interdisziplinäre soziale Gerechtigkeitsforschung"

INHALT: Die Nachwuchsgruppe beschäftigt sich mit der Frage, wie philosophische und politische Entwürfe zur sozialen Gerechtigkeit mit den Erkenntnissen der erfahrungswissenschaftlichen Einstellungs- und Politikforschung in Verbindung gebracht werden können, und welche Anforderungen und welcher Ertrag sich daraus für die Sozial- und Verhaltenswissenschaften ergibt. Mit dieser Aufgabenstellung betritt die Nachwuchsgruppe insofern wissenschaftliches Neuland, als sie einen Brückenschlag zwischen zwei Forschungstraditionen unternimmt, die bislang nahezu unvermittelt nebeneinander standen. Denn die philosophisch geprägte "normative" und die sozialwissenschaftliche "empirische" Gerechtigkeitsforschung bearbeiten zwei grundverschiedene Fragestellungen: Philosophische Gerechtigkeitstheorien möchten klären, was wir unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und welche Regeln wir uns als kritischen Maßstab auferlegen sollten, um Güter in einer Gesellschaft gerecht zu verteilen. Die empirische Gerechtigkeitsforschung konzentriert sich demgegenüber nicht darauf, was wir tun sollten; sie möchte vielmehr beschreiben, welche Gerechtigkeitsvorstellungen die Menschen haben, warum sie bestimmte Gerechtigkeitsideale verfolgen und wie sie sich verhalten, wenn sie Ungerechtigkeiten in verschiedenen Bereichen ihres Lebens erfahren. Diese beiden Herangehensweisen stärker aufeinander zu beziehen und daraus Konsequenzen für eine Wissenschaft von der Gerechtigkeit" zu ziehen, ist die zentrale Aufgabe der Nachwuchsgruppe.

METHODE: Interdisziplinäre Grundlagenforschung zwischen Philosophie, Soziologie, Politikwissenschaft und Psychologie auf dem Gebiet der Gerechtigkeitsforschung; anwendungsbezogene Forschung auf den Gebieten Organisationssoziologie, industrielle Beziehungen, Ungleichheits- und Wohlfahrtsstaatsforschung, Ethnizitätsforschung und politische Soziologie; Entwicklung und An-

wendung erfahrungswissenschaftlicher quantitativer Methoden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 120; Haushaltsbefragung zum sozial gerechten Grundeinkommen -factorial design survey- 2000; Auswahlverfahren: random route). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 836; Beschäftigungsbefragung zur Gerechtigkeitsbewertung der Einführung von Gruppenarbeit in 21 Betrieben der westdeutschen Metallindustrie 1999 -DFG-finanziert-; Auswahlverfahren: bewusst). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Liebig, S.: Lessons from philosophy? Interdisciplinary justice research and two classes of justice judgments. in: Social Justice Research, 14, 2001, pp. 265-287.+++Wegener, B.; Liebig, S.: Is the 'inner wall' hereto stay? Justice ideologies in unified Germany. in: Social Justice Research, 13, 2000, pp. 177-198.+++Liebig, S.: Der Nutzen moralischer Gefühle: Gerechtigkeitsforschung in Organisationen. in: Industrielle Beziehungen, 1999, 6, S. 214-227.+++Örkeny, A.; Liebig, S.: Normativ legitimacio es igazságossag. in: Szofi Szociologiai Figyelő, 1999, 1, pp. 129-140.++Mau, S.: Welfare burdens and the disapproval of redistribution. Two sides of the same coin? in: Glatzer, W. (ed.): Richard poor. Amsterdam: Kluwer 2002.+++Liebig, S.: Richard J. Herrnstein & Charles Murray: the bell curve. Intelligence and class structure in American life. New York 1994. in: Müller, H.-P.; Schmid, M. (Hrsg.): Hauptwerke der Ungleichheitsforschung. Opladen: Westdt. Verl. 2002.+++Schlothfeldt, S.: Ein Recht auf Beteiligung an der Erwerbsarbeit. in: Kersting, W. (Hrsg.): Politische Philosophie des Sozialstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000.+++Liebig, S.; Lengfeld, H.; Mau, S.: Interdisciplinary social justice research. in: International Society of Justice Research Newsletter, 2001, 1.+++Mau, S.: Solidarität trotz Individualismus? Auf welche Unterstützung der Sozialstaat bauen kann. in: Konturen.net - ZS für Gesellschaft, 2001, H. 2.+++Liebig, S.; Lengfeld, H.: Was ist sozial gerecht? in: Humboldt-Spektrum, 2002, 1.+++Mau, S.: Die üblichen Verdächtigen. Mythen über die "Drückeberger" der Arbeitsgesellschaft. in: Frankfurter Rundschau, 21. April 2001, Nr. 93, S. 7.+++Lengfeld, H.: Der Organisationsforschung eine Chance, oder: Über die Notwendigkeit interdisziplinärer Mitbestimmungsforschung. in: Industrielle Beziehungen, 8, 2001, S. 463-476.+++Lengfeld, H.; Liebig, S.: Wie sozial gerecht wäre ein allgemeines Grundeinkommen? in: Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 2002, S. 469-472.+++Lengfeld, H.; Liebig, S.: Collective bargaining, co-determination and justice ideologies in the firm. in: Social Justice Research, 2002, 16.+++Liebig, S.; Lengfeld, H.: Arbeit, Organisation und Moral. Eine Grid-Group-Theorie der Gerechtigkeit in Unternehmen. in: Soziale Welt, 53, 2002, S. 115-140.+++Mau, S.: Die Arbeitslosen als Problemfall? Zu einigen Verkürzungen in der Debatte um den aktivierenden Sozialstaat. in: Vorgänge - Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 158, 2002, 2, S. 148-155.+++Mau, S.: The moral economy of welfare states. Britain and Germany compared. London/ New York: Routledge 2003.+++Lengfeld, H.: Mitbestimmung und Gerechtigkeit. Zur moralischen Grundstruktur betrieblicher Verhandlungen. München & Mering 2003.+++Lengfeld, H.; Liebig, S.; Sydow, J.: Industrielle Beziehungen im Spannungsfeld zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit. Schwerpunktheft Industrielle Beziehungen, 10, 2003, H. 4.+++Lengfeld, H.; Liebig, S.: Arbeitsbeziehungen und Gerechtigkeit. Stand und Perspektiven der empirischen Forschung. in: Industrielle Beziehungen, 10, 2003, H. 4.+++Lengfeld, H.: Gerechtigkeit und die zwei Ebenen industriellen Konflikts. Empirische Befunde der betrieblichen Einstellungsforschung. in: Schreyögg, Georg; Conrad, Peter (Hrsg.): Gerechtigkeit und Management. Managementforschung, Bd. 14. Wiesbaden 2004 (im Erscheinen). *ARBEITSPAPIERE*: Stark, G.; Liebig, S.; Wegener, B.: Gerechtigkeitsideologien: theoretische Grundlagen, Operationalisierung und Ergebnisse für die Erhebung von Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit. in: Glöckner-Rist, A. (Hrsg.): ZUMA-Informationen-System Sozialwissenschaftlicher Skalen (ZIS) Version 4.0. ZUMA-Mannheim 2000.

ART: gefördert *BEGINN*: 2001-01 *ENDE*: 2004-09 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Nachwuchsgruppe Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Leiter (Tel. 030-2093-4298, Fax: 030-2093-4430, e-mail: stefan.liebig@rz.hu-berlin.de)

[18-L] Müller, Matthias:

Deutungsmusteranalyse sozialpolitischer Innovationen: Fallstudien zu Grundeinkommen und Evaluation in der sozialen Arbeit, Jena 2009, 238 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:27-20090810-104353-6)

INHALT: "Das Ziel der Arbeit ist die Entwicklung eines Deutungsmusterkonzepts, welches zur Analyse sozialpolitischer Innovationen geeignet ist. Die vorliegende Analyse findet eine seit etwa 30 Jahren bestehende Krisensituation in der Wohlfahrtsstaatlichkeit vor, die mit der Aktivierungsprogrammatik beantwortet wird. Diese erweist sich als die zentrale sozialpolitische Innovation des 'neuen' Sozialstaats. Das theoretische Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, ein Konzept von Deutungsmusteranalyse zu diskutieren, welches in besonderer Weise zur Analyse sozialpolitischer Innovationen geeignet ist. Hierzu greift die Arbeit zum einen auf den Ansatz von Ulrich Oevermann zu, zum anderen auf das prominente Habituskonzept Pierre Bourdieus. In der Arbeit gilt es vergleichend zu fragen, welche Theoriebausteine zur Analyse sozialpolitischer Innovation besonders geeignet sind. Das Krisenparadigma Oevermanns erweist sich hierbei als Innovationsparadigma. Anhand zweier Fallstudien - Grundeinkommen und Evaluation in der Sozialen Arbeit - wird die Forschungsfrage empirisch analysiert. Die Studien zum Grundeinkommen und zu Evaluation in der Sozialen Arbeit sollen zudem empirisch gestützte Aussagen zur Brauchbarkeit der Instrumente möglich machen. Zur Anwendung kommen in beiden Studien Gruppendiskussionen, in der Evaluationsstudie jedoch auch Einzelinterviews. Strukturell erweisen sich beide Fallstudien als kontrastierend. Beim Grundeinkommen handelt es sich um eine innovative sozialpolitische Idee. Diese trifft auf Deutungsmuster sozialer Akteure, wird in der Logik dieser normativen Strukturen wahrgenommen, bewertet, erfährt Akzeptanz oder wird verworfen. Evaluation dagegen stellt eine zunehmende institutionelle Wirklichkeit in der Sozialen Arbeit dar. Somit kommt ihr ein Zwangsscharakter zu. Die Arbeit kann zeigen, dass sich Normative des 'neuen' Sozialstaats für die Deutung beider Innovationen als prägend erweisen." (Autorenreferat)

[19-L] Neuendorff, Hartmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder O. (Hrsg.):

Arbeit und Freiheit im Widerspruch: bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Berlin: VSA-Verl. 2008, 223 S., ISBN: 978-3-89965-353-3

INHALT: Das Buch enthält die um einige Texte ergänzten Referate des Forums 'Neue Politik der Arbeit' aus dem Jahr 2008 in Dortmund. Thematischer Schwerpunkt ist das bedingungslose Grundeinkommen, über dessen Chancen und Risiken sowie seine konkrete Ausgestaltung hier aus einer linken Perspektive diskutiert wird. Dabei zeigt sich, dass sich die Linke bei diesem Thema nicht auf eine grundsätzliche Ablehnung oder Unterstützung einigen kann. So argumentieren Befürworter, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Arbeitnehmer in die Lage versetzen würden, nicht jede Arbeit annehmen zu müssen. Vom aussichtslosen Kampf um Vollbeschäftigung könnte endlich Abstand genommen werden. Gegner und Kritiker haben grundlegende Einwände. So löst das Grundeinkommen weder Fragen nach der Gleichstellung der Geschlechter - das Grundeinkommen quasi als Herdprämie -, noch löst es die Probleme schlecht entlohnter Arbeit - es würde im Gegenteil sogar zu Lohnsenkungen führen - und schließlich ist es mit vielen Unabwägbarkeiten verbunden. So könnten nie alle Menschen aus der Erwerbsarbeit aussteigen. Die Höhe der Leistung spielt auch eine wichtige Rolle: diese würde fortan vom Finanzminister festgelegt, was Misstrauen weckt. Die Positionen beider Lager werden in diesem Buch gut herausgestellt. Als Fazit für die Gewerkschaften wird festgehalten, dass das bedingungslose Grundeinkommen letztlich abzulehnen ist. Die Argumente der Kritiker sind überzeugender und anschlussfähiger an linke Positionen. Die Diskussion um die grundlegende Reform der sozialen Sicherung, die mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verbunden ist, ist jedoch von enormer Bedeutung. Hier sind Verbesserungen, namentlich Dekommodifizierung, dringend nötig. Das Streben nach mehr gesellschaftlicher Gleichheit wird als unterstützenswert angesehen. Jedoch wird deutlich, dass zwei Fragen offen bleiben (mussten): In welcher Gesellschaft leben wir und in welcher Gesellschaft wollen wir zukünftig leben? (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Dieter Scholz: Vorwort: Den Freiheitsbegriff in Besitz nehmen. Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen (7-9); Gerd Peter, Christina Meyn: Einführung: Arbeits- und Bürgergesellschaft im Widerstreit. Am Beginn einer neuen Ära? (10-19); Claus Offe: Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat (20-43); Joachim Bi-

schoff: Armut, Bedürftigkeit und soziale Ungleichheit in einer Ökonomie des Überflusses (44-54); Hartmut Neuendorff: Befreiung der Arbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen (56-67); Gerd Peter: Für eine demokratische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft. Oder: Warum die gesellschaftliche Arbeit weiterhin im Zentrum gesellschaftlicher Reform stehen sollte (68-82); Thomas Loer: Staatsbürgerschaft und bedingungsloses Grundeinkommen - die Anerkennung der politischen Gemeinschaft (84-99); Andreas Peter: Kritische Überlegungen zur Beziehung von Grundeinkommen, Freiheit und Souveränität (100-112); Ute L. Fischer, Helmut Pelzer: Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist bezahlbar und wirtschaftlich sinnvoll. Die Finanzierung über das Transfergrenzen-Modell (114-134); Karl Georg Zinn: Das bedingungslose Grundeinkommen - eine "Verharmlosung" von Arbeitslosigkeit und Arbeit (135-144); Sascha Liebermann: Die Vielfalt der Möglichkeiten ist bestechend - Chancen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen (146-161); Daniel Kreutz: Fünf Spaltpilze für solidarische Politik und ein Vorschlag zur Güte (162-176); Werner Rätz: Worum es gesellschaftlich beim bedingungslosen Grundeinkommen geht. Gestaltungsanforderungen und Transformationsrisiken (178-187); Frieder Otto Wolf: Warum bedingungsloses Grundeinkommen und Vollbeschäftigung keine Alternative sind (188-198); Heinz Stapf-Finé: Nein zu Grundeinkommen ja zum Grundanliegen (200-209); Detlef Hensche: Befreiung von der Arbeit oder in der Arbeit? (210-213); Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Schlussfolgerungen für die Gewerkschaften aus der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (214-215); Richard Detje, Horst Schmitthenner: Die neue Aktualität sozialer Grundsicherung (216-223).

[20-L] Nida-Rümelin, Julian:

Zur Kritik der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 2008, H. 7/8, S. 83-86

INHALT: Der Autor analysiert die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen in zehn Punkten: 1 Wer befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen? 2 Weltanschaulicher Kontext; 3 Utopie; 4 Soziale Spaltung der Gesellschaft; 5 Kulturelle Spaltung der Gesellschaft; 6 Gender-Spaltung; 7 Kooperation; 8 Fehlallokation; 9 Bürgergeld statt bedingungslosem Grundeinkommen; 10 Arbeitsgesellschaft. (IAB2)

[21-L] Offe, Claus:

Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 20-43

INHALT: Der Verfasser spricht über die Krise des Sozialstaats. Das allgemeine Grundeinkommen kann eine wichtige Rolle in dem Prozess spielen, in dem fortgeschrittene (wie ebenso weniger fortgeschrittene) kapitalistische Industriegesellschaften ihre Widersprüche, Strukturprobleme und Gerechtigkeitslücken in einer prononciert freiheitlichen "links-libertären" Weise und im Rahmen eines neuartigen Systems ökonomischer Bürgerrechte zu bewältigen suchen. Der Autor sieht die (theoretischen) Vorteile eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) vor allem in der Chance einer selbst gestalteten Lebensführung des Bürgers, da durch die bedingungslose Existenzsicherung die Möglichkeit besteht, nicht mehr jede Arbeit annehmen zu müssen. Es geht ihm um die Institutionalisierung von sozialer Gerechtigkeit: gleiche Freiheit für alle. Das Grundeinkommen entschärft das Verteilungsproblem und macht die aktivierende Verwaltung verzichtbar. Nicht mehr der Arbeitnehmer, sondern der Bürger steht also mit seinen Rechten und Pflichten im Mittelpunkt derartiger Reforminitiativen. Der Verfasser zweifelt jedoch an der kurzfristigen Realisierbarkeit eines BGE. Die Argumente für diese Idee seien zwar gültig, politisch und funktional jedoch noch verfrüht. Deshalb auch sein Bemühen, bei den Gewerkschaften für derartige Lösungsansätze Verständnis zu entwickeln. (ICF2)

[22-L] Offe, Claus:

Basic income and the labor contract, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 31/2009, H. 1, S. 49-79

INHALT: "The paper starts by exploring the negative contingencies that are associated with the core institution of capitalist societies, the labor contract: unemployment, poverty, and denial of autonomy. It argues that these are the three conditions that basic income schemes can help prevent. Next, the three major normative arguments are discussed that are raised by opponents of basic income proposals: the idle should not be rewarded, the prosperous don't need it, and there are so many things waiting to be done in the world. After demonstrating that proponents of basic income stand in no way empty-handed when facing these objections, a third part considers basic income in functional terms: would its introduction help to resolve problems of social and economic order that are unlikely to be resolved in more conventional ways?" (author's abstract)

[23-L] Peter, Gerd; Meyn, Christina:

Arbeits- und Bürgergesellschaft im Widerstreit: am Beginn einer neuen Ära? ; Einführung, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 10-17

INHALT: Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle findet sich in den unterschiedlichsten politischen Strömungen der Gesellschaft. Unter dem allgemeinen Grundeinkommen wird eine steuerfinanzierte, an keinerlei Bedingung gebundene Transferleistung verstanden. Vielen gilt sie als notwendige Antwort auf die Krise des Sozialstaats, die Massenarbeitslosigkeit und zunehmende gesellschaftliche Spaltung. In der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wird eine Lösungsmöglichkeit für die Herausbildung einer auf Emanzipation ausgerichteten Zivilgesellschaft gesehen, die sich von dem Ziel der Vollbeschäftigung verabschiedet. Diese Vorstellungen sind insbesondere für die Gewerkschaften als den Organisationen der Arbeit eine Herausforderung, der sie sich konzeptionell wie auch instrumentell stellen müssen. In dem tiefen gesellschaftlichen Wandel steht die Frage, wie unsere Reproduktion zukünftig organisiert und gewährleistet sein kann, aus arbeitspolitischer Sicht im Vordergrund. Dabei geht es jedoch ebenso um Fragen nach Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit, die neue Lösungen erfordern. Zu dieser Thematik hat am 13./14. Juni 2008 das Forum "Neue Politik der Arbeit" eine Veranstaltung in die Sozialforschungsstelle Dortmund organisiert, an der verschiedene Akteure aus Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften teilgenommen haben. Der Band dokumentiert ihre Vorträge. (ICF2)

[24-L] Peter, Gerd:

Für eine demokratische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft: oder: warum die gesellschaftliche Arbeit weiterhin im Zentrum gesellschaftlicher Reform stehen sollte, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 68-82

INHALT: Der Verfasser diagnostiziert einen tief greifenden gesellschaftlichen Wandel, eine gesellschaftspolitische Verzweigung, die die Frage der Zentralität von Arbeit wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückt. Die Debatte ist nicht neu, die "Krise der Arbeitsgesellschaft" war bereits vom Soziologentag 1982 ausgerufen worden. Doch verdichten sich die Fragen ins Grundsätzliche. Es sind dies die Fragen nach Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit, zu denen das BGE einfache Antworten zum Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft anbietet. Sie müssen diskutiert werden, bevor man z. B. zu einer Neudefinition von Arbeit im Rahmen eines europäischen Sozialmodells, im Zeichen der Nachhaltigkeit kommen kann. Der Vorschlag nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) will mehr sein als eine sozialstaatliche Reformmaßnahme. Es stellt einen Wechsel der Zukunftsperspektive von Vorstellungen einer Arbeitsgesellschaft hin zu einer der Bürgergesellschaft dar. Bei diesem Wechsel springt das BGE jedoch zu kurz, es verbleibt im Bereich der Negation bestehender Phänomene und stellt wichtige gesellschaftliche Rahmenbedingungen nicht in Frage. Vor allem missachtet das BGE den zentralen Stellenwert, den gesellschaftli-

che Arbeit für die menschliche (individuelle wie gesellschaftliche) Reproduktion grundsätzlich hat, nicht nur auf der Oberfläche gesellschaftlicher Differenzierung, was gerade im Zeichen der Nachhaltigkeit wieder stärker ins Bewusstsein dringen muss. Über Arbeitstätigkeiten definieren sich Naturerkenntnis, gesellschaftliches Zusammenwirken wie selbstbewusste Teilhabe an Entwicklungen, entsprechend zentral ist ihre Bedeutung für persönliche Sinnbildung in Freiheit wie auch für gesellschaftspolitische Zukunftsgestaltung. (ICF2)

[25-L] Rätz, Werner; Paternoga, Dagmar; Steinbach, Werner:

Grundeinkommen: bedingungslos, (AttacBasisTexte, 17), Hamburg: VSA-Verl. 2005, 96 S., ISBN: 3-89965-141-3

INHALT: 'There is no such thing as a society.' - Dieser Aussage der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher widerspricht die globalisierungskritische Bewegung Attac mit dem Slogan 'Eine andere Welt ist möglich'. Diese andere Welt bedeute soziale Sicherheit für alle, auch für diejenigen, die keine Arbeit haben. Sie lasse sich durch ein bedingungsloses, bedarfsunabhängiges Grundeinkommen erzielen - weltweit. Attac Deutschland hat dieses Konzept in einer Arbeitsgruppe 'Es ist genug für alle da' erarbeitet, der zwei der Autoren angehören. Dieses wird in der Publikation vorgestellt und seine Bedeutung für die moderne Arbeitsgesellschaft wie die internationale Solidarität diskutiert. Außerdem fragt das Autorentrio nach den Bedingungen einer möglichen Verwirklichung des 'Existenzgeldes'. Einzelne ausgearbeitete Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens werden ebenso vorgestellt wie Finanzierungsvorschläge und es finden sich Hinweise zur weiteren Auseinandersetzung. (ZPol, NOMOS)

[26-F] Rhomberg, Markus, Jun.-Prof.Dr.phil. (Leitung):

Reformkommunikation, Grundeinkommen

INHALT: Dieses Projekt beschäftigt sich auf mehreren Ebenen mit Fragen und Konzepten zur Durchsetzbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE): In einem ersten Schritt soll ein makroökonomisches Modell Aufschluss darüber geben, ob dieses Konzept überhaupt finanziell umsetzbar ist. Der zweite Projektstrang befasst sich mit einer Analyse der öffentlichen Debatte zum BGE. In einem dritten Teil sollen Umsetzungsszenarien zum BGE analysiert und diskutiert werden.

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2009-09 **ENDE:** 2011-09 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Zeppelin University Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik, Department communication & cultural management, BBDO-Lehrstuhl für Medienwissenschaft (Am Seemooser Horn 20, 88045 Friedrichshafen)

KONTAKT: Institution -Sekretariat- (Tel. 07541-6009-1300, Fax: 07541-6009-1399, e-mail: anja.lesche@zeppelin-university.de)

[27-L] Schöb, Ronnie:

Soziale Grundsicherung und Beschäftigung, (Diskussionsbeiträge des Fachbereichs

Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin : Volkswirtschaftliche Reihe, 2007/12), Berlin

2007, 54 S., ISBN: 3-938369-60-4 (Graue Literatur;

www.wiwiiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/schoeb/forschung/forschung_dateien/Grundsicherung.pdf)

INHALT: Die Studie geht davon aus, dass das bestehende System der Grundsicherung für Erwerbsfähige das sozio-kulturelle Existenzminimum nur unter der Bedingung garantiert, dass der Hilfebedürftige keine Arbeit hat. Wer Arbeit aufnimmt, wird mit hohen Transferenzugsraten bestraft. Der Autor plädiert dafür, das Grundsicherungssystem in Richtung auf eine 'Hilfe zur Arbeit' umzubauen. Die Grundidee ist hierbei, Erwerbsfähige mit zu geringer Produktivität zumindest dazu zu bringen, einen Teil ihres existenzsichernden Einkommens mit eigener Arbeit zu erwirtschaften. Die wichtigsten zur Umsetzung dieser Grundidee entwickelten Lösungskonzepte werden vorgestellt und bewertet: das ifo-Modell der Aktivierenden Sozialhilfe, das Kombilohnmodell des Sachverständigenrates, das Bofinger-Walwei-Modell des abgabenfreien Grundeinkommens, das Workfare-Modell des IZA sowie

das Bürgergeldkonzept. Als Alternative zu diesen arbeitnehmerseitigen Politikmaßnahmen, die das Arbeitnehmer Einkommen bezuschussen, wird ein arbeitgeberseitiger Kombilohn vorgeschlagen: Die Magdeburger Alternative verfolgt das Ziel, durch die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei geringen Einkommen die Arbeitskosten zu senken und damit die Arbeitsnachfrage für einfache Tätigkeiten auszuweiten. Das Modell und seine erwarteten Auswirkungen werden skizziert. Es wird dann auf die aktuelle Debatte um die Einführung eines Mindestlohns eingegangen: Die Konsequenzen, die eine Einführung eines Mindestlohns für das deutsche System der Grundsicherung und seine Reformoptionen hätte sowie ihre politische Umsetzbarkeit werden diskutiert. (IAB)

[28-L] Vanderborght, Yannick; Parijs, Philippe van:

Ein Grundeinkommen für alle?: Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2005, 167 S., ISBN: 3-593-37889-2

INHALT: "Wer über die Zukunft des Sozialstaates nachdenkt, kommt an der Idee eines allgemeinen Grundeinkommens nicht vorbei. Danach würde jeder Bürger und jede Bürgerin, vom Arbeitslosen bis zur Topmanagerin, regelmäßig einen festen Betrag erhalten, der durch andere Einkommensarten aufgestockt werden kann. Die Autoren schildern die wichtigsten historischen Stationen der Idee sowie Versuche ihrer Umsetzung in verschiedenen Ländern. Sie diskutieren unterschiedliche Modelle zu Zahlungsweise, Höhe und Finanzierung eines Grundeinkommens und bieten einen Überblick über die Interessen sozialer Gruppen und politischer Parteien." (Autorenreferat)

[29-L] Vobruba, Georg:

Entkoppelung von Arbeit und Einkommen: das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 227 S., ISBN: 978-3-531-15471-8

INHALT: Zwei Thesen bilden den roten Faden, der sich durch alle der in diesem Sammelband zusammengestellten Beiträge des Verfassers zieht: (1) Vollbeschäftigung im traditionellen Sinn ist im Kapitalismus historisch und systematisch unwahrscheinlich. (2) Die entscheidende Ursache dafür ist die Sonderstellung des Arbeitsmarktes als Umschlagplatz für Arbeit als fiktive Ware. Dabei geht es dem Verfasser um die Analyse sozialer Entwicklungen, nicht um normativ unterfütterte politische Postulate. Zu den behandelten Themen zählen das Recht auf Arbeit, das Verhältnis von gesellschaftlicher Arbeit und Existenzsicherung, die Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen, Flexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung, "Income Mixes", die Beschäftigungsfalle und die Flexibilisierung der Arbeitsgesellschaft. (ICE2)

[30-L] Wohlgenannt, Lieselotte:

Arbeiten - Wirtschaften - Leben: Grundeinkommen und gesellschaftliche Entwicklung, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 12-30 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autorin gibt zu Beginn ihres Beitrags einen Überblick über die Diskussion um Grundeinkommen und Existenzsicherung und beschreibt die aktuellen Herausforderungen auf dem Hintergrund der Krise der Arbeitsgesellschaft. Um der "babylonischen Sprachverwirrung" um den Begriff des Grundeinkommens entgegenzuwirken, gibt sie in Anlehnung an das "Basic Income European Network" folgende Definition: Grundeinkommen ist ein unbedingtes Einkommen für jede Person als individueller Anspruch, bedarfsunabhängig und ohne Arbeitsverpflichtung. Im zweiten Teil ihres Beitrags stellt sie das Modell der Katholischen Sozialakademie Österreichs (KSÖ) vor, das als eine Realutopie verstanden werden kann. Im dritten Teil skizziert sie die Chancen der Veränderung, denn das Grundeinkommen ist ihrer Meinung nach ein gesellschaftsveränderndes Konzept. Das Ziel läge in einer Umkehr der Werte: nicht arbeiten, damit die Wirtschaft wächst, sondern um menschliche Bedürfnisse möglichst gut zu erfüllen. (ICI)

2 Gesellschaftliche Debatte

[31-L] Dietz, Martin; Walwei, Ulrich:

Hartz IV: Reform der Reform?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 31-38 (www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "Bürgergeld-Modelle und Workfare-Ansätze sehen grundlegende Veränderungen des Grundversicherungssystems vor. Die Autoren analysieren potentielle Wirkungen dieser Vorschläge und diskutieren alternativ den 'Bonus für Arbeit' zur Förderung existenzsichernder Beschäftigung im Niedriglohnsektor." (Autorenreferat)

[32-L] Hohenleitner, Ingrid; Straubhaar, Thomas:

Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 11-18 (www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "Das bedingungslose Grundeinkommen schafft soziale Sicherheit als Basis für ein freies, selbstbestimmtes Leben in einem wettbewerblich organisierten, flexiblen Wirtschaftssystem. Es ist für eine zukunftsfähige, sowohl soziale als auch effiziente Marktwirtschaft unerlässlich." (Autorenreferat)

[33-L] Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.):

Die Zukunft der Arbeit in Deutschland: Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen, (IW-Studien), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2008, 342 S., ISBN: 978-3-602-14799-1

INHALT: "Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen beiden Jahren spürbar verbessert. Doch als wie nachhaltig können sich die Beschäftigungsgewinne in einer konjunkturellen Schlechtwetterlage erweisen? Wie werden sich die wirtschaftlichen Megatrends Globalisierung, Tertiärisierung, Digitalisierung, Individualisierung und Alterung auf die Arbeitsplätze in Deutschland auswirken? Neben diesen Entwicklungen wirkt auch die Politik auf den Arbeitsmarkt ein. Schlagworte wie 'gute Arbeit', 'bedingungsloses Grundeinkommen' und 'Flexicurity' machen die Runde. Was bedeuten sie? Welche Folgen haben Mindestlöhne und neue Regulierungen insbesondere für die Langzeitarbeitslosigkeit und die Beschäftigung von Geringqualifizierten? Welche Politikkonzepte können den Aufschwung am Arbeitsmarkt sichern? Das Expertenteam des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bietet die längst fällige Zusammenschau der einzelnen Aspekte moderner Erwerbsarbeit und formuliert klare Leitlinien für die Förderung und Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland: Damit menschliche Arbeit als Wachstumsfaktor zukunftsfähig bleibt und der dauerhafte Ertrag damit letztlich allen zugute kommen kann." (Autorenreferat)

[34-L] Klautke, Roland; Oehrlein, Brigitte (Hrsg.):

Prekarität - Neoliberalismus - Deregulierung: Beiträge des "Kritischen Bewegungsdiskurses", Hamburg: VSA-Verl. 2007, 212 S., ISBN: 978-3-89965-233-8

INHALT: "Die aufgeregte Debatte um das 'abgehängte Prekariat' in Deutschland beförderte die falsche These, als ob es sich dabei um eine klar abgrenzbare verfestigte Unterschicht handeln würde. Der Band schürft tiefer und analysiert Prekarisierung als gesellschaftlichen Prozess: Der Neoliberalismus brachte in unsere Arbeits- und Lebensverhältnisse Forderungen nach Flexibilisierung und Ungebundenheit, also einen Vereinzelungsprozess, bei immer größer werdender Unsicherheit. Das heutige Leben bringt die scheinbare Chance größerer Autonomie, fördert gleichzeitig aber freiwillige Unterwerfung unter die herrschenden Verhältnisse. Wie kann auf diese Widersprüche reagiert werden, welche Möglichkeiten zeichnen sich ab, der Entdemokratisierung auf allen Ebenen etwas entgegenzusetzen? Die Kämpfe der Globalisierungskritiker, der Hartz-IV-Gegner und auf betrieblicher Ebene liefen weitgehend isoliert nebeneinander her. Hier gilt es, bei künftigen sozialen Protesten Verbindungen herzustellen. Die Beiträge dieses Bandes zielen neben einer sozialwissenschaftlichen Selbstverständi-

gung gerade darauf ab, in den sozialen Bewegungen selbst eine theoretische Auseinandersetzung voranzutreiben mit so aktuellen Themen wie: Bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitsregulation und Gewerkschaftspolitik, Selbstvermarktung, Arbeitszeitverkürzung, Selbstverwaltung, Privatisierung, Wirtschaftsdemokratie, Prekarität in den Studien von Pierre Bourdieu, Globale soziale Rechte." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Prekarität als Ziel des neoliberalen Konzeptes - Kaindl, Christina: Neoliberalismus - hochtechnologische Produktionsweise und prekarierte Lebensweise (18-29). Unterschiedliche Aspekte des Analysebegriffs Prekarität - Hauer, Dirk: Umkämpfte Normalität - Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen (30-42); Candeias, Mario: Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung - Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung (43-61); Pelizzari, Alessandro: Verunsicherung und Klassenlage. Anmerkungen im Anschluss an die Prekarisierungsforschung von Pierre Bourdieu (62-78). Strategien gegen Prekarität - Röttger, Bernd: Erneuerung aus dem Zentrum der Krise - die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik (79-120); Rätz, Werner: Soziale Sicherheit für alle, weltweit (121-136); Hirsch, Joachim: Der Kampf um öffentliche Güter - oder weshalb der Ausbau einer sozialen Infrastruktur nötig ist (137-146). Vorstellungen jenseits von Privatisierung - Pelizzari, Alessandro; Zeller, Christian: Perspektiven jenseits Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge (147-183). Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie - Demirovic, Alex: Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften - Probleme und weiterführende Überlegungen (184-191); Spehr, Christoph: Den Laden schmeißen alternative Produktion und Selbstverwaltung (192-200); Samsa, Gregor: Globale Rechte als neue Perspektive? Globale Rechte - Hype oder kommunistisches Szenario? Globale Rechte im Spannungsfeld von Utopie, sozialen Kämpfen und positivem Recht (201-212).

[35-L] Küttel, Rolf:

Das Grundeinkommen und die flexible Arbeitsgesellschaft: Beschleunigung und Absicherung der gegenwärtigen Transformation, in: Stefan Kutzner (Hrsg.) ; Michael Nollert (Hrsg.) ; Jean-Michel Bonvin (Hrsg.): Armut trotz Arbeit : die neue Arbeitswelt als Herausforderung für die Sozialpolitik, Zürich: Seismo Verl., 2009, S. 156-161

INHALT: Die These vom "Kapitalismus ohne Arbeit" (Ulrich Beck) hat sich nach Ansicht des Autors zurecht nicht lange halten können. Gegenwärtig wird wieder die "Zukunft der Arbeitsgesellschaft" postuliert und gezeigt, dass die Arbeit und ihre gesellschaftliche Einbettung einer weitreichenden Transformation unterworfen sind, die aller Voraussicht nach zu einer "flexiblen Arbeitsgesellschaft" führen wird. Der Autor möchte in seinem Beitrag zum einen darlegen, dass diese Transformation in verschiedenen Bereichen stattfindet; zum andern wird argumentiert, dass klassische Ansätze von Armutsbekämpfung und Integration in Erwerbsarbeit unter den neuen Bedingungen an Funktionalität einbüßen und ein Grundeinkommen sich als mögliche Alternative anbietet. Die Überlegungen des Autors beziehen sich auf das Ende der fordistischen Vollzeitvollarbeit, auf die arbeitsmarktlche Flexibilisierung und auf das Schwinden der Prägnanz der Erwerbsarbeit. Er geht abschließend der Frage nach, ob gegenwärtig eine "Stellschraubenpolitik" oder eine Neukonzeption der sozialen Sicherung erfolgt. (ICI2)

[36-L] Lessenich, Stephan:

Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2009, 39 S., ISBN: 978-3-86872-053-2 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf)

INHALT: Die vorliegende Expertise geht auf die Debatte zum "Vorsorgenden Sozialstaat" zurück, die im Rahmen des Gesprächskreises Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung geführt wurde. Es wird herausgearbeitet, wie die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen in die sozialpolitische Landschaft einzuordnen ist und wie sich die Grundideen zum Vorsorgenden Sozialstaat und Bedingungslosen Grundeinkommen zueinander verhalten. Die Studie hat es sich zur Aufgabe gestellt, in einem "verminten Gelände" gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung, das durch die anhaltenden Konfrontationen rund um die Hartz-Reformen politisch-emotional noch weiter aufgeladen worden ist, selbst Position zu beziehen. Dies allerdings in einer spezifischen Weise: mit dem Ziel nämlich,

die jüngere Grundeinkommensdebatte moderierend zu sondieren und zu fokussieren. Die Expertise will erkunden und Auskunft darüber geben, worum es bei der wissenschaftlich-politischen Debatte um das Grundeinkommen geht. Sie will auf diese Weise den Streit um die Grundeinkommensproblematik auf ihren Brennpunkt hin ausrichten, also den Meinungs-, Deutungs- und Positionierungskampf scharf stellen und die Strahlkraft der Debatte in ihrem gesellschaftspolitisch zentralen Punkt vereinigen: in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Zukunft von Sozialstaat und Demokratie in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft. Schließlich will sie dies in zweifacher Hinsicht moderierend tun, nämlich in einer den allzu häufig konfrontativen, wechselseitig delegitimierenden und desavouierenden Schlagabtausch von Befürwortern und Gegnern mäßigenden Weise - und in einer Form, die darauf angelegt ist, die bislang gängige Diskussionsstruktur monologischer Selbstvergewisserungen beider Seiten zu überwinden und deren destruktive Lust an der feindseligen Beschuldigung in eine produktive Praxis dialogischer Bezugnahme zu überführen. (ICD2)

[37-L] Opielka, Michael:

The likelihood of a basic income in Germany, in: International social security review, Vol. 61/2008, No. 3, S. 73-94

INHALT: "The article discusses whether the likelihood of Germany introducing a basic income policy - that is independent of labour market participation - has increased in recent years. A brief description of the main elements of the German welfare state is followed by a critical analysis of more recent developments in guaranteeing a basic income, not least with the 2003 merger of unemployment benefits and social assistance. Since then the resulting fears of downward mobility felt even by the middle classes have reignited the 1980's debate about a basic income. Two models (the 'basic income guarantee' and the 'solidarity citizen's income') are used to discuss practical system design problems and the chances of realizing a basic income policy." (author's abstract)

[38-L] Patry, Eric:

Das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz: eine republikanische Perspektive, (St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, Bd. 45), Bern: Haupt 2010, 337 S., ISBN: 978-3-258-07575-4

INHALT: "Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hat seit einigen Jahren in der Reformdebatte um die zukünftige Ausgestaltung der Arbeits- und Sozialpolitik an Beachtung gewonnen und wird - auch in der Schweiz - zunehmend diskutiert. Jedoch beschränken sich die Beiträge in der Regel auf die Erarbeitung von Argumenten für oder gegen das Grundeinkommen. Kaum wird die Frage nach der pragmatischen Anschlussfähigkeit an eine bereits bestehende Praxis thematisiert. In dieser Studie wird ein republikanischer Zugang zum Grundeinkommen entwickelt, der eine neue Perspektive auf die Vereinbarkeit der Grundeinkommensidee mit den Verhältnissen in der Schweiz eröffnet. Republikanische Leitideen, auf deren Grundlage die Grundeinkommensidee begründet werden kann, sind in der schweizerischen Bürgertradition tief verankert. Im Erfahrungskontext der Schweiz bestehen bereits konkrete grundeinkommensähnliche Institutionen, die mitunter auf die Verwurzelung republikanischer Leitideen in der Schweiz zurückgeführt werden können. Diese republikanische Perspektive auf die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Schweiz eröffnet einen möglichen Bezugs- und Orientierungspunkt in der schweizerischen Grundeinkommensdiskussion." (Autorenreferat)

[39-F] Pioch, Roswitha, Dr.rer.pol. (Bearbeitung):

Migration und Sozialpolitik

INHALT: Das Forschungsprojekt untersucht Zusammenhänge zwischen Migrationspolitik und Sozialpolitik in Europa. Gezeigt wird, wie die Struktur der Sozialstaaten in Europa Deutungsmuster und Entscheidungen in der Migrationspolitik vorstrukturieren. Die Sozialpolitik steckt Handlungsspielräume der Migrationspolitik ab. Im Ländervergleich wird untersucht, ob steuerfinanzierte Sozialstaaten sich eher als beitragsfinanzierte Sozialstaaten auf die im Zuge der Osterweiterung zu erwartenden Migra-

tionsströme einstellen können. *ZEITRAUM*: 1945-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland, Niederlande, Schweden

METHODE: Theoretisch geleitet ist die Forschung mit dem Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz/ Scharpf). Der gesellschaftliche Wandel wird durch die Verbindung von Institutionenanalyse und Akteursperspektiven erklärt. Methodisch werden die Handlungsorientierungen der Akteure in dieser Untersuchung mittels der hermeneutisch-rekonstruktiven Textanalyse erhoben. *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse; Experteninterview; Ländervergleich.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Pioch, Roswitha: Migration, Staatsbürgerschaft und soziale Sicherung in Europa. in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 49, 2003, H.4, S. 651-665.+++Dies.: Migration, Staatsbürgerschaft und garantiertes Grundeinkommen in Europa. in: Wohlgenannt, Liselotte (Hrsg.): Grundeinkommen - soziale Investition für die Welt des 21. Jahrhunderts. Dossier 03/2003. Wien: Katholische Sozialakademie Österreichs 2003, S. 19-22.

ART: Habilitation; Eigenprojekt *BEGINN*: 2000-01 *ENDE*: 2005-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB 01 Philosophie, Geschichte, Religions- und Sozialwissenschaften, Fachgebiet Politikwissenschaft (Universitätstr. 12, 45117 Essen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0201-183-3556, e-mail: roswitha.pioch@uni-essen.de)

[40-L] Schneider, Hilmar:

Kombilohn oder Workfare - eine Frage der Grundsicherung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 55/2006, H. 2, S. 198-208 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 01110; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nach Ansicht des Autors ist das deutsche Wohlfahrtssystem verantwortlich für relativ hohe implizite Mindestlöhne. Speziell für geringqualifizierte Arbeitnehmer gibt es nur geringe Anreize, Jobangebote anzunehmen. Diesem Problem mit Lohnsubventionen für niedrigbezahlte Jobs beizukommen, erscheint wenig vielversprechend. Wegen der Höhe des staatlich garantierten Grundeinkommens, würden zusätzliche Lohnsubventionen zwar mit hohen Kosten aber nur geringen Auswirkungen verbunden sein. Workfare erweist sich als eine höchst effiziente Alternative, wird aber nur ohne zusätzliche Lohnzuschüsse funktionieren. (IAB)

[41-L] Vobruba, Georg:

Die Flexibilität der Arbeit und das garantierte Grundeinkommen, in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Verwerfungen moderner Arbeit : zum Formwandel des Produktiven, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 115-131, ISBN: 978-3-89942-874-2

INHALT: Der Beitrag setzt die um Produktivität besorgten Diskussionen zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen mit den eher von regelmäßigen Produktivitätsüberschüssen ausgelösten Überlegungen zu einer Entkoppelung von Einkommen und Arbeit in Beziehung und zeigt, dass diese keineswegs im Widerspruch zueinander stehen müssen. Ziel der Argumentation ist zu zeigen, an welcher Stelle der Diskussion um die Flexibilisierung der Arbeit (so etwas wie) ein Grundeinkommen ins Spiel kommen muss, wenn man flexibilisierungspolitische Absichten mit Aussicht auf Erfolg realisieren will. Dazu wird zuerst die Diskussion zur Arbeitsflexibilisierung aufgenommen. Dann werden die Erweiterungen dieser Diskussion rekonstruiert und schließlich wird das Konzept der "Flexicurity" interpretiert. Anhand einer Systematik unterschiedlicher Ansätze zur Flexicurity wird schließlich gezeigt, an welcher Stelle die Flexibilisierungsdiskussion auf eine Verknüpfung mit der Grundeinkommensdiskussion hinaus läuft. Wenn Flexicurity (so etwas wie) ein Grundeinkommen erfordert und ökonomische Effizienzgewinne verspricht, dann lässt sich aus den Effizienzgewinnen ein starkes Argument für ein Grundeinkommen gewinnen. (ICA2)

[42-L] Vobruba, Georg:

Die Grundeinkommensdiskussion in der doppelten Krise der Lohnarbeit: Entwicklung - Defizite - Perspektiven, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 31-42 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor erinnert an die Diskussionen zum Grundeinkommen in den späten siebziger und achtziger Jahren, die damals, "am Anfang vom Ende der Vollbeschäftigung", zahlreiche Alternativvorschläge zur industriell-kapitalistischen Produktion und zur Beziehung von Arbeit und Einkommen hervorgebracht haben. Er vertritt die Ansicht, dass grundlegende Hoffnungen der Grundeinkommensbefürworter - insbesondere mit Blick auf die Verteilungsspielräume aufgrund von Rationalisierungen der Produktion - auf falschen Prämissen beruht haben, und plädiert für eine Zurückstellung der normativen Aspekte der Grundeinkommensdebatte zugunsten einer nüchternen, empiriegestützten Erwägung von Verteilungsproblemen und Chancenperzeptionen der Gesellschaftsmitglieder. Er schlägt vor, sich an den realen Entwicklungsmöglichkeiten zu orientieren und an den erreichten Stand der empirischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung anzuknüpfen. Erst damit hätte die Grundeinkommensdiskussion gute Aussichten für eine neue Runde. (IC12)

[43-F] Wagner, Björn, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Lessenich, Stephan, Prof.Dr. (Leitung):

Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte

INHALT: Die Umbrüche der spätindustriellen Erwerbsarbeitsgesellschaft, die sich in einer sozioökonomischen Konstellation strukturell verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, flexibilisierter Beschäftigungsverhältnisse und zunehmender Unsicherheit der Existenzsicherung widerspiegeln, haben in jüngster Zeit einer alten Idee neuen Auftrieb gegeben: der Idee des Grundeinkommens. In dem Maße, wie die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umbaus des sozialstaatlichen Arrangements der Nachkriegszeit unabweisbar geworden und zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz innovativer Vorschläge einer Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme gestiegen ist, wurde die Grundeinkommensidee in der öffentlichen politischen Debatte wiederbelebt. In ihrer neueren Geschichte ein Kind liberaler Ökonomen, das in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von libertären Sozialwissenschaftler(inne)n adoptiert und "resozialisiert" wurde, ist diese Idee hierzulande in den vergangenen Jahren auch von ehemals undenkbar (und systemüberwindender Sehnsüchte unverdächtigen) Protagonisten wie Ministerpräsidenten und Unternehmern lanciert worden. Die Idee des Grundeinkommens hat dadurch eine neuartige gesellschaftliche Prominenz erlangt - ohne dass das souveräne Publikum demokratischer Politik wüsste, was sich hinter ihr (und ihren verschiedenen Varianten) "wirklich" verbirgt. Die geplante Expertise soll dazu beitragen, die Debatte um das Grundeinkommen in strukturierte und damit gesellschaftspolitisch produktive Bahnen zu lenken. Es wird zum einen darum gehen, das wissenschaftlich-politische Feld einer im Prinzip einfachen Idee - eines jedem Mitglied des politischen Gemeinwesens bedingungslos, d.h. unabhängig von Arbeitsleistung, Bedürftigkeitsprüfung oder Haushaltskonstellation zu gewährenden Einkommens - theoretisch abzustecken und, mit Blick auf verschiedene Varianten der Idee, in seiner rasch zu Tage tretenden konzeptionellen Komplexität zu vermessen. Zum anderen sollen die Grundeinkommensidee und deren Variationen in Beziehung gesetzt werden zur Konzeption des "vorsorgenden Sozialstaats", wie sie derzeit von der Sozialdemokratie als zukunftsweisendes Konzept sozialpolitischer Gestaltung diskutiert wird. Die Grundidee der Expertise und des zu ihr führenden Diskussionsprozesses ist das dialogische Prinzip: Es wird darum gehen, Personen und deren Positionen - "real" im Rahmen von Workshops und "virtuell" in Form von Texten - in systematischer Form miteinander kommunizieren zu lassen. An der Schnittstelle von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik soll es auf diese Weise möglich werden, wissenschaftliche Wissensbestände zu sichern, politische Kontroversen auszutragen und wissenschaftlich-politische Konzeptionen fortzuentwickeln.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2008-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Gesellschaftsvergleich und sozialer Wandel (07737 Jena)

KONTAKT: Leiter (Tel. 03641-94-5571, e-mail: stephan.lessenich@uni-jena.de); Bearbeiter (Tel. 030-9-2255-692, e-mail: bjoern.wagner@uni-jena.de)

[44-L] Wagner, Björn:

Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte: Leitbilder, Motive und Interessen, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2009, 44 S., ISBN: 978-3-86872-057-0 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/wiso/06194.pdf)

INHALT: Die Idee eines Grundeinkommens ist nicht neu. In den 1980er Jahren stand im Mittelpunkt der Debatte die Notwendigkeit der Reform des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, angetrieben durch die angesichts steigender Massenarbeitslosigkeit mangelnde Problemlösungsfähigkeit lohnarbeitszentrierter Sicherungssysteme. In der vorliegenden Studie geht es vor allem darum, was das Neue an der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist. Dass mittlerweile Unternehmer ein allgemeines Grundeinkommen einfordern, eröffnet einerseits die Möglichkeit, eine breitere gesellschaftliche Basis für das Grundeinkommen zu schaffen. Andererseits bedeutet die Ausweitung des Unterstützerkreises zugleich eine starke Diversifizierung der mit der Forderung verbundenen Motivationen und Erwartungen. So ist es zum Beispiel relevant, ob ein Grundeinkommen vor allem eine neue Form der Armutsbekämpfung darstellt, oder ob damit das Ziel einer Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit verbunden ist. Diese Punkte stehen im Mittelpunkt der Studie. Zunächst werden auf allgemeiner Ebene potenzielle Auswirkungen eines Grundeinkommens diskutiert. Danach werden vier grundsätzliche Diskurse unterschieden, die mit den Adjektiven neoliberal, sozialliberal, sozial-egalitär und emanzipatorisch umschrieben werden können. Die einzelnen Diskurse lassen sich vor allem mit Blick auf ihre Positionierung gegenüber zentralen sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen voneinander abgrenzen, wie etwa das Verhältnis des jeweiligen Grundeinkommensmodells zu den gegenwärtigen sozialen Sicherungssystemen, zu Entlohnungs- und Arbeitsmarktstrukturen oder zu Formen von Mitbestimmung und Partizipation. Im Anschluss daran werden diese Diskurse und die damit verbundenen Vorschläge im Detail diskutiert und nach Überschneidungen und Anknüpfungspunkten gefragt. Das Schlusskapitel fasst die Ergebnisse zusammen und gibt einen Ausblick auf die Fragen, die bei der weiteren Debatte im Mittelpunkt stehen sollten. (ICD2)

[45-L] Wüthrich, Therese:

Für eine gewerkschaftliche Debatte zum Grundeinkommen, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 25/2005, H. 49, S. 127-132 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Vollbeschäftigung ist eines der Ziele des "magischen Vierecks". Noch dominieren die gesellschaftlichen Kräfte, unter ihnen die Gewerkschaften, die nach wie vor Vollbeschäftigung anstreben. Vollbeschäftigung hat es aber nie gegeben. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Diskussion über ein bedingungsloses und garantiertes Grundeinkommen den Gewerkschaften und fortschrittlichen Kräften die Chance bietet, über neue Gesellschaftsentwürfe nachzudenken, die kurzfristig gesehen als unvereinbar mit der Erwerbsarbeitsrealität und sozialpolitischen Regulierung erscheinen, nicht jedoch längerfristig gesehen. Die Autorin diskutiert hier das "Drei-Kreise-Modell", das in den neunziger Jahren Martine Rossi und Elena Sartoris ausgearbeitet und berechnet wurde. Es ist eine Konzeption für soziale Sicherung mittels Umverteilung von Einkommen, die beitragsunabhängig gestaltet und zudem finanzierbar ist. Es bietet Ersatz für Einkommen bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, für Jugendliche in Ausbildung, im Rentenalter oder als Ergänzungen bei ungenügendem Einkommen. Es ist auch ein neues wirtschaftliches und soziales Paradigma, das eine teilweise Loslösung vom erhaltenen Primäreinkommen für die jeweils geleistete Arbeit als legitim, notwendig und erwünscht erachtet. Es handelt sich um ein Sicherungssystem, das auf wirtschaftliche und soziale Veränderungen als Folge von unsicheren Erwerbsarbeitsplätzen und zunehmender Erwerbslosigkeit, brüchigen familiären Beziehungen und anderen Formen des familiären Zusammenlebens zu antworten vermag. Insgesamt ist es eine umfassende beitragsunabhängige soziale Existenzsicherung in gleichem Masse für Frauen und Männer. (ICA2)

[46-F] Zeeb, Matthias, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung):

Das bedingungslose Grundeinkommen aus Sicht der evangelischen Sozialethik

INHALT: 1. Mit der sich verbreiternden Diskussion über die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) nähert sich ein sozialpolitisches Konzept dem Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, dessen eingängige Begrifflichkeit die Debatte auf der einen Seite so sehr popularisiert, wie sie sie auf der anderen vernebelt. 2. Unter dem Grundeinkommenstitel sind inzwischen eine ganze Reihe verschiedener mehr oder weniger detailliert ausformulierter Vorschläge vorgelegt worden, die in den politischen Parteien, von den einschlägigen Verbänden und auch in der Wissenschaft diskutiert werden. Trotz der gemeinsamen Titulierung bestehen zwischen den einzelnen Modellen jedoch erhebliche konzeptionelle Unterschiede. 3. Sind diese Unterschiede mehr als die für Außenstehende gelegentlich spitzfindig anmutenden Zwiste der Fachleute über Veränderungen in den Feinheiten des Steuersystems, und handelt es sich tatsächlich um deutlich unterschiedliche Konzepte von Gesellschaft und Staat und um gegensätzliche Umverteilungsdiskurse? 4. Oder sind im Gegenteil die Ähnlichkeiten in der Etikettierung mehr als der Ausdruck eines geteilten Verständnisses von politischer Kommunikation, die darauf setzt, komplexe Sachverhalte auf eine plakative und für sich genommen scheinbar uneingeschränkt positive Chiffre zu reduzieren, und handelt es sich tatsächlich um Politikentwürfe auf der Grundlage einer geteilten Analyse der ökonomischen und politischen Situation? 5. Dass die Idee eines BGE heute auf so großes öffentliches Interesse stößt, lässt sich allerdings nicht allein mit dem Kommunikationsgeschick der Proponentinnen und Proponenten erklären, sondern sie fällt auch auf einen derzeit besonders fruchtbaren Boden. Die im Zuge der Arbeitsmarktreformen auf statistische Rekordhöhen gewachsene Arbeitslosigkeit, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit insbesondere in den östlichen Bundesländern und die reduzierten Leistungen an Arbeitslose, die im Gegensatz zur Vergangenheit und zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen eben an verschärfte Bedingungen geknüpft sind, haben zu einer tiefgreifenden Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung beigetragen, die die Aussicht auf ein staatlich garantiertes und nicht mit Bedürfnisprüfungen oder Verpflichtungen verbundenes Grundeinkommen durchaus zu einem Hoffnungsschimmer werden lässt. Jenseits der unmittelbaren individuellen Betroffenheit führt gleichzeitig die wissenschaftliche Debatte um die nationalen wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten angesichts der Globalisierung und ein möglicherweise bevorstehendes Ende der Arbeitsgesellschaft zu Überlegungen, die sozialen Sicherung von der Bindung an die traditionelle Erwerbsarbeit zu entkoppeln und alternative Formen sozialer Sicherung zu entwickeln.

METHODE: Die Studie greift die prominentesten und in den Details am weitesten ausformulierten der öffentlich diskutierten Modelle auf, um die Bandbreite der Vorschläge und die wichtigsten politischen Positionierungen zu verdeutlichen. *DATENGEWINNUNG:* Dokumentenanalyse, offen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Zeeb, Matthias: Bedingungsloses Grundeinkommen - nicht unbedingt eine gute Idee. Texte aus dem SI, Februar 2007, 17 S. Online: www.ekd.de/si-download/SI_070205_zeeb_bedingungsloses_grundeinkommen.pdf.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2006-12 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- (Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0511-5301-427, e-mail: matthias.zeeb@si-ekd.de)

3 Sozialpolitische Aspekte / Einstellungen

[47-L] Bartelheimer, Peter:

Für eine sozialpolitische Reformagenda Mindestsicherung: zur Geschäftsordnung im Streit um Grundeinkommen und Grundsicherung, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 28/2008, H. 110, S. 93-108 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser schlägt vor, um eine verbesserte bedarfsorientierte Grundsicherung oder ein bedingungsloses Grundeinkommen nur so grundsätzlich zu streiten, wie sozialpolitisch notwendig. Da bei wachsender Ungleichheit der Erwerbsmuster und der Lebensweisen Sozialpolitik die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen nicht mehr zusammenzubinden vermag, muss eine "Reformstrategie Mindestsicherung" den Vorrang einer sozialpolitischen Armutsbekämpfung für das untere Fünftel der Einkommensverteilung durchsetzen. Der sozialpolitische Innovationsbedarf besteht darin, prekäre und von Ausgrenzung bedrohte Erwerbslagen ohne Rückgriff auf das Erbe der Fürsorge zu sichern, also die modernsten Interventionsformen des Sozialstaats auf die Gewährleistung des Existenzminimums zu erstrecken. Dabei geht es um vier Punkte: das Prinzip der Bedarfsdeckung wieder politikfähig zu machen, den sozialen Rechtsanspruch auf Mindestsicherung zu stärken, den Sicherungsauftrag institutionell besser zu verankern und die Aufgabenteilung mit der Arbeitsmarktpolitik neu zu regeln. (ICF2)

[48-L] Bischoff, Joachim:

Allgemeines Grundeinkommen: Fundament für soziale Sicherheit?, Hamburg: VSA-Verl. 2007, 103 S., ISBN: 978-3-89965-186-7

INHALT: "Die AutorInnen setzen sich kritisch mit den Hauptargumenten eines Grundeinkommens als emanzipierendem, geschlechtergerechten, armutsresistenten Instruments der Sozialpolitik auseinander. Im Shareholder-Kapitalismus können die aus dem Erwerbssystem Ausgegrenzten nur durch den BürgerInnenstatus ein Recht auf soziale Sicherheit geltend machen. Daher die wachsende Zustimmung zur Forderung nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Seine Anhänger betonen den systemsprengenden Charakter dieser Form sozialer Sicherheit; sie lassen freilich die Frage der Reorganisation gesellschaftlicher Arbeit oder Wertschöpfung völlig unbeantwortet. Alle europäischen Gesellschaften sind infolge der beschleunigten Modernisierung sozialen Spannungen ausgesetzt. Die flexible Produktionsweise erzeugt flexible Arbeitsmärkte. Die Flexibilität der Arbeitsorganisation zerstört das Normalarbeitsverhältnis, auf dem die Finanzierung der sozialen Sicherheit überwiegend basierte. Die Neuerfindung des Sozialstaats steht auf der Tagesordnung." (Autorenreferat)

[49-L] Eichenhofer, Eberhard:

Sozialversicherung und Grundeinkommen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 19-24 (www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: Der Autor stellt zunächst die Unterschiede zwischen Grundeinkommen und Sozialversicherung heraus und diskutiert im weiteren die Frage, welcher der beiden rivalisierenden Ansätze sozialer ist und eher im Einklang mit den ökonomischen Prinzipien der europäischen Gesellschaften steht. Er geht u.a. auf den Wert der Arbeit, die Bemessungsgrundlage von Sozialleistungen und die Beziehungen zwischen Grundeinkommen und Sozialversicherungsrechten ein. Der in jüngster Zeit diskutierte Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens erweist sich seiner Meinung nach bei näherer Betrachtung als ein Ausdruck ökonomischer Phantasmen. Denn wie eine Wirtschaft funktioniert, in welcher die Arbeit nicht Basis der Daseinssicherung sein soll, ist empirisch weder bekannt, noch je erprobt. Das Grundeinkommen ist daher kein Beitrag zur Fortentwicklung des Sozialstaats, sondern die Umschreibung einer Regression: In einer komplizierten Welt, wo selbst die einfachsten technischen Geräte kompliziert sind, kann ein einfaches Sozialleistungssystem nicht funktionieren. Die Einfachheit und scheinbare Fairness des Grundeinkommens sind nicht dessen sozialpolitische Vorzüge.

ge, sondern ein untrügliches Zeichen dafür, dass dieser Vorschlag auf Illusionen und Realitätsferne beruht. (IC12)

[50-L] Farwick, Andreas; Gieffers, Susanne; Pusch, Volker; Schlichting, Karl; Schröder, Paul M.; Strüßmann, Bernd:

Armut in Bremen: die soziale Spaltung der Stadt ; Bericht 2007, Bremen 2007, 143 S. (Graue Literatur;

www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Downloads/Armutsbericht/s_armutsbericht2007.pdf)

INHALT: "Wie in jedem Jahr legt die Arbeitnehmerkammer einen Armutsbericht für das Land Bremen vor, der sich mit der allgemeinen Armutsentwicklung beschäftigt und darüber hinaus einen inhaltlichen Schwerpunkt hat. Die 'Soziale Spaltung der Stadt' ist Gegenstand des neuen Berichts. Es gehört zu unserem Alltagswissen, dass bestimmte Quartiere unserer Städte zu den 'besseren' gehören, andere zu den 'problematischen'. Diese Alltagseinschätzung beruht in der Regel auf dem Wissen oder auch nur der Ahnung, dass sich in bestimmten Stadtteilen Problemlagen der Bewohner und Bewohnerinnen häufen: ein geringes Grundeinkommen, viele Bezieher/innen von staatlichen Hilfeleistungen, möglicherweise eine große Zahl zugewanderter Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt (noch) nicht Fuß gefasst haben. Was der Bericht zu zeigen versucht: dass Menschen in bestimmten Quartieren gegenüber anderen benachteiligt sind oder werden, ist nicht nur das Ergebnis objektiver Verhältnisse. Es ist vielmehr so, dass negative Grundvoraussetzungen - also etwa ein geringes Einkommen oder die Abhängigkeit von staatlichen Hilfen - dafür sorgen, dass weitere Nachteile sich einstellen. Stadtteile, in denen sich die materielle Armut konzentriert, bieten für ihre Kinder und Jugendlichen weniger Chancen als die durchschnittlich wohlhabenderen Stadtteile. Die Tatsache ist so schlicht wie aufdringlich: Wer das 'Glück' hat, in einem der situierteren Stadtteile aufzuwachsen, hat eine teils viermal größere Chance, auf eine weiterführende Schule zu gelangen, als ein Kind, das das 'Pech' hatte, in einem benachteiligten Quartier geboren zu werden. Am Ende eines solchen Prozesses nimmt das Image eines Stadtteils Schaden, häufig ziehen Familien, Erwerbstätige und einkommensstärkere Haushalte weg aus diesen Stadtteilen. Man nennt diesen Prozess mit einem Fachbegriff Segregation. Hier tut sich ein weites Feld für staatliches Handeln auf, das in unserem Land nach wie vor darauf verpflichtet ist, soziale Nachteile auszugleichen. In der Einleitung zum Armutsbericht auf den folgenden Seiten werden Forderungen aufgestellt, die zum Teil bereits im Kommentar zur neuen rot-grünen Landesregierung zu finden waren. Den Schwerpunkt 'Soziale Stadt', den diese Regierung gewählt hat, unterstützen die Autoren mit ihren Möglichkeiten. Allerdings muss dies auch mit finanziellen Mitteln so ausgestattet werden, dass der Titel Schwerpunkt gerechtfertigt ist!" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Volker Pusch, Bernd Strüßmann: Einleitung: Die soziale Spaltung der Stadt (6-11); Bernd Strüßmann: Soziale und räumliche Segregation im Lande Bremen (12-37); Andreas Farwick: Die räumliche Polarisierung von Armut in der Stadt (38-53); Karl Schlichting: Soziale Segregation in Bremen (54-93); Susanne Gieffers: Vom Ankommen, vom Weggehen und vom Bleiben: eine Reportage aus Lüssum (94-101); Paul M. Schröder: Zahlen, Daten, Fakten (102-143).

[51-L] Fehmel, Thilo:

Sozialpartnerschaft und Sozialpolitik: Geschichte und Zukunft eines Kompetenzverhältnisses, in: Matthias Lemke (Hrsg.) ; Philipp Hermeier (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit?, Göttingen: Cuvillier Verl., 2006, S. 77-90, ISBN: 978-3-86727-095-3 (Standort: UB Köln(38)-35A251)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass das arbeitsunabhängige, garantierte Mindest- oder Grundeinkommen kein utopisches Projekt ist. Grundsicherungselemente für alte Menschen oder für Eltern sind Beispiele für nicht lohnarbeitsbezogene monetäre Sozialleistungen. Es wird argumentiert, dass die Frage, der sich sozialpolitische Akteure zu stellen haben, nicht ist ob, sondern wie garantierte und arbeitsunabhängige Einkommensbestandteile zu etablieren sind. Zu diesen Akteuren gehören auch die Sozialpartner. Ein arbeitsunabhängiges Grundeinkommen stellt für sie keine größere Bedrohung dar als die Erosion des Tarifsystems. Denn ein garantiertes Mindesteinkommen für alle kann, muss und soll die Funktionen des erodierenden sozialpartnerschaftlichen Tarifvertragssystems keineswegs zur Gänze übernehmen. Es kann und soll die Umverteilungsfunktion des Arbeitsmarktes nicht ersetzen, sondern ergänzen. Es dient, wie vormals Tarifverträge, anders als diese aber nicht zu Lasten betrieblicher Fle-

xibilität, der faktischen Festschreibung von Einkommensuntergrenzen. Es kann so die Einkommensrisiken vermindern, die mit dem schleichenden Untergang des Tarifsystems und der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktgeschehens verbunden sind. Es relativiert darüber hinaus, indem es nicht auf den Arbeitnehmerstatus beschränkt bleibt, selbst den Schicksalsschlag eines Arbeitsplatzverlustes und macht autonome Wechsel zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsphasen oft überhaupt erst möglich, bringt letztlich also ein Element der Sicherheit und Verlässlichkeit in biographische Diskontinuitäten, auf dem aufbauend erst flexible Umwelten zu bewältigen sind. (ICG2)

[52-F] Fischer, Ute Luise, Dr. (Bearbeitung):

Geschlechtsspezifische Sinnerfüllung - Tendenzen der Bewährungsdynamik bei Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit

INHALT: Rekonstruktion aktueller Ausformungen der Leistungsethik und ihrer möglichen Transformation im Bewährungsfeld Beruf sowie neuer Formen der Bewährung und Quellen von Sinn außerhalb der Erwerbsarbeit. Im Fokus steht die Frage nach einer Geschlechtsspezifität der Antworten auf die Sinnfrage. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Theoretisch wird auf die strukturelle Soziologie, das Lebenspraxis-Konzept von Oevermann (2000) sowie sein Modell der Struktur von Religiosität und Bewährungsdynamik (Oevermann 1995) Bezug genommen. Auch methodisch stützt sich die Arbeit auf die von Oevermann entwickelte objektive Hermeneutik und darin insbesondere die Sequenzanalyse von offen biographischen Interviews. Untersuchungsdesign: Querschnitt, zwei Generationenlagerungen (geboren ca. 1960 sowie ca. 1980) *DATENGEWINNUNG:* Biographisches Interview (Stichprobe: ca. 30; Auswahlverfahren: qualitatives Sample). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Fischer, U.L.: Krise der Arbeit, Krise der Sinnstiftung - ein kulturtheoretisch-strukturaler Zugang zur Geschlechter- und Arbeitsforschung. in: Aulenbacher, Brigitte; Funder, Maria; Jacobsen, Heike; Nölker, Susanne (Hrsg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2007 (im Erscheinen).++
+Dies.: Die Differenz zwischen epistemologischem Vor-Urteil und praktischem Vorurteil als Scheideweg. Ein konstitutionstheoretischer Zugang zur Geschlechterforschung. in: Aulenbacher, Brigitte; Bereswill, Mechthild; Löw, Martina; Meuser, Michael; Mordt, Gabriele; Schäfer, Reinhild; Scholz, Sylka (Hrsg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 20. Münster: Westfälisches Dampfboot 2006 (im Erscheinen).+++
+Dies.: Partnerschaft und Familie unter Bedingungen der aktuellen gesellschaftlichen Krise. in: Reuter, Julia; Wolf, Katja (Hrsg.): GeschlechterLeben im Wandel. Reihe Frauen/ Genderforschung. Tübingen: Stauffenberg 2006, S. 213-229.+++
+Dies.: Entkopplung von Arbeit und Einkommen - emanzipierende Konsequenzen eines bedingungslosen Grundeinkommens. in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis: Frauen, denkt ökonomisch!?, 2006, H. 68 (im Erscheinen).+++
+Dies.: Projektskizze: Geschlechtsspezifische Sinnerfüllung - Tendenzen der Bewährungsdynamik bei Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit. in: Journal Netzwerk Frauenforschung, 2002, Nr. 14, S. 46-49.+++
+Dies.: Cultural roots of the economic crisis in Germany and its consequences regarding to gendered realities. Vortragsmanuskript, International Conference "Changing Gender: Research, Theory and Policy for Gendered Realities of the 21st Century", June 2-3, 2005, Panteion University Athens, Greece. Download: www.genderpanteion.gr.+++
+Dies.: Rezension über: Arlie Hochschild: Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Geschlecht und Gesellschaft, Bd. 29. Opladen: Verl. Leske u. Budrich 2002. in: SozialerSinn, 2004, H. 3, S. 526-530.

ART: Habilitation; gefördert *BEGINN:* 2003-04 *ENDE:* 2006-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Technische Universität Dortmund, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Fachgebiet Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie (44221 Dortmund)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0231-755-3294 od. 02303-770428, e-mail: Ute.Fischer@uni-dortmund.de)

[53-L] Füllsack, Manfred:

Von Schweinen, Geisteswissenschaftlern und Arbeitsämtern: soziale Verwerfungen und ihre mögliche Entschärfung durch ein "garantiertes Grundeinkommen", in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 77-87 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die klassische Unterscheidung zwischen Interventionismus und Liberalismus oder zwischen "Links" und "Rechts" scheint sich kaum noch als Hintergrund für die Diskussion neuer sozialpolitischer Modelle zu eignen. Sie trägt nach Ansicht des Autors eher dazu bei, die für die Situation der Moderne relevanten Umstände zu verdecken, als sie sichtbar zu machen. Der Autor skizziert anhand von klassischen Überlegungen zur Wirtschaftstheorie eine anders ausgerichtete Argumentationslinie für ein "garantiertes Grundeinkommen", durch welche die Notwendigkeit einer "Entschärfung sozialer Verwerfungen" plausibel gemacht werden soll. Eine unhintergehbare Bedingung jeder sozialen Maßnahme liegt jedoch darin, dass auch die dazu notwendigen Handlungen und Entscheidungen Ausgangspunkte neuerlicher Verwerfungen sein können, die die Gefahr bergen, die Ansprüche an sozialpolitische Konzeptionen und Ideen, wie die des garantierten Grundeinkommens, vollends zur Utopie zu machen. (ICI2)

[54-L] Geber, Friedrich:

Wohlfahrtsstaat Österreich: Grundsicherung für alle?, (Studien und Berichte), Wien: ÖGB-Verl. 2009, 127 S., ISBN: 978-3-7035-1391-6

INHALT: "Auf Grund geänderter ökonomischer Rahmenbedingungen stellen sich neue soziale Fragen, die im Wohlfahrtsstaat Österreich mit seinen sozialpolitischen Leitproblemen aktuell diskutiert werden: Einkommenssicherungssysteme, wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen. Insbesondere aber bedarf das Problem der gegenwärtigen Entwicklung von Armut in erster Linie nicht Debatten über soziale Treffsicherheit und Sozialschmarotertum, sondern vielmehr über Maßnahmen zur Armutsvermeidung. Die Arbeit untersucht Grundsicherungsarten und Grundeinkommen, wozu die Modelle in Gruppen eingeteilt werden, und zwar einerseits ohne Vorrangigkeit zur Vermeidung von Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung sowie andererseits in solche mit der Zielperspektive und Priorität der Vermeidung von Armut. Die einzelnen Ziele, Treffsicherheit und gesellschaftliche Wirkung, werden nebst politischer Machbarkeit zusammengefasst." (Autorenreferat)

[55-L] Grün, Gabriele:

Anmerkungen zur Diskussion eines allgemeinen Grundeinkommens, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 72-76 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Autorin gibt im Hinblick auf den viel zitierten "Dritten Weg" zwischen interventionistischem Sozialstaat und Neoliberalismus zu bedenken, dass auch ein Grundeinkommen tendenziell dazu beitragen kann, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, da es nicht markt-fähige Arbeiten vom Arbeitsmarkt ausnimmt und so eine "partizipatorische Zivilgesellschaft" fördert, die ihre Nachbarschaft "ehrenamtlich" selbst organisiert. Andererseits sieht sie aber auch die Chance, durch ein garantiertes Grundeinkommen die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Akteure erheblich zu vergrößern, zugleich alle am vorhandenen Wohlstand zu beteiligen und die gemeinschaftlichen Aspekte der Gesellschaft jenseits staatlicher Organisationsformen und des in der Arbeitswelt vorherrschenden Lohn-für-Leistung-Prinzips zu fördern. (ICI2)

[56-F] Haupt, Hanna, Dr. (Bearbeitung); Liebscher, Reinhard, Dr.; Winkler, Gunnar, Prof.Dr. (Leitung): **Altersarmut - Bewertungen, Befindlichkeiten und individuelle Erwartungen zum gegenwärtigen Stand und Entwicklungstendenzen in den neuen Bundesländern**

INHALT: Die Studie reflektiert die Wahrnehmung der Bürger zu Entwicklungen, Ursachen sowie Möglichkeiten und Grenzen der Armutsvermeidung. Sie konzentriert sich auf die Hauptfelder der Ar-

Arbeitsmarktpolitik sowie Rücknahme von einkommensmindernden Regelungen und Maßnahmen in der Erwerbs- und Leistungsphase der Rentenversicherung. Kontext/ Problemlage: Die seit der Vereinigung in den neuen Bundesländern erzielten Veränderungen in den Lebensverhältnissen älterer Bürger finden mehrheitlich die Zustimmung aller Bürger. Das gilt sowohl für die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen als auch die neuen freiheitlichen Werte. Verbunden mit der positiven Veränderung der Lebensverhältnisse insgesamt, ist zugleich eine soziale Verunsicherung eingetreten, die insbesondere auf die mit den Sozialreformen erfolgten Eingriffe und Leistungseinschnitte zurückzuführen ist. Das betrifft das System der gesetzlichen Rentenversicherung, ebenso wie die Entsolidarisierung und zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge, was sich in Bewertungen und Einstellungen der Bürger zur künftigen Alterssicherung sowie zu Ausmaß und Ursachen zu erwartender Altersarmut niederschlägt. Je nach Alter, sozialer Position und Qualifikation wird Altersarmut als eher gesellschaftliches bzw. eher individuelles Problem verstanden. Fragestellung: Die Studie analysiert die subjektive Reflexion der gegenwärtigen und künftigen Alterssicherungsleistungen sowie damit verbundene soziale Verunsicherungen - insbesondere der Vorrentnergeneration. Durch eine differenzierende soziodemografische/ sozialstrukturelle Analyse wurden Zusammenhänge zwischen Lebenslagen sozialer Gruppen, subjektiver Erkenntnis künftiger Armutstendenzen und ihrer Ursachenbewertung sowie unterschiedlichen Problemlösungsansätzen ausgewiesen. Analysiert wurden: subjektive Erwartungen an Alterssicherung/ Lebensstandardsicherung/ Rentenpolitik; Beurteilungen künftiger Möglichkeiten zur Lebensstandardsicherung im Alter/ subjektive Wahrnehmung kommender Altersarmut (gesellschaftlich) sowie erwartete individuelle Betroffenheit; Bewertungen der Alterssicherungspolitik (Solidargrundlagen/ Möglichkeiten und Grenzen privater Vorsorge) sowie vorgesehener bzw. in der Diskussion befindlicher Modelle der Entwicklung der GRV in der Erwerbs- bzw. Leistungsphase. Darstellung der Ergebnisse: Hauptaussagen der Analyse sind: Armut und Altersarmut werden in Ostdeutschland zunehmend thematisiert, die Sorgen und Ängste davor nehmen zu. Hauptfelder der Armutsvermeidung werden in Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik, der Rücknahme beitragsmindernder Regelungen in der Erwerbsphase und Rücknahme einkommensmindernder Maßnahmen in der Leistungsphase sowie der Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost gesehen. Das Alterseinkommen wird in den neuen Ländern fast nur vom Wandel in den Erwerbsbiografien beeinflusst. Das Rentenniveau zunehmender Teile von Arbeitnehmern nähert sich dem Fürsorgenniveau. Die Mehrheit der bis 60-jährigen Bürger ist für die Beibehaltung der Bindung der Alterseinkommen an Erwerbsarbeit und für Verbreiterung der Solidarbasis. Bedingungslose Grundeinkommen bzw. bedarfsabhängige Grundsicherung finden nur geringe Zustimmung. Die individuelle Vorsorge stößt bei rd. einem Drittel der Bürger an Grenzen aufgrund fehlender finanzieller Voraussetzungen. Die Rente mit 67 findet keine Unterstützung. Der Abbau der Unterschiede im Tarif- und Rentenniveau wird als "Restposten" der deutschen Einheit von über 80% der Bürger eingefordert.

METHODE: Die Studie ist eine spezifische Aufbereitung der Daten der 19. Welle der Erhebungsreihe "Leben 2008 - zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern" des SFZ, welche durch entsprechende Fragen zur Altersarmut erweitert wurde. Das Untersuchungsfeld erstreckt sich über die gesamte Region neue Länder und Berlin-Ost und bezieht alle sozialen und demografischen Hauptgruppen ab dem 18. Lebensjahr ein. Die Befragung erfolgte postalisch über die Kontaktierung von 28.000 möglichen Probanden. Die Verteilung wurde über ein entsprechend angewandtes random-walk-Verfahren vorgenommen. Der Rücklauf erfolgte anonymisiert. Vom Rücklauf von über 2.900 Fragebögen (rd. 10,5 %) konnten 2.892 verwertbare Fragebogen in die Aufbereitung der Daten einbezogen werden. Für die Auswertung wurde eine WichtungsvARIABLE erstellt, basierend auf Geschlecht, Bildung und Altersgruppen der Grundgesamtheit. Die Aufbereitung der Daten wurde mittels des Datenbearbeitungsprogramms SPSS vorgenommen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Winkler, Gunnar: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern. Studie auf Grundlage der empirischen Erhebung "Leben 2008 - zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern". Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation; 23. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.). Berlin 2008, 112 S.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. -SFZ- (Köpenicker Str. 125, 10179 Berlin)

KONTAKT: Liebscher, Reinhard (Dr.

e-mail: reinhard.liebscher@sfz-ev.de); Winkler, Gunnar (Prof.Dr. e-mail: gunnar.winkler@web.de)

[57-L] Heinrich Böll Stiftung e.V. (Hrsg.):

Die Zukunft sozialer Sicherheit, (Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Bd. 2), Berlin 2007, 148 S.,

ISBN: 978-3-927760-70-7 (Graue Literatur;

www.boell.de/downloads/Reihe_Wirtschaft_Soziales_Band2_Zukunft_sozialer_Sicherheit_2007.pdf)

INHALT: "In der Debatte um die Zukunft unserer sozialen Sicherung gibt es verschiedene Grundüberzeugungen, Herangehensweisen und Vorschläge. Gemeinsam ist allen die Einschätzung, dass eine garantierte Grundsicherung prekäre Lebenslagen abfedern sollte: Eine Grundsicherung soll zuverlässig Armut vermeiden, vor allem bei Kindern, und Lücken im bestehenden System der sozialen Sicherung schließen. Ein zukünftiges Sicherungssystem soll unbürokratischer, transparenter und gerechter sein als das bisherige, es soll Teilhabechancen eröffnen und vor allem die Schwächsten stützen. Daneben sind noch zahlreiche Fragen hinsichtlich der Grundausrichtung wie auch der Konkretisierung künftiger Sozialstaatsreformen in der Diskussion. So bekam in der Debatte der letzten zwei Jahre eine alte Idee wieder neuen Schwung: das allgemeine Grundeinkommen. Die Befürworter argumentieren mit dem sich kontinuierlich verschlechternden Zustand des Wohlfahrtsstaates, mit dringend zu schließenden Gerechtigkeitslücken und der überzeugend einfachen Eleganz eines bedingungslosen Grundeinkommens. Demgegenüber verweisen andere auf die Bedeutung öffentlicher Institutionen für die Ermöglichung von realer Teilhabe sowie auf problematische Wirkungsweisen für Arbeitsmarkt und Wertschöpfung. Zur Diskussion stehen insbesondere folgende Fragen: Welche Auswirkungen hat ein Grundeinkommen auf die gesellschaftliche Integration - verfestigt es eher den Ausschluss der Benachteiligten oder ermöglicht es umgekehrt erst die Teilhabe aller am öffentlichen Leben? In welchem Verhältnis stehen Grundeinkommen und Erwerbsarbeit? Soll ein Grundeinkommen bedingungslos gewährt oder am Konzept einer bedarfsorientierten Grundsicherung festgehalten werden? Soll insbesondere die Koppelung zwischen Grundsicherung und Arbeit aufgelöst oder im Gegenteil zu einer Kombination von 'Bürgereinkommen' mit 'bürgerschaftlicher Arbeit' ausgebaut werden? Welche bestehenden sozialstaatlichen Leistungen sollen durch ein Grundeinkommen ersetzt werden? Ist ein Grundeinkommen auf dem Niveau des heutigen ALG II (allerdings ohne Bedarfsprüfung und Anrechnung von Vermögen) finanziell und wirtschaftlich tragbar? Gibt es Varianten eines Grundeinkommens, die sogar die gesamtwirtschaftliche Effizienz verbessern könnten? Die Suche nach dem richtigen Weg zu einer Zukunft des Sozialen ist im vollen Gang. Wir wollen mit diesem Band die Meinungsbildung unterstützen, indem wir divergierende Analysen und Konzepte vorstellen. Daneben finden Sie Beiträge zu speziellen Politikfeldern wie 'Bildungspolitik', 'Alterssicherung' und 'Politik für Kinder', die sich mit der Weiterentwicklung der Grundsicherung im jeweiligen Politikfeld befassen. In der Gesamtschau laufen diese Vorschläge auf ein modulares System von Grundsicherungselementen hinaus, die an bestimmte Lebenslagen und Bedarfe geknüpft sind." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I Soziale Sicherung und Teilhabe - Robert Castel: Wie lässt sich die soziale Unsicherheit bekämpfen? (13); Reinhard Bütikofer: Wege aus der Ausgrenzung (22); Peter Siller: Individuen und Institutionen (27). II Soziale Sicherung in der Arbeitsgesellschaft -Jörn Ahrens: Zwischen Ehrenamt, Alimentierung und Beschäftigungsutopie (41); Kolja Rudzio: Nie wieder Hartz IV (56); Richard Hauser: Alternativen einer Grundsicherung (62); Helmut Wiesenhal: Glanz und Elend eines radikalen Konzeptes (79). III Soziale Sicherung und Unsicherheitslagen - Gerd Grözing: Bildungsgrundsicherungseinkommen (85); Christiane Schnell: Grundsicherung und künstlerische Freiberuflichkeit (97); Ingrid Robeyns: Will a Basic Income Do Justice to Women? (102); Eva Mäde: Soziale Sicherung für Kinder (118); Reiner Daams: Soziale Sicherung im Alter (127); Manuel Emmeler, Thomas Poreski: Die Grundeinkommensdebatte in Deutschland (132); Gerhard Schick u.a.: Modulares Grundeinkommen - Chance für den deutschen Sozialstaat und für Bündnis 90/ Die Grünen (138).

[58-L] Hesse, Genevieve:

Erwerbslose Ehrenamtler - Botschafter einer sinnvollen Arbeit oder Opfer der

Erwerbsarbeitskrise?: eine explorative Studie über Erwerbslose nach ihrer Beratung in der

Berliner Freiwilligenagentur "Treffpunkt Hilfsbereitschaft", (Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie, 01-509), Berlin 2001, 56 S. (Standort:

UuStB Köln(38)-20020106884; Graue Literatur;

skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/p01-509.pdf); Forschungsbericht/Nummer: WZBP01-509

INHALT: "Die vorliegende explorative Studie setzt mit empirischen Befunden die sozialpolitische Debatte um Bürgerarbeit für Erwerbslose fort, die 1997 durch den Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen ausgelöst wurde. Die Ergebnisse von qualitativen Interviews über einen Zeitraum von drei Monaten mit sieben Erwerbslosen, die in der Berliner Freiwilligenagentur 'Treffpunkt Hilfsbereitschaft' beraten wurden, zeigen, dass ehrenamtliche Arbeit mit einer traditionellen Beschäftigungspolitik schwer zu vereinbaren ist. Die Studie beschreibt jedoch, dass selbsthilfefähige Erwerbslose sich durch ehrenamtliche oder informelle Aktivitäten Kompetenzen aneignen können bzw. sie aufrechterhalten können. Die vorgeführten Beispiele machen deutlich, dass Erwerbslose nicht nur in Organisationen Gemeinschaftsarbeit leisten, sondern auch Versorgungsarbeit in der Selbsthilfe, in der Eigenarbeit, in privaten oder nachbarschaftlichen Beziehungen und insbesondere in der Kindererziehung leisten. Ziel der Studie ist es, den Beitrag der Erwerbslosen zur Herausbildung und zum Erhalt des Sozialkapitals aufzuzeigen. Die Autorin kommt zum Schluss, dass der bedingungslose Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe bzw. Sozialhilfe als Grundeinkommen für Erwerbslose notwendig ist, um diese ehrenamtlichen oder informellen Arbeiten ausführen zu können. Als erster Schritt zur gesellschaftlichen Anerkennung dieser Aktivitäten schlägt sie vor, die Verfügbarkeitsregelung für den Arbeitsmarkt im Sozialgesetzbuch III aufzuheben." (Autorenreferat)

[59-L] Ickler, Monika:

Das bedingungslose Grundeinkommen: eine sozialpolitische Erörterung, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 96 S., ISBN: 978-3-8364-1476-0 (Standort: UBL Darmstadt(17)-OM08MS6440I17)

INHALT: Vor dem Hintergrund einer einleitenden Krisenbeschreibung unter den Stichworten Armut, Arbeitslosigkeit und Exklusion werden unter Bezugnahme auf den aktuellen, alternativen Sozialstaatsentwurf der "Grünen Jugend" verschiedene sozialstaatliche Konzeptionen sowie Dimensionen, historische Bezüge und armutspolitische Relevanz des Konzepts "bedingungsloses Grundeinkommen" diskutiert. Die Verfasserin wendet sich dann dem Arbeitsbegriff zu mit dem Ziel zu klären, welche historischen Entwicklungen der Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen voraus gingen. Im Folgenden werden die von verschiedenen Autoren konzipierten Neuorientierungen oder Alternativentwürfe zur Arbeitsgesellschaft erörtert, in deren Kontext die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen steht. Im Vordergrund stehen dabei die Vorstellungen von Andre Gorz und sein Konzept einer "Multiaktivitätsgesellschaft". In ihrer abschließenden Würdigung des Konzepts kommt die Verfasserin zu dem Ergebnis, dass es sich beim "bedingungslosen Grundeinkommen" nicht um ein angemessenes sozialpolitisches Instrument handelt. (ICE2)

[60-L] Jahn, Jens-Eberhard:

Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2007, H. 195, S. 41-46 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/195/195.pdf)

INHALT: Der Beitrag führt die Debatte über ein voraussetzungsloses Grundeinkommen fort, die in "Utopie kreativ" seit Juni 2005 (Heft 176) geführt wird. Vorgelegt werden Ergebnisse einer Befragung von Mitgliedern der Linkspartei.PDS zur Akzeptanz dieser Idee. Zudem werden programmatische Positionen der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zu dieser Frage aufgearbeitet. Nach Einschätzung des Verfassers befürwortet eine beachtliche Minderheit in Deutschland ein voraussetzungsloses Grundeinkommen. Die Neue Linke sollte diese Gruppe bei ihren Bemühungen um eine Propagierung dieser Idee mit einbeziehen. (ICEÜbers)

[61-L] Krätke, Michael R.:

Leben und Arbeiten, Brot und Spiele: das Grundeinkommen als Sozialstaatersatz?, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 149-164 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass in Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit, angesichts wachsender Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse, der Einstieg in das Erwerbsleben und die beruflichen Karrieren für einewachsende Zahl auch gut und hochqualifizierter junger und älterer Leute immer unsicherer werden. Ob ein Grundeinkommen möglich ist, hängt davon ab, wie universell und wie "bedingungslos" es sein kann und auf welcher Höhe es sich bewegen dürfte. Mit der Frage nach der Höhe des Minimums erhebt sich sogleich die Frage, die in allen von Verteilungskämpfen geprägten Gesellschaften als die entscheidende gesehen wird: Wer soll's bezahlen? Ohne eine Steuerreform ist eine radikale Reform der sozialen Sicherung nicht zu machen. Das Recht auf ein ökonomisches Existenzminimum gilt vor allem im Verhältnis zwischen Fiskus und Bürger. Seit es eine Einkommenssteuer gibt, gibt es ein "Existenzminimum". Ein Teil des privaten Einkommens und Vermögens soll unter allen Umständen vom Zugriff des Fiskus verschont bleiben. Das ist historisch die wichtigste und erste "Grenze der Besteuerung", auch wenn sie im Steuersenkungswettlauf der Gegenwart in Vergessenheit geraten ist. Es wird argumentiert, dass im Prinzip, und technisch gesehen, sehr vieles machbar wäre, um dem dringendsten Problem, der wachsenden Armut in den reichsten Ländern, ab-zuhelfen. Die möglichen und dringend notwendigen Aktionen führen zu einer bedingten Grundsicherung für viele, die sie heute brauchen. Mit Hilfe komplizierter Konstruktionen wie den Steuergutschriften könnten wir die Armutsfallen zum größten Teil beseitigen. Für die arbeitenden Armen ist ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn die wirkungsvollste Reform. Dabei wird auf das Beispiel vieler kapitalistischer Ländern hingewiesen, in denen seit langem es Mindestlöhne gibt, die auch für die Bestimmung der Untergrenze von Sozialtransfers eine wichtige Rolle spielen. (ICG2)

[62-L] Lamla, Jörn:

Sozialstaatlichkeit oder Demokratisierung?: sozialpolitische Optionen einer bürgerzentrierten Begründung sozialer Rechte, in: Anna Geis (Hrsg.) ; David Strecker (Hrsg.): Blockaden staatlicher Politik : sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 112-124, ISBN: 3-593-37586-9 (Standort: UuStB Köln(38)-32A3443)

INHALT: Der Verfasser schließt an Offes Überlegungen zur Einführung eines Bürgergeldes an und entwickelt in Auseinandersetzung mit aktuellen sozialpolitischen Reformkonzepten die Perspektive, die Grenzen des Sozialstaats durch ein Demokratisierungsprojekt zu überwinden. Eine solche bürgerzentrierte Perspektive der internen Verknüpfung von Sozialpolitik und Demokratie soll Offes Plädoyer für das soziale Bürgerrecht auf ein garantiertes Grundeinkommen systematisch ergänzen und seine Akzeptanz und Legitimität in der politischen Konstellation der fortgeschrittenen Moderne konsistent vermitteln. Soziale Leistungen sollen auf der Grundlage reziproker, in Foren des Sozialdialogs erlernter Wertschätzung der Bürger für ihre unterschiedlichen biographischen Lebenskonstellationen ermittelt werden. Sozialleistungen werden auf das Fundament einer bürgerschaftlichen Solidarität gestellt. (ICE2)

[63-L] Lessenich, Stephan:

Auf welcher Baustelle wollen wir leben?: die "Krise des Wohlfahrtsstaats, die "Reform" der Sozialpolitik und die Chancen soziologischer Diagnose, in: Soziologische Revue : Besprechungen neuer Literatur, Jg. 27/2004, H. 1, S. 29-43 (Standort: USB Köln(38)-XG4586; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor bespricht in seinem Essay folgende neuere Publikationen zur Krise des Wohlfahrtsstaats und zur Reform der Sozialpolitik, die seiner Meinung nach gleichzeitig eine Chance für die Soziologie eröffnen, "am gesellschaftlichen Definitionsprozess von Wirklichkeit mitzuwirken": Manfred Füllsack: Leben ohne zu arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens (2002); Franz-Xaver Kaufmann: Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen (2002); Katrin Kraus / Thomas Geisen (Hrsg.): Sozialstaat in Europa. Geschichte - Entwicklung - Perspektiven (2001); Stephan

Leibfried / Uwe Wagschal (Hrsg.): Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven (2000); Herbert Obinger / Uwe Wagschal (Hrsg.): Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen (2000); Manfred Prisching (Hrsg.): Ethik im Sozialstaat (2000); Wolfgang J. Schäfer: Opfer Sozialstaat. Gemeinsame Ursachen und Hintergründe von Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch (2002); Nico A. Siegel: Baustelle Sozialpolitik. Konsolidierung und Rückbau im internationalen Vergleich (2002). (ICI)

[64-L] Liebig, Stefan; Mau, Steffen:

Einstellungen zur sozialen Mindestsicherung: ein Vorschlag zur differenzierten Erfassung normativer Urteile, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 54/2002, H. 1, S. 109-134 (Standort: USB Köln(38)-Haa00277-b; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates werden seit geraumer Zeit soziale Grund-sicherungskonzepte als Alternativen zu den bestehenden Sicherungssystemen diskutiert. Ein Ein-wand gegen derartige Konzepte besagt, dass dem Grundeinkommen die notwendige soziale Akzep-tanz und normative Anerkennung fehlt. Ausgehend von der These, dass das Standardinstrumentarium der Umfrageforschung unzureichende Antworten auf diesen Einwand liefert, werden in dem Aufsatz die Einstellungen zu einem sozialen Grundeinkommen unter Anwendung der komplexen Methode des Factorial Survey Designs untersucht. Befragt wurden 121 berufstätige Personen. Im Zentrum steht dabei, welche Kriterien und Differenzierungen in Anwendung gebracht werden, wenn es um die Zumessung eines gerechten Grundeinkommens geht. Es zeigt sich, dass ein pauschaliertes und ein-heitliches Grundeinkommen weniger Legitimität besitzt als eines, das nach der spezifischen Bezie-hung des Transfereinkommensbeziehers zur Erwerbssphäre und unterschiedlichen Bedarfen differen-ziert. Zudem finden wir eine Zustimmung zur Bezuschussung niedriger Einkommen, wie dies im Konzept der negativen Einkommenssteuer vorgesehen ist. Die Ergebnisse belegen einerseits die nor-mative Attraktivität sozialer Mindestsicherungskonzepte, andererseits zeigen sie aber auch, dass de-ren Bewertung in den normativen Prinzipien existierender Arrangements sozialer Sicherung veran-kert ist." (Autorenreferat)

[65-L] Müller, Matthias; Opielka, Michael:

Die Werte des Grundeinkommens: eine qualitative Analyse von Gruppendiskussionen, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 267-305

INHALT: Die Verfasser zeigen, dass Argumentationen und Deutungsmuster bezüglich eines Grundein-kommens in den Einzelinterviews deutlich weniger Ambivalenz aufweisen als in den Fokusgruppen. Dieser Befund ist deshalb interessant, weil die Teilnehmer der Einzelgespräche in ihren Institutionen in der Tendenz einer höheren Führungsschicht angehören und sich mehr Konzept- und Strategiekom-petenz zuschreiben als die Teilnehmer an den Fokusgruppen. Ob aus genau dieser Zugehörigkeit zur jeweiligen Elite - auch in unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft - ein homogenisierender Effekt auf die Wertestruktur resultiert, erscheint vor dem Hintergrund der Gespräche zwar plausibel, kann aber anhand der vorliegenden Daten nicht abschließend bewertet werden. Die Analyse der Fokus-gruppen legt eine Verknüpfung tradierter Institutionen und Macht nahe. Wenn Akteure den Sozial-systemen nahe stehen - etwa der Amtsleiter in der Gruppe Sozialarbeit - können diese sich mit der Gewissheit der Tradition und des Faktischen gegen ein Grundeinkommen aussprechen. Dieses er-scheint dann als riskantes Unterfangen. Homogenisierende Effekte verdanken sich in dieser Perspek-tive weniger der Elitenzugehörigkeit. Auffällig ist jedoch, dass die existierenden Probleme des Sozi-alstaates von den Teilnehmern der Einzelinterviews deutlich weniger akzentuiert werden als in den Fokusgruppen und die Sozialstaatsprinzipien Solidarität und Subsidiarität als zentrale Wertekategori-en für die Ablehnung eines Grundeinkommens fungieren. Dabei wird das Grundeinkommen nicht als konzeptionelle und innovative Idee einer Sozialstaatsreform wahrgenommen, sondern dient eher als eine Art Chiffre zur Verteidigung der bestehenden sozialstaatlichen Struktur und der darin begründe-ten Werte ("Soziale Marktwirtschaft"). (ICF2)

[66-L] Opielka, Michael:

Chancen eines Grundeinkommens in Deutschland, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 25/2008, H. 2, S. 61-79 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

INHALT: "Der Beitrag diskutiert die Frage, ob die Chancen für die Einführung eines von der Teilnahme am Arbeitsmarkt unabhängigen Grundeinkommens in der deutschen Sozialpolitik in den letzten Jahren gestiegen sind. Nach einem Abriss der Systemprinzipien des deutschen Sozialstaats wird die neuere Entwicklung der Grundeinkommenssicherung durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe seit 2003 kritisch analysiert. Die damit verbundenen Abstiegsängste bis in die deutsche Mittelschicht führten seitdem zu einer Neubelebung der bereits in den 1980er Jahren geführten Debatte um ein Grundeinkommen. Am Beispiel von zwei Modellen ('Grundeinkommensversicherung', 'Solidarisches Bürgergeld') werden konkrete Probleme der Systemgestaltung und Realisierungschancen erörtert." (Autorenreferat)

[67-L] Opielka, Michael:

Die Idee einer Grundeinkommensversicherung - analytische und politische Erträge eines erweiterten Konzepts der Bürgerversicherung, in: Strengmann-Kuhn (Hrsg.): Das Prinzip der Bürgerversicherung : die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 99-139

INHALT: Der Vorschlag einer Grundeinkommens(ver)sicherung erscheint vordergründig revolutionär, jedoch aufgrund der Systemkomplexität des deutschen Sozialstaats kaum durchführbar. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass mit Blick auf die Schweiz der Grundgedanke der Bürger- bzw. Volksversicherung mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung gut harmoniert. Wichtig für die Akzeptanz in der Bevölkerung - und dafür dient wieder die Schweiz als Beleg - ist die systematische Kombination "konservativer" Beitragselemente, "liberaler" Umverteilungsbegrenzung und "sozialdemokratischer" Umverteilung: die "garantistische" Idee der Teilhabe ist in einer Welt direkter Volksabstimmungen kaum durchsetzbar. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund die Grundeinkommensversicherung (GEV), die die bisherigen Risikosicherungssysteme Rentenversicherung und Pensionen; Arbeitslosenversicherung; Familienleistungsausgleich (Erziehungsgeld, Kindergeld); Krankengeld; Bafög und Sozialhilfe (bzw. Arbeitslosengeld II) umfasst. (ICA2)

[68-L] Opielka, Michael:

Grundeinkommen als Sozialreform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 3-10 (www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: Die Bundesrepublik Deutschland wird im Grundgesetz als sozialer Rechtsstaat ausgewiesen. Dieser Staatszielbestimmung wird im wesentlichen durch einen Mix sozialer Sicherungssysteme nachgekommen, die als zentrale Systemprinzipien den deutschen Sozialstaat kennzeichnen: die Fürsorge, die Versorgung und die Sozialversicherung. Seit 2003 wird auch in Deutschland die Bürgerversicherung als viertes Sicherungssystem diskutiert, das bei vielen europäischen Nachbarn, z.B. in der Schweiz und den Niederlanden seit längerer Zeit existiert. Der Autor diskutiert nach einem Überblick über die Einkommenssicherung im Sozialstaat die Möglichkeiten eines garantierten, bedingungslosen Grundeinkommens am Beispiel einer "Grundeinkommensversicherung" und eines "Solidarischen Bürgergeldes", welche Gegenstand einer regen Reformdebatte sind. Verfechter einer Politik der "Aktivierung" befürchten, dass ein Grundeinkommen die moralischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates erodiert, indem Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Leistungsmotivation zurückgedrängt werden. Differenzierte Analysen auf der Grundlage des "European Values Survey" belegen jedoch, dass der Wohlfahrtsstaat das sogenannte Sozialkapital stabilisiert und fast durchweg stärkt. Der Optimismus der Befürworter eines Grundeinkommens dürfte daher nach Einschätzung des Autors berechtigt sein. (ICI2)

[69-L] Opielka, Michael:

Chancen einer Grundeinkommensversicherung, in: Erwin Carigiet (Hrsg.) ; Ueli Mäder (Hrsg.) ; Michael Opielka (Hrsg.) ; Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit : Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich: Rotpunktverl., 2006, S. 170-189, ISBN: 3-85869-314-6

INHALT: Der Beitrag zur Sozialhilfe bzw. Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland untersucht die Möglichkeiten eines allgemeinen Grundeinkommens am Beispiel einer Grundeinkommensversicherung. In einem ersten Schritt werden zunächst die gesetzliche Einkommenssicherung im deutschen Sozialstaat und die entsprechenden Instrumente dargestellt. Der zweite Schritt beschreibt sodann die Krise der Sicherung des Existenzminimums seit Anfang des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund wird im dritten Schritt die Wohlfahrtsstaatsreform durch die so genannte 'Hartz'-Gesetzgebung, vor allem durch 'Hartz IV', die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, erörtert. Im vierten Schritt wird abschließend die Einführung eines Grundeinkommens in der Form einer Grundeinkommensversicherung diskutiert. Dieses Konzept wäre eine bürgerrechtliche Form der Grundeinkommenssicherung, deren Realisierung in Deutschland offen, aber nicht unwahrscheinlich ist. (ICG2)

[70-L] Steinvorth, Ulrich:

Kann das Grundeinkommen die Arbeitslosigkeit abbauen?, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 257-268 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=113)

INHALT: Ausgehend von der Gerechtigkeitstheorie von Van Parijs und den Freiheitsdimensionen des Grundeinkommens diskutiert der Autor die Durchsetzbarkeit dieses Konzeptes in der heutigen Arbeitsgesellschaft. Er stimmt der Auffassung Van Parijs' zu, dass der Markt allein gegenwärtig keinen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken könne. Als Alternative wäre ein System von Sozialdiensten vorstellbar, in welchem alle Menschen arbeiten könnten, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden. Van Parijs hat nach Meinung des Autors einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Gerechtigkeitsvorstellungen geleistet, aber er führt durch die Forderung nach einem Grundeinkommen in eine falsche Richtung. Nur das Recht auf Arbeit, welches durch das Gemeineigentum an der Natur begründet ist, könnte die reale Freiheit für alle Menschen verwirklichen. Der Autor diskutiert abschliessend zwei konkurrierende Konzeptionen vom "guten Leben". (ICI)

[71-L] Strengmann-Kuhn, Wolfgang:

Mindesteinkommen für jeden: wie ein Grundeinkommen in die bestehenden sozialen Sicherungssysteme integriert werden kann, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 245-251 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Grundgedanke des Grundeinkommens ist: Jedes Mitglied einer Gemeinschaft soll ohne Antrag jeden Monat ein festes Einkommen von der Gemeinschaft erhalten. Dadurch soll ein Mindesteinkommen gesichert sein. Eigene Einkommen kommen dann hinzu. Das Grundeinkommen ist dabei volkswirtschaftlich gesehen kein zusätzliches Einkommen, sondern quasi ein Vorschuss, der je nach Leistungsfähigkeit im Rahmen der Steuerzahlung ganz oder teilweise wieder zurückgezahlt wird. Da es weder wünschenswert noch möglich ist, das bestehende System der sozialen Sicherung einfach abzuschaffen und durch ein Grundeinkommen zu ersetzen, wird im Folgenden aufgezeigt, wie ein Grundeinkommen schrittweise in die bestehenden Sozialsysteme als Sockelleistung integriert werden kann." (Autorenreferat)

[72-L] Sturn, Richard; Dujmovits, Rudi:

Basic income in complex worlds: individual freedom and social interdependencies, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 198-222
(www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=110)

INHALT: Die Autoren setzen sich mit der normativen Begründung eines Grundeinkommens bei Philippe Van Parijs kritisch auseinander, wobei sie insbesondere die Bedeutung der Knappheit in Van Parijs' Ansatz problematisieren. Das Prinzip der maximalen "realen Freiheit" bei einem egalitären Grundeinkommen betrachten sie in Bezug auf die vorherrschende Rolle des Preissystems in Marktgesellschaften und die Effekte der nicht marktgebundenen Institutionen. Anhand folgender Beispiele erläutern sie, dass die Knappheit nicht als Grundlage sozialer Interdependenzen angenommen werden kann: Knappheit als allgemeines Gleichgewichtsphänomen in einer dynamischen Umwelt (1); die Rolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte für die Erzeugung des Reichtums (2); informelle Ausschlußmechanismen und -muster einer lokalen Gerechtigkeit (3); die Bedeutung von bestimmten Formen von Heterogenität (4). (ICI)

[73-L] Vontobel, Werner:

Rettet die Marktwirtschaft!, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 185-190 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Verfasser betrachtet das Bürgergeld als Fortsetzung des Sozialstaats mit andern Mitteln. Statt unterschiedliche Versicherungssysteme für Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter zu unterhalten, wirft man alles in einen Topf und zahlt jedem Bürger unabhängig von der Lebenslage und vom Markteinkommen eine einheitliche Summe, wobei das Alter das einzige Differenzierungsmerkmal ist. Der Autor sieht das zentrale Problem der entwickelten westlichen Industriegesellschaften darin, dass versucht wird, die veraltete, aber gewohnte 40-Stundengesellschaft mit einer modernen 25-Stundenwirtschaft zu kombinieren. Dieser von fast allen Parteien vertretene Strukturkonservatismus hat es geschafft, sich in das Gewand der Moderne zu kleiden: Die Globalisierung, der Standortwettbewerb, die Konkurrenz der Billiglohnländer usw. zwingen uns, härter und länger zu arbeiten. Mehr Arbeit könne nur um den Preis billiger Arbeit geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass ein Grundeinkommen gegenüber dem Arbeitslosengeld den entscheidenden Vorteil hat, dass es nicht mit dem Zwang zur Arbeit gekoppelt ist. Ein Grundeinkommen ist ein Grund, zeitweise noch oder weniger oder nicht zu arbeiten. Es ist eine Aufforderung zur Gemütlichkeit und/oder zur Ineffizienz. Ein Grundeinkommen ist dann ein Erfolg, wenn es dazu führt, dass alle nur noch soviel, oder eher wenig arbeiten, wie sie konsumieren. Es ist dann ein Erfolg, wenn auch die weniger Qualifizierten unzumutbare Tieflohnjobs wieder ablehnen können. Das Grundeinkommen wird dann zur Falle, wenn es dazu führt, dass breite Schichten erst recht von der lukrativen Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden, wenn die Zweiteilung der Gesellschaft zementiert wird. (ICG2)

[74-L] Welter, Ralf:

Solidarische Marktwirtschaft durch Grundeinkommen: Konzeption für eine nachhaltige Sozialpolitik, Aachen: Shaker 2003, 411 S., ISBN: 3-8322-1670-7

INHALT: 'Dieses Buch ist als Arbeitsbuch gedacht, um mit Hilfe empirischer Daten und grundlegender volkswirtschaftlicher Zusammenhänge die Probleme in unserer heutigen Volkswirtschaft zu erkennen und den Blick dafür zu öffnen, mit Hilfe geeigneter sozialpolitischer Instrumente, wie des Grundeinkommens, langfristig einen Lösungsweg anzubieten.' (19) Im Mittelpunkt steht ein von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Diözesanverband Aachen entwickeltes Grundeinkommensmodell, das vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Reformdebatte einerseits und verschiedener wissenschaftlicher Modelle zum Grundeinkommen andererseits dargelegt wird. Darüber hinaus wird ein Stufenplan für die schrittweise Umsetzung des Modells vorgelegt. (ZPol, NOMOS)

4 Ehtik / Gerechtigkeit / Freiheit

[75-F] Arn, Christof (Bearbeitung); Ruh, Hans, Prof.Dr. (Leitung):

HausArbeitsEthik: Leistungen und Probleme der Hausfrauen und Hausmänner - Strukturelle Probleme und Handlungsmöglichkeiten rund um die Haus- und Familienarbeit in sozioethischer Perspektive

INHALT: Von Hausfrauen und Hausmännern wird pro Haushalt je nach Familiengrösse und Verhältnissen ca. 16 bis 80 Wochenstunden Hausarbeit geleistet. Die Funktion dieser Arbeit für die Gesellschaft besteht u.a. in der Reproduktion der Bevölkerung (Erziehung und Betreuung der heranwachsenden Generation) und in der Regeneration der Arbeitskraft der Erwerbstätigen (Ermöglichung physischer und psychischer Erholung). Verschiedene voneinander unabhängige Untersuchungen über den Umfang der Hausarbeit lassen sich vereinfacht, aber beeindruckend auf die Formel bringen: Mehr als ein Drittel aller volkswirtschaftlich relevanten Arbeit ist Haus- und Familienarbeit. Die Haus- und Familienarbeit nimmt eine lange Zeit unterschätzte Schlüsselposition ein: Geburtenrückgang, "Wiedereinsteigerinnen"-Situation, Mutterschaftsurlaub, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Angebot und Nachfrage nach Krippenplätzen, Kindsmisshandlung, Geschlechterproblematik usw. sind Problembereiche, die aufs engste mit Haus- und Familienarbeit und ihrer gesellschaftlichen Organisation zusammenhängen. Diese Zusammenhänge werden zunehmend erkannt. Kleinere und umfassendere Massnahmen für Verbesserungen im Bereich der Haus- und Familienarbeit werden diskutiert und in Einzelfällen umgesetzt. Sie betreffen die ideelle und materielle Anerkennung dieser Leistungen (AHV, Erhöhung der Kinderzulagen u.a.m.), ihre Verteilung zwischen den Geschlechtern, Möglichkeiten ihrer teilweisen Verlagerung aus der Familie (Tagesschulen u.ä.), Beratungsangebote, Vertretung der Interessen von Kindern und verschiedene andere Möglichkeiten der Einflussnahme. Um unter diesen Massnahmen geeignete auszuwählen, Prioritäten zu setzen und Synergien zu nützen, sind übergeordnete Zielsetzungen zu diskutieren. Dazu wählt dieses Forschungsprojekt einen in der Forschung zur Haus- und Familienarbeit neuen Ansatz: Auf Grund A) einer eingehenden Situationsanalyse werden B) Leitlinien für die gesellschaftliche Organisation der Haus- und Familienarbeit erarbeitet. Danach werden C) mögliche Massnahmen und Modelle besprochen. A) Die verschiedenen Leistungen der Hausfrauen und Hausmänner werden aufgelistet, inhaltlich beschrieben, ihr Arbeitsumfang wird nach Stunden oder Franken abgeschätzt und ihre gesellschaftliche Bedeutung wird dargestellt. Zusammenhänge zwischen diesen verschiedenen Leistungen werden geklärt, sodass sie gemeinsam als Leistungskomplex begriffen werden können. Anschliessend werden die typischen Probleme dieser Arbeit, welche die Forschung je als einzelne heute zunehmend besser darstellt, zusammengestellt und ebenfalls gemeinsam als Komplex interdependenter Probleme begriffen. Eine solche umfassende Darstellung der Leistungen und Probleme der Haus- und Familienarbeit fehlt bisher. B) Ein Set von sechs bis zehn prägnanten Leitlinien (diskursorientierten, reflektierten Normen für Umorganisationen, welche die Haus- und Familienarbeit betreffen) wird entworfen. Zusammen sollen sie für möglichst alle Freiräume gesellschaftlicher Gestaltbarkeit der Haus- und Familienarbeit Orientierung bieten. Basis der Erarbeitung der einzelnen Leitlinien ist die Besprechung einerseits der hier bestimmenden Werthaltungen als den aktuell wirksamen Normen und andererseits verschiedener einschlägiger Reflexionen und Normvorschläge aus der ethischen Disziplin. Ein kritischer Vergleich dieser unterschiedlichen normativen Positionen bildet die Basis für die Formulierung der Leitlinien und für eine ausführliche Begründung, die auch verbleibende Schwierigkeiten und Unsicherheiten offenlegt. C) Anschliessend werden verschiedene mögliche Massnahmen und Modelle für Umgestaltungen im Bereich der Haus- und Familienarbeit dargestellt - seien es im Verlaufe dieses Projektes neu entdeckte, bisher schon vorgeschlagene oder auch lokal bereits erprobte. Ihre Besprechung anhand des Leitliniensets zeigt Stärken und Schwächen und ausserdem mögliche sinnvolle Kombinationen. Weitere Informationen unter: www.ethikstiftung.ch/hausarbeitsethik . *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Schweiz/ deutschsprachiger Raum

METHODE: Aus der Literatur, aus dem Kontakt mit anderen Forscherinnen, Forschern und weiteren Fachpersonen und aus der eigenen Erfahrung werden die Informationen zur Haus- und Familienarbeit zusammengetragen. Die Probleme rund um die Haus- und Familienarbeit werden systematisiert und dargestellt. Ethische Leitlinien werden erarbeitet und etwa 50 konkrete Modelle und Massnahmen werden wiederum aus der Literatur bzw. von Fachpersonen oder nach eigenen Überlegungen dargestellt und verglichen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Arn, Christof; Gafner Knopf, Anne-Marie; Iannelli, Eveline; Lüdi, Anne-Marie; Senn, Corinne; Szwed, Erika: Hauswirtschaftliche Bildung für eine Gesellschaft im Wandel. Forschungsbericht April 2005. Bern: Schulverl. blmv 2005. ISBN: 3-292-00390-3.+++Stump, Doris; Arn, Christof (Hrsg.): Von der Hausfrau zum Facility Manager? Strategien zur Entdiskriminierung der Haus- und Familienarbeit. Bern: eFeF-Verl. 2004. ISBN: 3-905561-61-1.+++Schrupp, Antje; Arn, Christof; Markert, Dorothee; Praetorius, Ina; Moser, Michaela; Knecht-Kaiser, Ursula; Berlis, Angela; Moser, Maria K.; Baatz, Ursula: Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat. Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn. in: Neue Wege, Jg. 98, 2004, Nr. 6.+++Iannelli, Eveline; Arn, Christof: Welches sollen in Zukunft die Hauptthemen der hauswirtschaftlichen Bildung sein? in: Jahresbericht 2002/2003 des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerseminars Freiburg, Freiburg (CH), 2004.+++Arn, Christof; Walter, Wolfgang: Wer leistet die andere Hälfte der Arbeit? Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit als Bedingung eines "integralen" Modells der Zwei-Verdiener-Familie. in: Leitner, Siegrid; Ostner, Ilona: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 7. Opladen: Leske + Budrich 2004. ISBN: 3-8100-3934-9.+++Arn, Christof: Eine Landkarte der Strategievielfalt. Systemische und ethische Überlegungen. in: Stump, Doris; Arn, Christof (Hrsg.): Von der Hausfrau zum Facility Manager? Strategien zur Entdiskriminierung der Haus- und Familienarbeit". Bern: eFeF-Verl. 2004. ISBN: 3-905561-61-1.+++Arn, Christof; Hättenschwiler, Diego: Männer als Mitgestalter des Gleichstellungsprozesses? In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hg.), "Frauenfragen 2/2003". Online: www.ethikprojekte.ch/iamug/texte/maenner_gleichstellung.pdf.+++Arn, Christof: Der richtige Mix für Kinder. in: Leben&Glauben, Jg. 77, 2002, Nr. 26.+++Arn, Christof (Hrsg.): Wie viel ist eine Stunde Haus- und Familienarbeit wert? Bern: hep-Verl. 2002.+++Arn, Christof: Hausmännlichkeit und praktische Vaterschaft: Zahlen, Fakten und Strategien. in: Leipert, Christian (Hrsg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft. Opladen: Leske und Budrich 2001.+++Arn, Christof: Die Erschöpfungsdepression bei Müttern von Kleinkindern und ihre Prävention im hauswirtschaftlichen Unterricht. in: Haushalt und Bildung, 2001, Nr. 2. ISSN 0342-5088.+++Arn, Christof: HausArbeitsEthik: Strukturelle Probleme und Handlungsmöglichkeiten rund um die Haus- und Familienarbeit in sozialetischer Perspektive. Chur: Rüegger 2000.+++Arn, Christof: Pionierarbeit in unwegsamem Gelände: Vier Schweizer Projekte. in: Leipert, Christian (Hrsg.): Aufwertung der Erziehungsarbeit: Europäische Perspektiven einer Strukturreform der Familien- und Gesellschaftspolitik. Opladen: Leske & Budrich 1999.+++Arn, Christof: Die unbezahlte Arbeit: das Original von Arbeit. in: Mitteilungsblatt der Frauenzentrale des Kantons St. Gallen 2/1998. St. Gallen: Frauenzentrale des Kt. St. Gallen 1998.+++Arn, Christof: Männer an den Herd!: Umverteilung von verschiedenen Formen von Macht, Mündigkeit und Befriedigung. in: Schritte ins Offene Nr. 1. Zürich, Luzern: Ev. Frauenbund der Schweiz; Schweizerischer Kath. Frauenbund 1997.+++Arn, Christof: Feministische Männer. in: Männer Bulletin, 1997, Nr. 16.+++Arn, Christof: Arbeit teilen - ganz leben. Boldern-Bericht, Nr. 104. Männedorf: Ev. Tagungs- und Studienzentrum 1997.+++Arn, Christof: Hausarbeit - Familienarbeit: eine Bibliographie. Kollbrunn: Eigenverl. Christof Arn 1996.

ART: Eigenprojekt; gefördert *BEGINN*: 1995-04 *ENDE*: 2001-09 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

INSTITUTION: Arn, C. (, 7412 Scharans, Schweiz)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: hausarbeitsethik@gmx.ch)

[76-L] Boeckh, Jürgen:

Einkommen und soziale Ausgrenzung, in: Ernst-Ulrich Huster (Hrsg.) ; Jürgen Boeckh (Hrsg.) ; Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 282-300, ISBN: 978-3-531-15220-2

INHALT: Die Verfügbarkeit von Einkommen und Vermögen ist ein entscheidender Parameter für den individuellen Lebensstandard. Einkommen entsteht aus abhängiger Erwerbsarbeit, selbständiger Tätigkeit oder Vermögen und Gewinnen. Instrumente der Einkommens- und Umverteilungspolitik sind die Tarifpolitik, die staatliche Steuer- und Abgabenpolitik sowie das System der sozialen Sicherung. Der Verfasser stellt die funktionelle und personelle Einkommensverteilung in Deutschland dar und fragt nach dem Ausmaß sozialer Ausgrenzung durch Armut. Hier konstatiert er insgesamt eine signifikante Häufung der Betroffenheit durch Armut. Die Mindestsicherungssysteme in Deutschland um-

fassen das steuerrechtliche Existenzminimum, die Sozialhilfe nach SGB XII, die Grundsicherung bei Alter und dauerhafter Erwerbsunfähigkeit, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld nach SGB II. Die Angemessenheit der Mindestsicherungsleistungen ist politisch umstritten. Diskutiert wird auch ein Grundeinkommen, das die sozialen Sicherungssysteme armutsfester machen soll. (ICE2)

[77-L] Butterwegge, Christoph:

Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 51/52, S. 25-30 (www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf)

INHALT: "In jüngster Zeit genießt das bedingungslose Grundeinkommen - sei es als 'Bürger-' bzw. 'Existenzgeld', als 'Sozialdividende' oder als 'negative Einkommensteuer' - wachsende Popularität. Untersucht wird, ob es unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit nicht sinnvoller wäre, die Forderung nach einer bedarfsabhängigen, armutsfesten und repressionsfreien Grundsicherung zu erheben." (Autorenreferat)

[78-L] Daniels, Eva; Franzmann, Manuel; Jung, Matthias:

Die Krise der Arbeitsgesellschaft in Interviews mit Adoleszenten: welche Auswirkungen hätte ein bedingungsloses Grundeinkommen auf ihr Leben?, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 167-196

INHALT: Im Beitrag werden Ergebnisse eines soziologischen Forschungsprojekts "Praxis als Erzeugungsquelle von Wissen" präsentiert. Thema des Projekts ist es gewesen, wie sich in der praktischen Bewältigung der Adoleszenzkrise Erfahrung konstituiert und an diesem privilegierten Ort der Entstehung des Neuen gesellschaftliche Transformationsprozesse in Gang kommen. In der Phase dieser Krise muss sich das sich bildende Subjekt gegenüber den drei unvermeidbaren Bewährungsdimensionen des Lebens - individueller Leistung in einer Berufsarbeit, zukünftiger Elternschaft und dem zum Gemeinwohl zu leistenden Beitrag als Staatsbürger - stabil positionieren. Datengrundlage der Untersuchung bilden nichtstandardisierte Interviews mit Adoleszenten, die mit der Methode der Objektiven Hermeneutik ausgewertet werden. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich die Krise der Arbeitsgesellschaft in diesen Adoleszenteninterviews abbildet. Zu diesem Zweck werden drei Fälle exemplarisch vorgestellt, indem die Autoren jeweils die Fallrekonstruktion darstellen und dann auf dieser Grundlage fragen, wie diese Adoleszenten jeweils reagieren würden, wenn sie dauerhaft keine Arbeit fänden, und welche Folgen es je konkret für ihr Leben hätte, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe. (ICF2)

[79-L] Dyk, Irene:

Rationale Strategien und irrationale Märkte: Anmerkungen zu "Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit", in: Manfred Prisching (Hrsg.): Ethik im Sozialstaat, Wien: Passagen-Verl., 2000, S. 329-339, ISBN: 3-85165-376-9

INHALT: Der Aufsatz enthält eine kritische Replik auf den Beitrag "Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit" im vorliegenden Sammelband. Die Autorin erkennt zwar grundsätzlich das Bemühen an, das Phänomen der Arbeitslosigkeit aus der Perspektive sozialer Verteilungsgerechtigkeit zu untersuchen und ein allgemeines Grundeinkommen als Lösungsmöglichkeit vorzuschlagen, jedoch liegen bei dem Versuch, moralische und ökonomische Prinzipien miteinander zu verbinden, einige "Stolpersteine" im Wege, die im folgenden kurz skizziert werden. Die Autorin geht u.a. auf die modellhaften Vorstellungen vom "homo oeconomicus" in den Markttheorien ein, sie diskutiert die oftmals vernachlässigte Tatsache, dass der Arbeitsmarkt prinzipiell ein "unvollkommener Markt" ist, und sie setzt sich mit der Forderung nach Flexibilität der Arbeitskräfte und nach einer Arbeitszeitverkürzung, den Forderungen in Bezug auf eine nachfrageorientierte Geldpolitik, den "linken" Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgebermodellen und mit der Forderung nach Etablierung eines "zweiten Arbeitsmarktes" kritisch auseinander. (ICI)

[80-L] Eckstein, Christiane; Filipovic, Alexander; Oostenryck, Klaus (Hrsg.):

Beteiligung - Inklusion - Integration: sozioethische Konzepte für die moderne Gesellschaft, (Forum Sozialethik, Bd. 5), (16. Forum Sozialethik "Beteiligung - Inklusion - Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft", 2006), Münster: Aschendorff 2007, 228 S., ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: "Die Erfahrung, von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen abgeschnitten und ausgegrenzt zu sein, ist bei immer mehr Menschen zu beobachten. Diese Entwicklung stellt eine politische Herausforderung dar: Die Einbindung der Menschen in die gesellschaftlichen Verhältnisse wird zunehmend schwieriger. Die Ermöglichung der Teilhabe und Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft erscheint als eine entscheidende politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Beteiligung, Inklusion und Integration sind Begriffe, die auf diese Phänomene sowohl in beschreibender als auch in normativer Hinsicht "reagieren". Auf diese Weise stellen sie geeignete Erkenntnisinstrumente für sozioethische Probleme der modernen Gesellschaft dar. Die Bedeutung dieser Konzepte für das christlich-sozialethische Denken im interdisziplinären Kontext herauszuarbeiten und an konkreten Beispielen zu verdeutlichen, ist Ziel des vorliegenden Bandes." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christiane Eckstein, Alexander Filipovic, Klaus Oostenryck: Zur Einführung: Beteiligung, Inklusion, Integration. Sozialethische Konzepte für die moderne Gesellschaft (7-12); Jochen Sautermeister: Exklusion und soziale Identität (13-27); Alexander Filipovic: Beteiligungsgerechtigkeit als (christlich-)sozialethische Antwort auf Probleme moderner Gesellschaften (29-40); Axel Bohmeyer: Gesellschaftliche Integration im Modus sozialer Anerkennung (41-52); Katja Winkler: Befähigung zur Beteiligung - Befähigung durch Beteiligung. Beteiligungsgerechtigkeit nach Martha Nussbaums Capabilities approach (53-67); Christof Breitsameter: Inklusion als Problem (69-82); Armin Schneider: Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungen. Neue Erfordernisse in einer globalisierten Marktwirtschaft (83-98); Edeltraud Koller: Der Stellenwert von Integration und Inklusion für das wirtschaftsethische Denken (99-112); Thomas Wienhardt: Beteiligung: Impuls zu einer sozioethischen Begriffserweiterung durch das Konzept "Soziales Kapital" (113-126); Maria Katharina Moser: Inklusion und Integration durch Grundeinkommen? (127-140); Christof Mandry: Recht auf Bildung und soziale Beteiligung. Korrespondiert dem Recht auf Bildung eine Pflicht zur Bildung? (141-155); Axel Bernd Kunze: Beteiligung bedarf der Befähigung. Zur Frage nach einer Pflicht zur Bildung (157-170); Sabine Schäper: Von der 'Integration' zur 'Inklusion'? Diskursive Strategien um den gesellschaftlichen Ort der Anderen im 'Grenzfall' schwerer Behinderung (171-187); Andreas Fisch: Inklusion von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Lässt sich ein Recht auf Legalisierung für bestimmte 'Statuslose' begründen? (189-202); Christoph Baumgartner: Inklusion und Meinungsfreiheit. Sozialethische Probleme indirekter religionsbezogener Kränkungen und Beleidigungen (203-219).

[81-L] Ehlers, Kai:

Grundeinkommen für alle - Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft, (Entwürfe, 11), Dornach: Pforte Verl. 2006, 217 S., ISBN: 978-3-85636-191-4 (Standort: UB Trier(385)-t/65835)

INHALT: "Die Voraussetzungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind heute gegeben. Es könnte Ausgangspunkt einer Entwicklung sein, die zur Überwindung der globalen Lohnarbeitskrise führt. Doch seine Einführung zu fordern ist nicht möglich, ohne über einen radikalen Systemwechsel nachzudenken. Der Autor Ehlers zeigt anhand bestehender Projekte und historischer Erfahrungen, wie Kräfte für die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen mobilisiert werden können, in denen neue Formen der Selbstversorgung und Gemeinschaftsbildung die Balance zwischen gelebter Solidarität und individueller Freiheit wiederherstellen." (Autorenreferat)

[82-L] Eichler, Daniel:

Armut, Gerechtigkeit und soziale Grundsicherung: Einführung in eine komplexe Problematik, Wiesbaden: Westdt. Verl. 2001, 223 S., ISBN: 3-531-13666-6

INHALT: "In Zeiten der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und wachsender Ungleichverteilung der Einkommen ist die Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit aktueller denn je. Im Verlauf

der Arbeit wird Schritt für Schritt aufgezeigt, wie mit einem garantierten Grundeinkommen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme gelingen kann. Der Weg des garantierten Grundeinkommens zeigt sich als beste Lösung, wenn Armutsfreiheit, diskontinuierliche Arbeit, selbstbestimmte Beschäftigung, ein Mindesteinkommen als soziales Grundrecht und die Reform des Wohlfahrtsstaats gleichermaßen gefördert werden sollen. Dieses Buch ist besonders als Einstiegslektüre in die Themen Armutsforschung, soziale Grundsicherungssysteme und Gerechtigkeitstheorien geeignet." (Autorenreferat)

[83-L] Engler, Wolfgang:

Unerhörte Freiheit: Arbeit und Bildung in Zukunft, Berlin: Aufbau-Verl. 2007, 175 S., ISBN: 978-3-351-02656-1

INHALT: Moderne Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften - über Einkommen, soziale Chancen und Anerkennung entscheidet im Wesentlichen die Platzierung im Beschäftigungssystem. Alternativen zur Erwerbsarbeit sind nur unter eng definierten Voraussetzungen gesellschaftlich zugelassen und wer erwerbsfähig, aber ohne Arbeit ist, muss sich einer strikten Kontrolle von Arbeitsverwaltungen unterwerfen, wenn er finanzielle Unterstützung erhalten will. Diese Regularien führen spätestens dann zu Ungerechtigkeiten, wenn die soziale Integration über den Arbeitsmarkt nur noch lückenhaft funktioniert, viele von Erwerbsarbeit dauerhaft ausgeschlossen sind und etliche andere im Niedriglohnsektor von dem Arbeitseinkommen nicht mehr ausreichend leben können. Auf diese strukturellen Probleme reagiert die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, die in den letzten Jahren quer durch die Parteien intensiv diskutiert worden ist. Wenn jeder Staatsbürger unabhängig von Bedürftigkeitsprüfungen über ein angemessenes Bürgergeld verfügen würde, dann wäre damit die Wahlfreiheit zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit eröffnet. Schon 2005 hatte sich Engler in 'Bürger, ohne Arbeit' mit dieser Forderung ausführlich auseinandergesetzt. Diese Debatte weiterführend geht der Autor in seiner Studie vor allem auf die nicht nur von den Gewerkschaften und der SPD erhobenen Einwände ein, das Grundeinkommen sei eine Art Stilllegungsprämie, mit der überdies der Anreiz zur Erwerbsarbeit untergraben werde. Diese Effekte würden sich nicht einstellen, wenn das Grundeinkommen zwar von dem Zwang zur Arbeit befreien, aber nicht von der Verpflichtung glaubwürdiger Bildungsanstrengungen. Wer sich statt für die Beteiligung am Arbeitsmarkt für das Grundeinkommen entscheidet - so Englers etliche Anhänger des Grundeinkommens gewiss provozierende These - muss diese Freiheit durch Arbeit an der eigenen Bildung beweisen. (ZPol, NOMOS)

[84-L] Engler, Wolfgang:

Arbeit als Option: Plädoyer für das "Recht auf Leben ohne Arbeit", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 9, S. 1111-1121 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2007/september/arbeit-als-option)

INHALT: Die Wahlsprüche der "Arbeitsherren" lauten heute: "Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit", "Vorfahrt für Arbeit", "Sozial ist, was Arbeit schafft", "Arbeit soll das Land regieren". Arbeit anzunehmen ist schlichte Bürgerpflicht, oder es drohen Sanktionen. Das "Arbeitsvolk" denkt diesbezüglich anspruchsvoller, verlangt nach "guter" Arbeit, nach Arbeit, die ein je eigenes Leben ökonomisch trägt. Der vorliegende Essay diskutiert vor diesem Hintergrund der Debatte um ein Grundeinkommen die Möglichkeit der "Arbeit als Option", die die weitreichende ökonomische Wahlfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde. Geschichtlich gesehen krönt und vollendet diese Wahlbefugnis die Autonomiebestrebungen des bürgerlichen Subjekts. Nach der Meinungsfreiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz, diesen im engeren Sinne juristischen Rechten, eroberte es politische, insbesondere das Recht, sich zusammenzuschließen, sowie das allgemeine Wahlrecht, um sich endlich auch ökonomische Wohlfahrt und soziale Sicherheit, sozialökonomische Rechte also, zu erstreiten. Das Recht auf Lebensunterhalt auch ohne Arbeitsnachweis setzt für den Autor den vorläufigen Schlussstein in dieser dritten Gruppe. Ein "neuer Gesellschaftsvertrag" hätte dann so auszusehen: Wenn sich eine ökonomisch hocheffiziente Gesellschaft außerstande zeigt, auch nur einem Gesellschaftsmitglied, das sein Leben durch Arbeit begründen muss, dazu Gelegenheit zu geben, dann er-

wächst dem Gemeinwesen aus diesem "Versagen" die Verpflichtung zum Unterhalt dieses nicht arbeitenden Mitglieds und diesem selbst ein Recht auf Leben, auf Lebensunterhalt. (ICA2)

[85-L] Engler, Wolfgang:

Utopie des Bürgergeldes: der lange Kampf um das Recht auf Lebensunterhalt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50/2005, H. 2, S. 227-237 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2005/februar/utopie-des-buergergeldes)

INHALT: Ob Grundeinkommen, Bürgergeld oder "gesicherte Grundausrüstung für jedermann" - der Gedanke einer kollektiven Absicherung der individuellen menschlichen Existenz wird wieder vermehrt diskutiert. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass das "Recht auf Lebensunterhalt" keineswegs eine tagesspolitische Eintagsfliege ist; seine Vorgeschichte reicht bis ins späte achtzehnte Jahrhundert zurück. Der Autor rekapituliert diese Vorgeschichte und geht dabei insbesondere auf den britischen Speenhamland-Act von 1795 ein. Hier wurde beschlossen, "dass zusätzlich zu den Löhnen Zuschüsse bezahlt werden sollten, und zwar nach einem gestaffelten, mit dem Brotpreis verbundenen Tarif, damit den Armen, unabhängig von ihren Einkünften, ein Minimaleinkommen garantiert werde". Die Retrospektive zeigt erstaunlich Parallelen zu Gegenwart: Unternehmer und Nationalökonom verurteilten das Mindesteinkommen lautstark als schreienden Anachronismus, als einen ebenso überflüssigen wie schädlichen Eingriff in Märkte, die soeben im Begriff standen, sich selbst zu regulieren. Ingeheim profitierten sie von der interventionistischen Praxis, die faktisch als staatliche Lohnsubvention funktionierte und zu einer "Politik der billigen Arbeit" großzügig einlud. Was der Brotherr seinen Arbeitskräften schuldig blieb, wurde in staatlicher Regie zum Minimum aufgestockt. Der historische Fall zur "Grundsicherung" verweist auf neoliberale Programme der "Vollbeschäftigung" hier und heute: "Der Traum von der Gratisarbeit, finanziert aus öffentlichen Mitteln". (ICA2)

[86-L] Fischer, Michael; Dimmel, Nikolaus (Hrsg.):

Sozialethik und Sozialpolitik: zur praktischen Ethik des Sozialen, (Ethik transdisziplinär, Bd. 4), Frankfurt am Main: P. Lang 2006, 314 S., ISBN: 978-3-631-54745

INHALT: "Der Sammelband fasst die Referate eines Workshops im Salzburger Bildungshaus St. Virgil aus dem Herbst 2005 zusammen. Dieser Workshop verfolgte das Ziel, die aktuelle Steuerungs-, Verteilungs- und Regulierungsdebatte im österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat im Hinblick auf deren sozialethische Legitimationsgehalte zu erörtern. Dies erfolgte in drei Panels mit folgenden Themenstellungen: Grenzen der Verteilungspolitik, Workfare sowie Soziale Versorgungsklassen und Soziale Ausgrenzung. Ausgangspunkt der Workshops war die Hypothese, dass der Sozial- und Wohlfahrtsstaat in zunehmend intensiver Weise die Lebensführung seiner Klienten moralisiert, indem er zwischen moralisch integren Risiken (Kinder, Behinderte) und moralisch verwerflichen oder zumindest fragwürdigen Risikokonstellationen (arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, überschuldete Verbraucher) trennt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Einleitung: Nikolaus Dimmel: Sozialethik - Zur praktischen Ethik des Sozialen (11-33); Martin Schenk: Was wem zusteht und wer wo hingehört. Zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit (37-46); Tom Schmid: Verteilungsgerechtigkeit - Gibt es das? (47-62); Franz Schandl: Obszönität und Reichtum (63-75); Georg Vobruba: Zum Wandel der Begründungen eines garantierten Grundeinkommens (77-87); Josef Schmee: Der "Neoliberalismus" als System der Entrechtung und Ausplünderung der Welt. Der machtvolle Marsch der kapitalistischen Ökonomie durch sämtliche Wirtschaftsbereiche (89-120); Debatte zu Panel 1: Grenzen der Verteilungspolitik (121-126); Hans Steiner: Leistung und Gegenleistung: Zur Ethik der Arbeitspflichten im Wohlfahrtsstaat (129-132); Robert Foltin: Lohnarbeit, Eigenarbeit, Tätigkeit: Verwertungszwang gegen unser Leben (133-143); Robert Misik: Gleichheit und Vielheit. Der Versuch einer Antwort auf die Frage: ist das Soziale nichts als eine biedermeierliche Konstruktion? (145-151); Christine Stelzer-Orthofer: Chancen und Risiken der Activation Policies im Rahmen der Sozialhilfe - Soziale Integrationschancen für KlientInnen? (153-165); Andreas Riesenfelder: Die Moralisation der Risiken? Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten in die Beschäftigungssimulation? Was leistet ein zweiter Arbeitsmarkt? (167-183); Hubert Eichmann: Leiden an der Autonomie? Erwerbsziele und Arbeitsbelastung bei Wissensarbeitern (185-204); Debatte zu Panel 2: Workfare

(205-212); Paloma Fernández de la Hoz: "Nachhaltig ausgegrenzt": Die soziale "Verschrottung" der Randgruppen. Zu Nutzenkalkül und Risiken extremer sozialer Ungleichheit - Sind die Armen "selig" und wenn ja, wie? (215-235); Arno Pilgram: Kriminalisierung von Armutswanderung und Untergrundökonomien. Was gibt der Gesellschaft das Recht dazu? (237-250); Alois Pölzl: Zur Ethik der Sozialen Arbeit (251-257); Irmgard Eisenbach-Stangl: Die Erziehung der Händler und Konsumenten. Der gesellschaftliche Benefit sozialer Ausgrenzung (259-275); Heinz Schoibl: Zur Produktion von "sozialem Schrott". Wie ethisch ist das österreichische Welfare-Regime? (277-291); Michael Rosecker: Lohnarbeit und Konsumzwänge. Zur sozialstrukturellen Sinnstiftung der Lohnarbeit und den Gratifikationen des Konsums. Zur Pädagogisierung des Problems "Arbeitslosigkeit" (293-302); Debatte zu Panel 3: Soziale Versorgungsgrenzen und soziale Ausgrenzung (303-311).

[87-L] Franzmann, Manuel; Liebermann, Sascha:

Die Krise der Erwerbsarbeitsethik und der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Staatsbürger: Implikationen für die Autonomie der Lebenspraxis, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, 9 S.

INHALT: Der Beitrag diskutiert das Modell des bedingungslosen Grundeinkommen für alle Staatsbürger (unconditional basic income, UBI), das Erwerbsarbeit als Normalmodell vollkommen aufgibt. Angesichts der Vermutung, dass das UBI eine Problemlösung für die Krise der Arbeitsgesellschaft darstellt, ist es von soziologischem Interesse, weil es sowohl bei der Krisendiagnose als auch beim Ausbuchstabieren der Implikationen und der zu erwartenden Folgen eines UBI um die Autonomie der Lebenspraxis der Moderne geht. Es wird argumentiert, dass die Legitimation eines UBI auf drei Faktoren beruht: (1) die Autonomie der Lebenspraxis als Legitimationsgrundlage des nationalstaatlichen Gemeinwesens; (2) die technologische Entwicklung, welche die strukturelle Massenarbeitslosigkeit hervorgebracht hat; (3) die Zahlung eines UBI als einer Art Wertschöpfungsdividende. Die wirtschaftliche Wertschöpfung wurde durch das Leben und die Arbeit vieler Generationen hervorgebracht und ist zweifellos Eigentum aller. (ICB2)

[88-L] Heider, Jan; Opielka, Michael:

Autonomie und Grundeinkommen, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 43/2010, H. 2, S. 170-179 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Idee des Grundeinkommens findet in konträren politischen und sozialen Gruppen Zustimmung. Dieses transzendierende Moment legt die Frage nahe, inwieweit die Idee an strukturelle Wertmuster und subjektive bzw. kollektive Werteorientierungen anknüpft, die quer zu den politischen Lagern bzw. klassischen Wohlfahrtsregimetypen angesiedelt sind. Werte übernehmen eine generative Funktion für die Herausbildung von Interessen und neuen Institutionen. Gegen die Dominanz der Leistungs- und Arbeitsethik im modernen Sozialstaat argumentieren die Befürworter des Grundeinkommens für einen umfassenden Arbeitsbegriff und für eine Integration von Freiheit und Solidarität in den Werten von Anerkennung und Teilhabe, die im Wertprogramm "Autonomie" gebündelt werden können. Die Autonomie des Einzelnen hat nicht nur "negative Freiheit" als Abwehrrechte gegenüber staatlicher Bevormundung zur Voraussetzung, sondern ebenso "positive Freiheit". Diese Annahme ist Ausgangspunkt eines konfliktträchtigen Diskurses. Positive Freiheit wird mit der staatlichen Festschreibung eines "guten Lebens" gleichgesetzt, die Person somit in ihrer Lebensführung reglementiert und eingeschränkt. Die konträre Einschätzung, dass soziale Grundrechte als Form positiver Freiheit die Handlungsgrundlage von Individuen in einer Weise formieren können, die deren Autonomie befördert, wird auf das Grundeinkommen ausgeführt. Der rechtsstaatlich-demokratische Wert Autonomie erweist sich auch für die Sozialpolitik zunehmend als konstitutiv. (ICF2)

[89-L] Kersting, Wolfgang:

Facetten der Gerechtigkeit, in: *Leviathan* : Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 35/2007, H. 2, S. 193-211 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=4e4a4fb8ca14127e6c0e4210f4863d16/site=lev/area=soz/id=2293)

INHALT: Der Beitrag ist in sechs Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel behandelt das Verhältnis von Menschenrechten und Gerechtigkeit und entwickelt ein Konzept rechtsstaatlicher Gerechtigkeit. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Kritik der Multikulturalisten am Grundprinzip rechtsstaatlicher Gerechtigkeit, dem Prinzip der Gleichbehandlung Aller und ihrer Behandlung als Gleiche, und entwirft eine Metakritik. Die folgenden zwei Kapitel thematisieren das Rätsel wohlfahrtsstaatlicher Gerechtigkeit und verteidigen eine schwache Chancengleichheit. Das fünfte Kapitel wendet sich dem negativen Einfluss fortgesetzter Arbeitslosigkeit auf politische Programme zur Steigerung der Chancengleichheit zu. Das abschließende Kapitel analysiert das wohlfahrtsstaatliche Element eines allgemeinen Grundeinkommens und diskutiert die politische und moralische Bedeutung dieses Konzepts für eine Gesellschaft mit schrumpfendem Arbeitsmarkt. (ICEÜbers)

[90-L] Kleszczewski, Diethelm; Müller, Steffi; Neuhaus, Frank (Hrsg.):

Die Idee des Sozialstaates: conditio sine qua non der Freiheit des Weltbürgers?, (fundamenta juris, 4), Paderborn: mentis Verl. 2006, 88 S., ISBN: 978-3-89785-483-3

INHALT: Wenn in den hier versammelten rechtsphilosophischen Beiträge eine mögliche Sozialstaatsbegründung nach Kant diskutiert wird, so ist dies keineswegs nur eine philosophiehistorische Frage, denn sowohl in der neueren angelsächsischen politischen Philosophie (Rawls) als auch in der deutschen Debatte (Kersting) übernehmen Reminiszenzen an den Königsberger Philosophen eine - oft entgegengesetzte - analytische und politische Funktion. Instruktiv ist Köhlers Rekonstruktion der Teilhabegerechtigkeit, wobei er darauf insistiert, dass mit Kant keine feste Güterordnung begründet werden kann, sondern im Gegenteil die freie Bildung menschlicher Fähigkeiten unabhängig von ökonomischen Imperativen zu fordern sei. Die anderen Aufsätze berühren diesen Themenkreis nur mittelbar, denn während Heinig den Klassiker der Sozialstaatsdebatte Lorenz von Stein und den Gegenwartsphilosophen Nozick nach ihrem Beitrag zu einer möglichen aktuellen politischen Theorie befragt und hier eher zu einem ernüchternden Ergebnis kommt, dehnt Kotzur die Fragestellung bis in den Bereich des Völkerrechts aus und diskutiert hier Rawls letzte Schriften zum Weltbürgerrecht. Eingeleitet wird der Band von Englers Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Engler: Kritik der Arbeitsreligion - Umrisse eines neuen Sozialmodells (9-18); Michael Köhler: Immanuel Kants Begriff des ursprünglichen Erwerbs in seiner Bedeutung für eine Theorie des gesellschaftlichen Vermögenserwerbs (19-37); Diskussionsbericht (38-44); Hans Michael Heinig: Antagonisten im Kontext der politischen Philosophie des Sozialstaates: Lorenz von Stein und Robert Nozick (45-58); Diskussionsbericht (59-62); Markus Kotzur: Soziale Gerechtigkeit im Weltmaßstab - Fragen und Herausforderungen an das Völkerrecht (63-82). Diskussionsbericht (83-87).

[91-L] Koller, Peter:

Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit: Beschäftigungssicherung und Mindesteinkommen, in: Manfred Prisching (Hrsg.): *Ethik im Sozialstaat*, Wien: Passagen-Verl., 2000, S. 305-328, ISBN: 3-85165-376-9

INHALT: Der Autor wendet sich gegen die verbreitete Einstellung vieler Menschen, dass die Arbeitslosigkeit dem freien Willen, dem persönlichen Verschulden oder einem schicksalhaften Unglück zuzuschreiben ist, und somit die Gesellschaft von moralischer Verantwortung entlastet wird. Demgegenüber vertritt der Autor die Meinung, dass die Verteilung beruflicher Arbeit in erster Linie eine Frage der sozialen Gerechtigkeit darstellt und dass eine gerechte Gesellschaft nicht nur soziale Sicherheit garantieren, sondern auch die Beschäftigung sichern muss. Im ersten Teil erläutert er die moralischen Grundlagen für seine Überzeugung, er skizziert die moderne Vorstellung der sozialen Verteilungsgerechtigkeit und formuliert einige grundsätzliche Erfordernisse einer gerechten Arbeitsteilung. Im zweiten Teil seines Aufsatzes nimmt er eine Bewertung von verschiedenen Typen wirtschaftlicher

Ordnungen vor, indem er z.B. die sozialistische Planwirtschaft und die kapitalistische Marktwirtschaft im Hinblick auf die Erfordernisse gerechter Arbeitsteilung vergleicht. Dabei wird die These vertreten, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung nur dann vorzuziehen ist, wenn sie die Arbeitslosigkeit im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik in engen Grenzen hält und den Betroffenen durch ein allgemeines Grundeinkommen ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherheit bietet. (IC12)

[92-L] Lamla, Jörn:

Authentizitätsmythos und Verbraucherautonomie: über soziale Wertschätzung im kulturellen Kapitalismus und verbleibende Pfade in die "Nachknappheitsgesellschaft", in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 392-419

INHALT: Das Bürgerrecht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen ist kein Mechanismus oder Garant für kulturelle Transformationsprozesse. Als sozialrechtliche Institution ist es genauso der Aneignung durch unterschiedliche bürgerkulturelle Habitusformationen und Deutungsmuster ausgesetzt wie jedes andere Recht auch. Genauso wenig, wie es aus außen-geleiteten Individuen, die ihre Selbstwertschätzung von sozial vorgeprägten Bewährungsproben abhängig machen, sei es der Erfolg im Beruf, die gefühlte Nähe zu einem Popstar oder Serienheld oder die Fähigkeit, gut Kochen oder Skilaufen zu können, zu größerer individueller Unabhängigkeit führt, genauso wenig verwandelt es innen-geleitete Charaktere, die ihre Authentizität in einem individuellen Bildungsprozess verankert wissen, von heute auf morgen in selbstvergessene Hedonisten. Das Grundeinkommen kann kulturelle Prozesse des Wertschätzungslernens innerhalb einer Bürgergemeinschaft begünstigen, nicht aber schon herbeiführen. Es genügt sich in dieser Hinsicht nicht selbst und verweist folglich auf einen Bedarf an komplementären sozial- und demokratiepolitischen Gestaltungsmaßnahmen. Festzuhalten ist aber, dass sowohl die Behauptung kultureller Transformationswirkungen in Richtung Autonomiesteigerung als auch die gegensätzliche Annahme eines Kultur- und Leistungsverfalls kritisch hinterfragt werden muss. Jene, die das Schreckensszenario einer von Wohltaten des Sozialstaates abhängigen Bevölkerung an die Wand malen, deren Fähigkeit zu ökonomischer Initiative, bürgerschaftlichem Engagement und biographischer Innovation in der Grundeinkommensgesellschaft vollends absterbe, müssen sich die Gegenfrage gefallen lassen, woher die kulturellen Dispositionen denn kommen, die für eine solch degenerative Aneignung sozialer Bürgerrechte sprechen sollen. (ICF2)

[93-L] Liebermann, Sascha:

Autonomie, Gemeinschaft, Initiative: zur Bedingtheit eines bedingungslosen Grundeinkommens ; eine soziologische Rekonstruktion, (Impulse für eine unternehmerische Gesellschaft, Bd. 4), Karlsruhe: KIT Scientific Publ. 2010, 41 S., ISBN: 978-3-86644-471-3

INHALT: Seit einigen Jahren wird in Deutschland intensiv über die Idee einer Einkommensgarantie - auch bedingungsloses, unbedingtes, garantiertes und allgemeines Grundeinkommen oder Bürgergeld genannt - öffentlich diskutiert. Häufig anzutreffen ist in der Diskussion ein sozialtechnologischer oder funktionalistischer Zugang zum Grundeinkommen. Auch wird das Grundeinkommen nicht selten danach beurteilt, wie es sich in einer finanzwissenschaftlich-mathematischen Simulation auf der Basis bestimmter Annahmen darstellt, ohne dass der Grundansatz selbst reflektiert wird. Dies versucht die vorliegende Studie indem sie sich mit dem Einwand auseinandersetzt, wer bei einem garantierten Grundeinkommen dann noch arbeiten würde. Getragen wird dieser Einwände von einem starken habituellen Misstrauen, "wie es sich vornehmlich darin äußert, sich alles, dem Gegenüber aber wenig bis nichts zuzutrauen oder zuzugestehen". Der Autor klärt hier folgendes Missverständnis: Bürgerrechte werden verliehen, ohne Gegenleistungsverpflichtungen zu definieren oder ein Nicht-Handeln zu sanktionieren. Die öffentliche Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen setzt hieran an und sieht sich auch deswegen solch vehementen Einwänden konfrontiert. (ICA2)

[94-L] Liebermann, Sascha:

Die Vielfalt der Möglichkeiten ist bestechend - Chancen durch ein bedingungsloses

Grundeinkommen, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.):

Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 146-161

INHALT: Der entscheidende Haken an der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) war und ist die Maxime, auf der es ruht: dem Bürger zu vertrauen. Wer dieses Vertrauen wie selbstverständlich hatte und deswegen die Chancen des BGEs ausmalte, der sah sich mit allen möglichen Einwänden konfrontiert: Idealist, Ideologe, Demagoge, er wurde als Neoliberaler und als Kommunist bezeichnet oder auch als Prediger einer Heilslehre. Genau hieran, am Vertrauen in den Einzelnen und in seine Gemeinwohlbindung, setzt der Vorschlag eines BGE an. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Bürgereinkommen, denn die einzige Bezugsbedingung ist ein Status, nicht aber eine zu erbringende Leistung. Dieser Status ist der einzige, in dem die Stellung der Bürger zum Gemeinwesen zum Ausdruck kommt, er ist deswegen zugleich der einzige, an den ein BGE gebunden werden soll. Damit macht es mit den Grundlagen des Gemeinwesens ernst. Wie weitreichend die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens sein könnten, ist in der öffentlichen Diskussion kaum sichtbar. Allenfalls dort scheinen die Chancen auf, wo Kritiker Befürwortern vorhalten, es als Wunderwaffe oder Allheilmittel zu feiern. Beides ist das BGE nicht. Wie entsteht aber der Eindruck, es könnte so verstanden werden? Eine Antwort hierauf ist einfach, denn das BGE hebt den Zweck auf, der gegenwärtig politischen Entscheidungen den Weg weist, der das gesamte Sozialsystem bestimmt und das Bildungswesen prägt: die Ausrichtung an Erwerbsarbeit, ganz gleich wer sie wie definiert. Es ist nicht überraschend, dass dann, wenn diese Verknüpfung aufgehoben wird, sich vieles in einem anderen Licht zeigt und wo zuvor Probleme gesehen wurden, keine mehr bestehen. Das BGE ist kein arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Instrument, sondern eines zur Stärkung der Freiheit. (ICF2)

[95-L] Liebermann, Sascha:

Politische Freiheit statt Vollbeschäftigung: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger

als Reformalternative, in: Alexander Prenninger (Hrsg.) ; Brigitte Pellar (Mitarb.) ; Winfried R. Garscha (Mitarb.) ; Eva Himmelstoss (Mitarb.): "Mercy or right" : development of social security systems, Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 2005, S. 315-330, ISBN: 3-931982-45-9 (Standort: B d. Ruhrgebiets Bochum-SZD6688:39)

INHALT: Das Problem der Arbeitslosigkeit ist allen europäischen Nationalstaaten gemeinsam. Gemeinsam ist ihnen auch, dass alle Lösungsversuche stets in der einen oder anderen Form auf die Herstellung der Vollbeschäftigung orientiert sind. Dabei ist im Zuge der technologischen Entwicklung ständig weniger menschliche Arbeitskraft zur Erzeugung derselben Werte erforderlich. In Deutschland wird das Problem noch dadurch verschärft, dass die Sozialsysteme beitragsfinanziert und vom Erwerbseinkommen abhängig sind. Die Lösung der skizzierten Problematik könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger sein, das jedem "von der Wiege bis zur Bahre" ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Familie stärken, Neugierde zur Grundlage der Bildung machen, den Geist der Neuerung stärken, bürgerschaftliches Engagement und Automatisierungsspielräume fördern, die Subventionierung unproduktiver Branchen beenden und einen umfassenden Bürokratieabbau ermöglichen. Es wäre Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft. (ICE)

[96-L] Midtgaard, Sören Flinch:

Ambition-sensitivity and an unconditional basic income, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 223-236 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=111)

INHALT: Der Autor diskutiert die Forderung von Philippe Van Parijs nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Menschen, welches ein Ausdruck von Gerechtigkeit sei. Er wendet sich vor allem gegen die Auffassung Van Parijs', dass ein Grundeinkommen auf ressourcenegalitaristischer Basis begründet werden kann, denn es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Absichtssensitivität nach Dworkin und der Grundeinkommensforderung. Das Dworkinsche Modell

besitzt seiner Meinung nach mehr Plausibilität, da es sich auf ein konsistenteres System folgender Verpflichtungen bezieht: gleiche Angelegenheit und Respekt, Stiftungs-Unempfindlichkeit, Absichtssensitivität und Neutralität. Anhand dieser konstitutiven Merkmale versucht der Autor, mögliche Einwände gegen das Dworkinische Modell zu entkräften. (ICI)

[97-L] Neuendorff, Hartmut:

Befreiung der Arbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 56-67

INHALT: Der Verfasser argumentiert aus einem marxistischen Verständnis der Arbeit als Lohnarbeit heraus, dass die möglichen positiven Wirkungen eines bedingungslose Grundeinkommen (BGE) bis zu der "Befreiung" von Arbeit reichen könnten, da das BGE den Verkaufszwang von Arbeit verringert. Um Befreiung von Arbeit muss es immer da gehen, wo menschenunwürdige Handlungen von Ausführenden erwartet und/oder den Betroffenen zugemutet werden, obgleich diese Arbeitszusammenhänge entweder durch Technisierung oder Veränderung von Regeln in Organisationen abgeschafft werden könnten, weil sie nicht funktionsnotwendig sind für die Erfüllung der erstrebten Zwecke oder die bestehenden Zwecksetzungen obsolet sind. Dies wird umso wichtiger, als mit dem Ende des Fordismus auch die Krise sozialstaatlicher Absicherung gegeben ist. Die - wenn auch bescheidene, aber garantierte - Existenzsicherung durch ein BGE dürfte bei den Arbeitnehmerinnen zu einem "Habitus des aufrechten Gangs" führen und bei innerbetrieblichen Gelegenheiten den Rücken stärken, wie auch die Bereitschaft für kollektive Aktionen erhöhen. Ein BGE schafft somit die Voraussetzungen für eine Humanisierung des Arbeitslebens "von unten". Ebenso würde die Kontrollbürokratie in der Arbeitsverwaltung abgebaut. Das System der Erwerbsarbeit sollte zukünftig nicht alle anderen Tätigkeiten dominieren, die zum Umbau der Gesellschaft dringend gebraucht werden. (ICF2)

[98-L] Neumann, Frieder:

Gerechtigkeit und Grundeinkommen: eine gerechtigkeitstheoretische Analyse ausgewählter Grundeinkommensmodelle, (Politikwissenschaft, Bd. 163), Berlin: Lit Verl. 2009, XXXII, 137 S., ISBN: 978-3-643-10040-5

INHALT: "Welches Gerechtigkeitsprofil weisen ausgewählte Grundeinkommensmodelle auf? Wo liegen ihre Stärken und Schwächen in Bezug auf Gerechtigkeit? Mit Hilfe eines mehrdimensionalen Konzepts von Gerechtigkeit als Analysemaßstab, das Chancen-, Verteilungs-, Leistungs-, Bedarfs- und Generationengerechtigkeit umfasst, wird diesen Fragen nachgegangen. Im Ergebnis offenbaren sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Grundeinkommensmodellen, die sich in drei verschiedene Lager einteilen lassen: ein libertäres, ein liberal-egalitaristisches und ein bedarfsegalitäres." (Autorenreferat)

[99-L] Opielka, Michael; Müller, Matthias; Bendixen, Tim; Kreft, Jesco:

Grundeinkommen und Werteorientierungen: eine empirische Analyse, (Perspektiven der Sozialpolitik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2010, 164 S., ISBN: 978-3-531-17341-2

INHALT: "Die Idee des Grundeinkommens als von der Arbeitsleistung unabhängiger Einkommensanspruch an die Gesellschaft findet in allen politischen Lagern Zustimmung. Sie ist aber auch Gegenstand intensiver Debatten. Umso wichtiger erscheint eine Klärung der dieser Idee zugrundeliegenden Werteorientierungen. Werte übernehmen eine generative Funktion für die Herausbildung von Interessen und neuen Institutionen. Gegen die Dominanz der Leistungs- und Arbeitsethik im modernen Sozialstaat argumentieren die Befürworter des Grundeinkommens für einen umfassenden Arbeitsbegriff und für eine Integration von Freiheit und Solidarität in den Werten von Anerkennung und Teilhabe. Diese empirische Studie basiert auf der Deutungsmusteranalyse qualitativer Interviews mit mittleren und höheren Verantwortungsträgern aus Politik, Sozialer Arbeit und Wirtschaft. Sie zeigt deren ambivalente Werteorientierungen zur Idee des Grundeinkommens, aber auch Wege, diese Am-

bivalenzen auszuhalten und einer Synthese zuzuführen. Der Aufbau der Studie folgt dem Arbeitsprogramm. In Kapitel 2 werden zunächst theoretische Fragen zum Verhältnis von Werteorientierung und Grundeinkommen erörtert. Einem Aufriss der soziologischen Wertforschung folgt eine Untersuchung der Gerechtigkeitskonzepte. Kapitel 3 erläutert die methodologischen Voraussetzungen und methodischen Umsetzungen des Konzepts der Deutungsmusteranalyse in der vorliegenden Studie. Kapitel 4 präsentiert die Ergebnisse der Experteninterviews, Kapitel 5 und 6 die Ergebnisse der Fokusgruppenanalyse. Kapitel 7 entwickelt eine Matrix der in der Studie diskutierten Werteorientierungen und Kapitel 8 resümiert die Ergebnisse der Studie und erörtert ihre Relevanz für die gesellschaftliche Diskussion." (Autorenreferat)

[100-L] Pelton, Leroy H.:

Nichtdiskriminierung in der Besteuerung und Verteilung des "gemeinsamen Reichtums" in einer Nation, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 35-55 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Leroy H. Pelton fragt danach, wie in einer gerechten Gesellschaft Ressourcen in Form von Geld- und Sachleistungen so verteilt werden können, 'dass Diskriminierung und Ausschluss bekämpft werden'. Die Frage diskutiert er auf Basis eines US-amerikanischen Liberalismus, nach dem jedem Individuum die gleiche Unterstützung zusteht. Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung einzelner BürgerInnen oder Gruppen ist der rote Faden, der sich durch seine Diskussion der Frage, was ein gerechtes Steuersystem sei, nach welchen Prinzipien eine universelle Sozialdividende gestaltet sein müsste und wie öffentliche Leistungen und Programme z.B. im Bereich der Bildung oder Gesundheit gestaltet sein sollen. Nicht-Diskriminierung beinhaltet für Pelton im Prinzip die Ablehnung von Eignungs- und Bedürftigkeitskriterien für den Erhalt der Sozialdividende oder den Zugang zu den öffentlichen Leistungen. In seiner Argumentation für eine universelle Sozialdividende in Kombination mit einer einheitlichen Besteuerung aller Einkommen knüpft er an in den USA vorhandene Mindeststandards sichernde Sozialleistungen für alte Menschen an und behält das liberale Konzept eines damit verbundenen 'Anreiz zur Arbeit' bei, ohne politisch eine Pflicht zur Arbeit zu formulieren." (Autorenreferat)

[101-L] Reitter, Karl:

Soziale Identität, soziale Integration und das garantierte Grundeinkommen, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 60-71 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor wirft in seinem Beitrag die Frage auf, inwiefern Identitätsbildung und Integration der modernen Gesellschaft noch unter der alten Prämisse einer Aneinanderkoppelung von Einkommen und Arbeit gewährleistet werden können. Er stellt aus sozialphilosophischer Perspektive die Enttraditionalisierungstendenzen des klassischen Aufklärungsprojekts einer parallel laufenden Ökonomisierung integrativer und identitätsstiftender Gesellschaftsbereiche gegenüber. Erst ein garantiertes Grundeinkommen, das Arbeit und Einkommen entkoppelt und auf einem gemeinschaftlichen Konzept von Gesellschaft beruht, wäre seiner Meinung nach in der Lage, die im Zuge der Produktionsrationalisierung verlorenen, aber grundsätzlich nicht restlos durch ökonomische Mechanismen ersetzbaren Aspekte der Gemeinschaft auch für die moderne Gesellschaft zu sichern. (ICI2)

[102-L] Schandl, Franz:

Vom Einkommen zum Auskommen: zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 25/2005, H. 49, S. 133-140 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Jedes Grundeinkommen teilt die Bevölkerung in zwei Gruppen: in Geber und Empfänger von Geld, in Financiers und Rentiers. Das birgt viel Sprengstoff in sich. In einer Gesellschaft, in der Arbeit, Wert und Geld als das Wichtigste gelten, werden Empfänger arbeitslosen Einkommens immer

Menschen zweiter Klasse sein. Daran wird kein Grundeinkommen etwas ändern. Der vorliegende Beitrag zeigt vor diesem Hintergrund, dass mit der Forderung nach einem Grundeinkommen auch ein Programm weiterer Kommodifizierung vertreten wird, das davon ausgeht, dass die informelle Seite des Kapitalismus auch via monetärer Anerkennung formalisiert werden soll (als Beispiel wird die Debatte über die Entlohnung für Hausarbeit genannt). Eingeklagt wird also, dass bestimmte Tätigkeiten deswegen nichts wert sind, weil sie nicht als Arbeit gelten. Zu betonen ist jedenfalls, dass zahlreiche und vor allem sinnvolle und unumgängliche Tätigkeiten nicht via Markt geregelt sind: Erziehung, Betreuung, Nachbarschaftshilfe, Bildung, Alltagskommunikation, Nachdenken, Üben, Lernen, Vereinstätigkeiten, der ganze emotionale Bereich der Liebe, Freundschaft, Bekanntschaft. Problematisch ist zweifelsfrei ihre Geringschätzung, nicht aber, dass sie nicht als Arbeit anerkannt werden. Der heutige Arbeitsbegriff der Arbeitsgesellschaft kommt von der Lohnarbeit her und von ihr auch nicht los. Dass das Leben über Geld geregelt werden soll, ist den Grundeinkommensbefürwortern keinen kritischen Einwand wert. Ware und Wert sind nicht Gegenstand der Reflexion und wenn, "dann nur in der kruden Absicht, dass man sie haben will: Positives Denken regiert: Geld ist nur schlecht, wenn man es nicht hat". (ICA2)

[103-L] Schmidt, Volker H.:

Freiheit und Gleichheit in der Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 51/2002, H. 9, S. 229-232 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Ausgehend von den Konzeptionen John Rawls und Amartya Sen wird die Bedeutung von Freiheit und Gleichheit in der Sozialpolitik diskutiert. Vor allem zwei sozialpolitische Vorschläge setzen den Akzent auf die Freiheit und nehmen dafür teilweise beträchtliche materielle Ungleichheiten in Kauf: zum einen der Vorschlag einer aktivierenden Sozialpolitik, die den Schwerpunkt auf den Abbau beschäftigungshemmender Regelungen bei gleichzeitiger Förderung der Eigeninitiative und Verbesserung der Voraussetzungen individueller Marktgängigkeit legt, zum anderen der Vorschlag der Grundeinkommensbefürworter für die Gewährung eines bedingungslosen Grund- oder Staatsbürger-einkommens, das gesellschaftliche Teilhabechancen von der (Bereitschaft zur) Erwerbsarbeit abkoppelt. Beide Vorschläge zielen auf eine Erhöhung der Freiheit der Individuen, obwohl sie darunter Unterschiedliches verstehen. Insgesamt wären die Parameter der beiden Vorschläge geeignet, ein Grundgerüst einer zeitgemäßen, dem Entwicklungsstand der globalisierten "aktiven" Gesellschaft gerecht werdenden Sozialpolitik zu bilden. (IC12)

[104-L] Vobruba, Georg:

Zielgenauigkeit versus Akzeptanz: das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 317-328

INHALT: Der Realisierbarkeit der Idee eines garantierten Grundeinkommens sind Argumente förderlich, die einerseits zielgenau auf ein Grundeinkommen weisen, andererseits aber die Moralausstattung der Leute nicht überfordern. Was aber sieht man, wenn man die jeweiligen Besonderheiten der unterschiedlichen Argumente für ein Grundeinkommen und die Informationen über Moralausstattungen zusammenführt? Es wird gezeigt, dass die Befürworter eines Grundeinkommens vor einem schwer zu bewältigenden Dilemma stehen: Die Argumente, die sich moralisch leicht absichern lassen, sprechen nicht eindeutig für ein Grundeinkommen. Die Argumente dagegen, die zielgenau auf ein Grundeinkommen hinaus laufen, überfordern die Moralausstattung in der Gesellschaft. Wenn schon Sozialtransfers an Arbeitsfähige, die unter restriktiven Bedingungen vergeben werden, weniger Akzeptanz finden, so ist dies um so mehr für die unbedingte Vergabe von Transfers zu erwarten. Jedoch ergibt sich gerade aus den freiheitsstiftenden Effekten der bedingungslosen Vergabe das zielgenaueste Argument für ein Grundeinkommen. Das ist das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee. Der Befund, dass die Grundeinkommensidee vor einem Realisationsdilemma steht, ist kein Nachweis der Nichtrealisierbarkeit der Grundeinkommensidee. Eine Differenz zwischen dem Realisationsdilemma und einer strikten Nichtrealisierbarkeit kann sich durch erfolgreiche politische Praxis ergeben. (ICF2)

[105-L] Vobruba, Georg:

Exklusivität und Moralanforderungen: das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 25-33 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der neuen Grundeinkommensdiskussion, die in den letzten Jahren intensiv und breit geführt wird, sind viele der Argumente, die schon in den 80er Jahren für ein Grundeinkommen vorgebracht worden waren, wieder aufgegriffen, modifiziert und weiter entwickelt worden. Im Unterschied zu der älteren Diskussion weist die gegenwärtige aber eindeutige Schwerpunkte der Argumentation auf: Die Hauptargumente laufen darauf hinaus, dass die traditionelle Vollbeschäftigung ein für alle Mal vorbei sei und dass man den damit verbundenen Verarmungs- und Exklusionsgefahren einzig mit einem Grundeinkommen begegnen könne. Im Folgenden greift der Verfasser diese Diskurskonstellation auf. Er ruft die wichtigsten der Argumente der Diskussion, der älteren und aktuellen, kurz in Erinnerung und sortiert sie nach dem folgenden Kriterium: Ist für das Ziel, das jeweils argumentativ anvisiert wird, exklusiv nur mit dem Grundeinkommen realisierbar, oder wäre es auch mit alternativen Instrumenten zu erreichen? Zugleich fragt der Verfasser danach, welche Anforderungen an die Moralausstattung in der Gesellschaft die unterschiedlichen Argumentationen voraussetzen müssen, um die Realisation der Grundeinkommensidee plausibel erscheinen zu lassen. Der Verfasser beginnt mit Argumenten, die zwar im Zusammenhang der Grundeinkommensdiskussion vorgetragen werden, aber keineswegs eindeutig für ein Grundeinkommen sprechen und geht dann zu Argumenten über, die immer exklusiver für ein Grundeinkommen sprechen." (Autorenreferat)

[106-L] Wispeleare, Jurgen de:

Sharing job resources: ethical reflections on the justification of basic income, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 237-256 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=112)

INHALT: Der Aufsatz setzt sich mit der ethischen Begründung eines Grundeinkommens und einer Teilung der Arbeitsressourcen bei Van Parijs kritisch auseinander. Diese Auffassung beruht vor allem auf zwei Forderungen: 1. Alle Individuen in der Gesellschaft besitzen einen ex ante-Anspruch auf ein Recht auf Arbeit; 2. Arbeitsressourcen sind handelbar. Der Autor diskutiert zunächst das reale-liberale Argument Van Parijs' zur Teilung der Arbeitsressourcen. Er beschreibt anschliessend die drei wesentlichen Haupteinwände gegen diese Position: den Verbindlichkeits-Einwand, den Kooperations-Einwand und den Parasitismus-Einwand. Der letztere Einwand stellt seiner Meinung nach eine ernstzunehmende Herausforderung für das Grundeinkommen dar und kann die Schwachstellen in der Van Parijsschen Theorie offenlegen. Als Alternative schlägt er eine institutionalistische Annäherung an die normative Begründung der Ressourcengleichheit vor. (ICI)

5 Feminismus / Nachhaltigkeit

[107-L] Bentrup, Stefanie:

Feministisches Queer-Lesen der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen, in: Melanie Groß (Hrsg.) ; Gabriele Winker (Hrsg.): *Queer-, Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse*, Münster: Unrast-Verl., 2007, S. 129-148, ISBN: 978-389771-302-4 (Standort: UB Bielefeld(361)-AR 700 Q3 F3K)

INHALT: Die Autorin kommentiert die Debatte zum bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommen, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik von meist linkspolitischen Gruppierungen geführt wird. Das bedingungslose Grundeinkommen kann ihrer Meinung nach ein Werkzeug gegen die kapitalistische Verwertungslogik darstellen, jedoch enthält die Debatte eine Reihe von blinden Flecken, wie z.B. das Fehlen queer-feministischer Positionen. Diese beziehen sich unter anderem auf die Frage, was unter dem Begriff "bedingungslos" aus geschlechtertheoretischer Perspektive verstanden wird und welche Personen mit dem Grundeinkommen adressiert werden sollen. Die Autorin diskutiert die Bedeutung der Reproduktionsarbeit von Frauen und zeigt, dass diese in der Debatte zum Grundeinkommen nicht genügend berücksichtigt wird, da die Kategorie Geschlecht nur innerhalb einer heteronormativen Logik verhandelt wird und Sexualität dabei in den Hintergrund tritt. Diese Leerstelle kann das Konzept der "sexuellen Arbeit" füllen, wie die Autorin in ihrem Plädoyer für queer-feministische Interventionen näher zeigt. (ICI)

[108-L] Braun, Anneliese:

Soziale Grundsicherung - Entkopplung von Arbeit oder Arbeitspflicht?, in: Brigitte Bleibaum ; Anneliese Braun ; Petra Drauschke ; Carola Möller ; Gisela Notz ; Michaela Richter ; Lilo Steitz ; Danga Vileisis: *Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert : Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff*, Berlin: Trafo Verl. Weist, 2000, S. 77-107, ISBN: 3-89626-264-5 (Standort: BSB München(12)-2000.51412)

INHALT: Die Autorin diskutiert die Frage, inwieweit frauenpolitische Forderungen in der Lage sind, traditionelle Herangehensweisen an eine Grundsicherung aufzubrechen und bedarfsgerechte, soziale Lösungen zu entwickeln. Zur Einführung in die Thematik beschreibt sie zunächst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der gegenwärtigen Grundsicherungsmodelle, z.B. der neoliberalen, sozialstaatlichen und erweiterten sozialstaatlichen Modelle. Anschließend stellt sie die frauenpolitischen Forderungen nach einer sozialen Grundsicherung dar, die insbesondere folgende drei Problembereiche umfassen: Eine Grundsicherung müsste erstens die unbezahlte Reproduktionsarbeit anerkennen, welche immer noch vorwiegend von Frauen geleistet wird. Zweitens sollte es eine soziale Grundsicherung auch ermöglichen, dass Frauen eigenständig ihre Existenz sichern. Drittens müsste eine soziale Grundsicherung den momentanen Auflösungserscheinungen eines (männlichen) Normalarbeitsverhältnisses Rechnung tragen. Daraus folgt, dass eine soziale Grundsicherung nur dann auf Dauer ihre Funktion erfüllen kann, wenn es gelingt, die Arbeit umzubewerten und die Tätigkeiten jenseits der "Erwerbsarbeit" neu zu verteilen und zu strukturieren. Damit verbunden ist weiterhin die Frage, ob diejenigen Grundeinkommensmodelle emanzipatorische Perspektiven eröffnen können, die ein garantiertes, existenzsicherndes Grundeinkommen für alle fordern. Frauenpolitische Forderungen würden die bisherigen Vorstellungen von Grundsicherung grundlegend verändern und einen neuen "sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag" notwendig machen. Ob dies gelingt, hängt vor allem davon ab, wie Gleichheit in der notwendigen Reproduktion des Lebens und damit Freiheit von patriarchaler Vermarktung hervorgebracht werden. (ICI2)

[109-L] Fischer, Ute Luise:

Entkopplung von Arbeit und Einkommen: emanzipierende Konsequenzen eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 29/2006, H. 68, S. 71-81 (Standort: UB Bonn(5)-Z85/72; USB Köln(38)-XG5490; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie, Politik und Kultur regt dieser Band der 'beiträge zur feministischen theorie und praxis' zu einer neuerlichen Debatte darüber an, welche Wirkungen gegenwärtige Entwicklungen hierzulande auf die Gleichheit der Geschlechter hinsichtlich ihrer Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben. Ökonomische Fragen, so Frasers Plädoyer, dem diese Ausgabe ihren Titel verdankt, seien dabei von besonderer Bedeutung (Fraser 2005). In der Tat, ohne hinreichende Einkommenssicherung ist es mit der Freiheit von Entscheidungen und der Autonomie des Subjekts nicht weit her. Auf welche Weise Einkommen verteilt werden können, die für Männer wie Frauen ein Leben in Würde ermöglichen, ist aber nicht in erster Linie eine ökonomische Fragestellung, sondern basiert auf kulturellen Überzeugungen eines anerkannten Lebens und auf Gerechtigkeitsvorstellungen, aus denen sich politische Entscheidungen ableiten. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Erwerbsarbeit als alternativlose Quelle des Einkommens verhandelt wird, hat hier ihre Wurzeln. Dass dieser Zusammenhang in der öffentlichen Diskussion meist nicht gesehen wird, sondern die gegenwärtige Krise des Landes auf eine ökonomische verkürzt wird, ist als Symptom der Krise von Politik und Kultur zu bewerten. Hier provoziert auch Frasers Aufruf ein Missverständnis: Meint sie doch weniger die Ökonomie als eine Politik der Umverteilung von Einkommen. Ausgehend von Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Kultur und einer Bestandsaufnahme des aktuellen politischen Diskurses, der die Erwerbszentrierung auf die Spitze treibt, will dieser Beitrag eine grundlegende Alternative der sozialen Sicherung thematisieren: Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen stellt im Hinblick auf die Gleichstellungspotenziale einen aufschlussreichen Vorschlag dar." (Textauszug)

[110-L] Gottschlich, Daniela:

Care economy: nachhaltiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive, in: Daniela Gottschlich (Hrsg.) ; Uwe Rolf (Hrsg.) ; Rainer Werning (Hrsg.) ; Elisabeth Wollek (Hrsg.): Reale Utopien : Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt, Köln: PapyRossa Verl.-Ges., 2008, S. 123-134

INHALT: Nur wenn es gelingt, ökonomisches Denken und Handeln danach auszurichten, die produktiven Kräfte der menschlichen Arbeit einschließlich der sorgenden Tätigkeiten und der ökologischen Natur zu erhalten, werden wir den Krisenerscheinungen in den Bereichen bezahlter und unbezahlter Arbeit, die das Resultat eines politischen Projekts sind, etwas entgegen zu setzen haben. Notwendig für eine solche Art zu wirtschaften und zu arbeiten können als erste Schritte sehr verschiedene Elemente sein, die uns gut bekannt sind: Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf mehr Menschen und zwischen den Geschlechtern, Arbeitszeitverkürzung für Erwerbsarbeit, gesetzlich festgelegter Mindestlohn, bessere Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Übergänge der verschiedenen Arbeitsprozesse/ -formen. In einem solchen Gesamtpaket könnte auch ein bedingungsloses Grundeinkommen ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Ökonomie sein. Notwendig dafür sind andere als die bisherigen - unsere kapitalistische Marktökonomie bestimmenden - Handlungsprinzipien. Diese Handlungsprinzipien sind weder "naiv", noch haben sie etwas mit "Wunschdenken" zu tun; sie beruhen auf Erfahrungen: Allerdings richten sie sich an Menschen, die nicht ausschließlich eigene Interessen verfolgen, sondern die fähig und willens sind zur Weitsicht, zur freiwilligen Kooperation und zur Empathie. Genau wie die Solidarische Ökonomie lassen Care Economy-Konzepte sowohl das Menschenbild des isolierten und an Konkurrenz orientierten "homo oeconomicus" herrschender Ökonomiekonzepte hinter sich als auch die vom Markt vorgegebenen Handlungslogiken. (ICF2)

[111-L] Hein, Wolfgang:

Eine Welt, Weltgesellschaft und die Kämpfe um globale Ordnung, in: Peripherie : Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Jg. 25/2005, Nr. 100, S. 458-464 (Standort: USB Köln(38)-XG7608; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag skizziert unter Berücksichtigung der 'klassischen' ökonomischen Annahmen (Mobilität der Produktionsfaktoren, Tendenzen zum Ausgleich der Remuneration der Produktionsfaktoren usw.) die anzustrebenden Grundzüge der Weltwirtschaft im Zuge eines voranschreitenden Globalisierungsprozesses. Dabei werden so maßgebliche Aspekte wie die weltweite Mobilität von Arbeitskräften, die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats, die Gestaltung der Lohnkosten und die Global Social Governance erläutert. Grundsätzlich, so der Autor, impliziert eine sozial integrative Intervention in globaler Perspektive (globale Gerechtigkeit) eine Angleichung der Lebensbedingungen in unterschiedlichen Teilen der Welt nach oben statt eines 'race to the bottom'. Dabei sind eine Reihe von Faktoren zu beachten: (1) Das Niveau globaler Produktivität als Basis sozialer Ausgleichsprozesse ist nur langsam zu steigern. (2) Problematisch sind die eher zunehmenden Divergenzen zwischen Niveau der Wettbewerbsfähigkeit bei fehlendem globalen Ausgleich. (3) Es ist notwendig, ein Gleichgewicht zwischen lokaler Wettbewerbsorientierung und Akzeptanz globaler Gerechtigkeit zu etablieren. (4) Durchaus im Sinne der 'Globalisierungsgegner' müssen lokale und regionale Eigenarten gegen globale 'Gleichmacherei' erhalten bleiben. Der Idee eines universellen Grundeinkommens kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. (ICG2)

[112-L] Heitzmann, Karin; Schmidt, Angelika (Hrsg.):

Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven, (Frauen, Forschung und Wirtschaft, Bd. 11), Frankfurt am Main: P. Lang 2001, 198 S., ISBN: 3-631-37201-9

INHALT: "Ursachen und Ausprägungen von Frauenarmut sind vielfältig. Die materielle Schlechterstellung von Frauen ist zum einen historisch gewachsen. Zum anderen liegen jedoch viele Gründe für Frauenarmut in der Gegenwart. Den Hintergründen, Facetten und Perspektiven der und zur Frauenarmut widmet der vorliegende Sammelband seine Aufmerksamkeit und die Herausgeberinnen hoffen, dass dieser Band die LeserInnen zu weiteren intensiven Diskussionen zur Problematik 'Frauenarmut' ermuntert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Karin Heitzmann, Angelika Schmidt: Einleitung (9-12); Hintergründe und Facetten von Frauenarmut: Michaela Moser: Frauen sind reich. Feministisch-ethische Anfragen zur Rede von Frauen, Armut und Reichtum (15-34); Katharina Novy: 'Mädchen laßt euch nichts erzählen'. Weibliche Sozialisation als Grundstein für ökonomische Abhängigkeit und Frauenarmut (35-62); Maria Kargl: Von Menschen und Frauen. Einige Anmerkungen zu Sprache, Geschlecht und Armut (63-80); Ursula Marianne Ernst: Arme Frauen - reiche Kirchen (81-118); Ökonomische und sozialpolitische Perspektiven von Frauenarmut: Karin Heitzmann: Armut ist weiblich! - Ist Armut weiblich? Gedanken zur sozio-ökonomischen Armutsforschung aus feministischer Sicht (121-136); Ingrid Mairhuber: Frauenarmut - Ein sozialpolitisches Problem?! (137-162); Luise Gubitzer: Existenzsicherndes Grundeinkommen. Frauenrecht oder Frauenfalle am Beispiel von Arbeit (163-194).

[113-L] Hohenleitner, Ingrid; Opielka, Michael; Schramm, Michael; Straubhaar, Thomas:

Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische

Konzepte, Hamburg 2007, 149 S. (Graue Literatur;

www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf)

INHALT: Das Gutachten des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut) geht davon aus, dass der deutsche Sozialstaat vor einer historischen Entscheidung steht. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Fundamente des Sozialstaates in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gelegt wurden, die eine Zeit der Vollbeschäftigung und des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung waren. Heute leben wir in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, gebrochener Lebensläufe, schwachen Wirtschaftswachstums und schrumpfender und alternder Bevölkerung. Das Gutachten zieht den Schluss, dass mit den grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen die alten Fundamente ihre Tragkraft verlieren und der Sozialstaat in Schieflage gerät. Es plädiert für ein neues System der Sozialstaatlichkeit mit einem bedingungslosen Grundeinkommen. Dieses bietet einen Neuanfang, dessen langfristige Effekte kommenden Generationen größere Handlungsfreiräume und bessere Optionen für eine eigenständige Gestaltung ihrer Lebensumstände eröffnen als jede Alternative. Die Publikation vereint drei Einzelbeiträge, die das Konzept des Grundeinkommens erläutern, eine konkrete Anwendungsmöglichkeit in Form eines solidarischen Bürgergeldes aufzeigen und

eine sozioethische Analyse vornehmen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Ingrid Hohenleitner, Thomas Straubhaar: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld: mehr als sozialutopische Konzepte (4-90); Michael Opielka: Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags 'Solidarisches Bürgergeld' (91-120); Michael Schramm: Subsidiäre Befähigungsgerechtigkeit durch das 'Solidarische Bürgergeld' (121-149).

[114-L] Klautke, Roland; Oehrlein, Brigitte (Hrsg.):

Globale soziale Rechte: zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte ; Beiträge des "Kritischen Bewegungsdiskurses", Hamburg: VSA-Verl. 2008, 218 S., ISBN: 978-3-89965-286-4

INHALT: "Kapitalismuskritik bedeutet für viele Linke oft nicht mehr als den Ruf nach Reregulierung des Marktes, um schlimmste Auswüchse des Neoliberalismus zu zügeln. Diese Kritik stellt keine Fragen nach grundsätzlichen alternativen Perspektiven, etwa einer radikalen und globalen Demokratisierung aller Arbeits- und Lebensbereiche. Nachdem der erste Band des 'Bewegungsdiskurses' (2007) sich der Analyse gegenwärtiger Verhältnisse widmete, beschäftigt sich der vorliegende zweite Band mit der Perspektivenentwicklung. Wo Menschen Widerstand leisten, sich aktiv einsetzen, politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, rekurren sie immer wieder auf grundsätzliche Rechte, die ihnen und anderen vorenthalten werden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Brigitte Oehrlein: Politische Bedeutung des Konzepts Globale Soziale Rechte (10-29); Martin Dieckmann: Vom individuellen Abwehrrecht zum Entfaltungsrecht? (30-37); Thomas Seibert: Die Bürgerrechte der Menge. Über einige Konvergenzen der sozialen Kämpfe und der Philosophie (38-55); Ronald Blaschke: Globale Soziale Rechte als Globale Politische Rechte der Weltbürgerinnen und das Bedingungslose Grundeinkommen (56-74); Rolf Künemann: Grundeinkommen global - ein soziales Menschenrecht (75-93); Wolf-Dieter Narr: Auf der Suche nach maßstäblicher Orientierung - Menschenrechtliche Ambivalenzen (94-109); Alex Demirovic: Globale Soziale Rechte und Menschenrechte - wohin führen sie? (110-121); Werner Rätz: Globale Soziale Rechte und Aneignungspraxen (122-141); Thomas Gebauer: Nichtregierungsorganisationen als Akteure für Globale Soziale Rechte (142-159); Sandro Mezzadra: Globale Soziale Rechte als Antwort auf Kapitalismus und Migrationen? Anmerkungen zur Theorie der Autonomie der Migration (160-174); Mario Candeias: Prekarisierung als Kampf um Globale Soziale Rechte und Perspektiven feministisch-sozialistischer Transformation (175-205); Iris Nowak: Wer wird sich um den Alltag sorgen? (206-216).

[115-L] Köhler, Thomas; Lenk, Wolfgang:

Arbeitspflicht und Recht auf Faulheit: Anerkennungskämpfe um 'autonome' Lebensstile jenseits der Erwerbsarbeit, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Die Hypothese einer Krise, vulgo: des Zerfalls der Erwerbsarbeitsethik kann in einfacher Form nicht mehr aufrecht erhalten werden. Denn die Erwerbsarbeit scheint, entgegen vieler Prognosen aus den 80er Jahren, weiterhin und sogar in wieder zunehmenden Maße 'eine zentrale Rolle als persönlichkeitsintegrierende Bezugsnorm der Lebensführung' zu spielen. Die 'Erwerbsneigung' von Frauen steigt relativ kontinuierlich, gleichzeitig wird die von Männern institutionell (durch restriktive Verordnungen), vor allem aber durch eine bestimmte Anerkennungskultur forciert; insgesamt gewinnt der 'Distinktionswert' eines Arbeitsplatzes und die Selbstverpflichtung, entlohnte Leistung zu bringen, unzweideutig an Bedeutung (vgl. Kurz-Scherf 1998: 49). Die Stigmatisierung nicht allein der Arbeitslosigkeit - sie wird noch toleriert, soweit sie mit Arbeitswillen verbunden ist -, sondern der Arbeitsunwilligkeit, der Faulheit, des selbstgefälligen Parasiten- und Schmarotzertums kann als eines der wichtigsten identitätsbildenden Merkmale von Arbeitsgesellschaften angesehen werden. Sie wird zum Zwecke der Legitimationsbeschaffung von politischen Parteien und Unternehmerverbänden öffentlich inszeniert, nicht zuletzt, um von Misserfolgen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik abzulenken und das Scheitern einer Politik zu kaschieren, deren letzte Weisheit in der Formel zu bestehen scheint: Je mehr Wachstum, desto mehr Arbeitsplätze. Obgleich diese Mechanik seit Jahrzehnten fragwürdig geworden ist, wanderten die 'Antithesen zur Arbeitsgesellschaft' (Beck 1999: 16) aus der gesellschaftlichen Urteilskraft wieder aus. Diesem Stand der Dinge entspricht, dass die Perspektive

der Arbeitslosenforschung auf Arbeitslose traurig geblieben ist: Behandelt wird eine Problemgruppe, die es zu re-integrieren gilt; selbst einer der wenigen kritisch-optimistischen Ansätze, der in Arbeitslosigkeit eine 'Lernprovokation' sieht (vgl. Wacker 1976), verfolgt dann lediglich und dem noch heute gültigen Mainstream entsprechend bloß mehr oder minder erfolgreiche Strategien der Deprivationsbekämpfung durch Wiedereingliederung in die Arbeitsgesellschaft. Die Arbeitslosen waren und sind noch heute ein Problem für die Gesellschaft, sie sollen verschwinden; für manche sind sie, ganz konsequent, 'die Überflüssigen' (Bude 1998). Diese zweifellos berechnete, weil dem faktischen Elend der Welt und der 'Zerstörung innerer Natur' (Krovoza 1997) zugewandte Perspektive bewegt sich jedoch in einem 'traditionellen Defizitdiskurs' (Huf 1998) und führt zu Einseitigkeiten und Verzerrungen im Hinblick auf eine möglichst zum Verschwinden zu bringende Gruppe. Arbeitslose, die nicht unglücklich, krank, eben depriviert sind, bleiben für sie uninteressant. Unser Beitrag wird nun auch keine schlicht glücklichen Arbeitslosen zu Wort kommen lassen können. Doch sollen erste Befunde aus Interviews mit Akteuren vorgestellt werden, die sich als Arbeitslose in einem institutionellen Rahmen bewegen, der ihren Ansprüchen nicht gerecht wird, die aber nicht ihre Wiedereingliederung in das Erwerbssystem fordern, sondern ein bedingungsloses Grundeinkommen und das Recht auf Nichtarbeit bzw. Faulheit. Während ihre Alltagsarrangements steuerungspolitisch oft nur als illegal angesehen werden, empfiehlt bspw. Vobruba eine genaue Erkundung der Kreativität dieser Akteure, neue 'Income Mixes' zu schaffen, und die anschließende Einbeziehung dieser Praktiken in die staatliche Sozialpolitik. Uns interessieren indessen weniger die Income als die Recognition Mixes: Wie werden die Anerkennungsausfälle, die mit dem dauerhaften Fehlen eines Erwerbsarbeitsplatzes entstehen, kompensiert? Tendieren Männer eher als Frauen dazu, diesem Ausfall mit einem ostentativ nach Anerkennung heischenden Lob der Faulheit zu begegnen? Vom empirischen Material aus soll auch ein Blick auf die philosophische Debatte um das Ende der Arbeit, näherhin auf die gerechtigkeits-theoretische Debatte um das Grundeinkommen geworfen werden." (Autorenreferat)

[116-L] Krebs, Angelika:

Why mothers should be fed: eine Kritik an Van Parijs, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 155-178 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=108)

INHALT: Die Autorin nimmt zunächst eine Rekonstruktion des Gerechtigkeitsarguments Van Parijs' für ein substantielles Grundeinkommen vor, um anschließend ihre Kritik an Van Parijs auf drei Ebenen zu entwickeln. Ihre Gegenargumente beziehen sich auf ein überzogenes Gleichheitsprinzip, den Ausverkauf des Rechts auf Arbeit sowie auf eine mangelnde Sensibilität Van Parijs' gegenüber der Verletzung des Rechts auf gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit, insbesondere von Familienarbeit. Als Alternative zu der egalitaristischen Begründung des Grundeinkommens bei Van Parijs skizziert die Autorin abschließend eine humanistische Begründung des Rechtes auf ein Grundeinkommen in der modernen Arbeitsgesellschaft. (ICI)

[117-L] Land, Rainer:

Grundeinkommen und Vollbeschäftigung!, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 73-84 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "In diesem Beitrag versucht der Verfasser, die Idee eines Grundeinkommens - trotz aller Schwächen der bisher präsentierten Konzepte - konstruktiv aufzugreifen. Er knüpft dessen Bezug allerdings an bestimmte Bedingungen und eine zeitliche Befristung. Hauptziel sei die Überwindung der gegenwärtig zu verzeichnenden Segregation und gesellschaftlichen Exklusion. Der Autor plädiert dafür, die objektiv abnehmende Erwerbsarbeit und die anwachsende freie Zeit auf alle Gesellschaftsmitglieder gerecht zu verteilen. Seine Forderung nach einem fairen Anteil an der Erwerbsarbeit und an der disponiblen Zeit für alle unterscheidet diesen Ansatz von Vorstellungen, welche für eine Befreiung in und von der Arbeit eintreten. In Zentrum rückt vielmehr die Frage, wie sich eine moderne Gesellschaft unter den Bedingungen hoher Produktivität und abnehmender Erwerbsarbeit ökonomisch reproduzieren kann und wie die gesellschaftliche Regulation der Erwerbsarbeit mit Hilfe eines Grundeinkommens in Zukunft gestaltet werden könnte." (Textauszug)

[118-L] Notz, Gisela:

Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut?: Anmerkungen aus feministischer Sicht, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 25/2005, H. 49, S. 115-125 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Die Autorin stellt einige "Visionen" einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft vor, in der der Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft und das Geschlechterverhältnis neu gestaltet werden. Ein Erfordernis ist, die begrenzt vorhandene sinnvolle existenzsichernd bezahlte Arbeit und die im Überschuss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen. Anzustreben ist eine sinnvolle, versicherungspflichtige, die eigene Existenz sichernde Arbeit für alle Menschen, die das wollen, verbunden mit der Möglichkeit, die erwerbsarbeitsfreie Zeit für Haus- und Sorgearbeiten, kulturelle, politische und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu nutzen. Zudem sind eine Arbeitszeitverkürzung (6- oder gar 4-Stunden-Tag) im Bereich der Vollerwerbstätigkeit und ein Abbau der Überstunden erforderlich. Anzustreben ist weiterhin eine Mindestrente für alle aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, die unabhängig von den einbezahlten Versicherungsbeiträgen gezahlt wird, wie sie in anderen Ländern längst üblich ist. Erst wenn es für alle Männer und für alle Frauen selbstverständlich wird, dass sie ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung und auf eigenständige Rente haben, werden freie Zusammenschlüsse unter freien Menschen wirklich werden können, ohne staatliche Bevorzugung einer bestimmten Lebensform. (ICA2)

[119-L] Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto:

Welt ist Arbeit: im Kampf um die neue Ordnung, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2008, 370 S., ISBN: 978-3-89691-661-7

INHALT: Ausgehend von der Denkfigur eines 'Epochenbruchs' (7) in Wirtschaft und Gesellschaft, den die Autoren in seiner Bedeutung mit der Epoche der Aufklärung vergleichen, ist es ihr Ziel, 'das Ganze der Arbeit' (9) - Produktion und Reproduktion in all ihren Facetten - darzustellen und nach Möglichkeiten von Befreiung und Emanzipation der Arbeit zu fragen. Somit stellt das Buch gewissermaßen auch eine Reaktion auf die in den letzten Jahren wieder verstärkt aufflammenden Appelle für eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen dar: Während letztere den Begriff der Arbeit auf Erwerbsarbeit verengt und Freiheit gleichsam jenseits dieser Sphäre ansiedelt (Freiheit von Arbeit), meint die Emanzipation und Befreiung der Arbeit im Sinne der Autoren, das schöpferische Potenzial jeglicher Form von Arbeit wieder neu zu fördern. Der Band soll somit dazu beitragen, Produktion und Reproduktion wieder als Ganzes denken zu können und Möglichkeitsräume für eine neue Kreativität zu erforschen, an die eine Politik von unten anknüpfen kann. Hierzu werden im ersten Teil des Buchs klassische Arbeitsphilosophien diskutiert, die von Simone de Beauvoir über die Vertreter der Frankfurter Schule, Althusser, Lukacs bis hin zu aktuellerem Denken bei Hardt und Negri reichen. Im zweiten Teil setzen sich die Autoren mit gegenwärtigen Umbrüchen in der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise auseinander, bevor im dritten Teil Anknüpfungspunkte für eine neue Arbeitspolitik diskutiert werden. In einem abschließend abgedruckten Gespräch zwischen den Autoren werden die wichtigsten Punkte dieses 'Werkstattbuches' (356) noch einmal aufgegriffen und es wird nach potenziellen nächsten Schritten gefragt. Insgesamt handelt es sich um einen hochinteressanten Band, der gerade mit Blick auf Hartz IV, die Grundeinkommens- und - allgemeiner - die Globalisierungsdebatte neue (alte) Blickrichtungen eröffnet, diese mit aktuellen Analysen verbindet und somit neue Denkanstöße vermittelt. (ZPol, NOMOS)

[120-L] Spangenberg, Joachim H. (Hrsg.):

Vision 2020: Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, München: Oekom Verl. 2003, 265 S., ISBN: 3-936581-07-X (Standort: UuStB Köln(38)-28A2999)

INHALT: "Deutschland braucht neue Konzepte und Reformen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft. Doch wie sollen sie aussehen? Irgendwo zwischen der Vision vom "guten Leben" und den ökonomischen Zwängen der Realität liegt der Weg in eine nachhaltige Zukunft. Dieses Buch zeigt, dass solche Wege möglich sind: Eine Richtungsangabe, ein Konzept von Nachhaltigkeit - das

die ökologische, soziale, ökonomische und institutionelle Dimension miteinander verbindet - bildet als "Nachhaltigkeitskompass" den ersten Teil. Er geht teilweise auf einen Konsultationsprozess mit Vertreterinnen von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Frauenorganisationen zurück. Diese halfen Ziele wie Schutz der Umwelt, soziale Sicherung, Zukunft der Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit zu konkretisieren. Dabei bestand - zur Überraschung aller Beteiligten - über die einzuschlagende Richtung weitgehende Einigkeit, trotz unterschiedlicher Vorstellungen über den besten Weg zum Ziel. Der zweite Teil ist die zugehörige "Nachhaltigkeits-Karte": Er illustriert anhand von Szenarien und Modellrechnungen einen möglichen Weg zum beschriebenen Ziel. Konkrete Strategien und Politikmaßnahmen, die Umweltentlastung, Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand sichern, ergeben eine ambitionierte, aber machbare Reformstrategie für ein zukunftsfähiges Deutschland, das sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien gerecht wird. Teil drei des Buches umfasst eine Reihe von "Nachhaltigkeits-Wegemarken", vertiefende Einzelstudien über ein steuerfinanziertes Grundeinkommen, eine Materialeinsatzsteuer, die Zukunft von Arbeit und Konsum, sowie die Rolle von Kreislaufwirtschaft und Strukturwandel. Das Buch bietet fundierte Informationen und ambitionierte Perspektiven. Es soll zu Diskussionen anregen und zur politischen Einmischung. Besonders aber soll es helfen, in Zukunft klarer zwischen politischer Nachhaltigkeitsrhetorik und substantiellen - Nachhaltigkeitsstrategien zu unterscheiden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Joachim H. Spangenberg: Vision 2020: Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit - Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland (19-144); Sandra Striewski: Optimierung des "Hin-Wegs" - Etablieren des "Rück-Wegs" (145-164); Torsten Brandt, Joachim H. Spangenberg: Zur Arbeit in einem zukunftsfähigen Deutschland (165-186); Rafael Ziegler: Die negative Einkommensteuer: Beispiel einer sozialen Grundsicherung (187-202); Ines Omann, Joachim Schwerd: Die Materialinputsteuer, ein neues Instrument nachhaltiger Entwicklung, Konzeption, Realisierung, Wirkung (203-221); Sylvia Lorek: Haushaltskonsum als Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit (223-237); Simon Schmitz, Stephan Moll, Friedrich Hinterberger: Sektorale Analyse der Strukturwandelprozesse auf dem Weg zu einer dematerialisierten Wirtschaft (239-249).

[121-L] Volkmann, Endres C.:

Beschäftigung und Nachhaltigkeit: Weichenstellungen für eine moderne Tätigkeitsgesellschaft,

Berlin: dissertation.de 2004, XVII, 246 S., ISBN: 3-89825-832-7 (Standort: UuStB Köln(38)-31A5567)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit wird erstmals ein erweiterter Arbeitsbegriff mit den Erfordernissen ökologischer Wirtschaftsweisen und zukunftsfähiger Lebensstile verknüpft. Diese Verknüpfung geschieht über das Prinzip der Gerechtigkeit, in dem Verantwortung, Selbstachtung und Achtung des Anderen und der Natur die Grundlagen bilden. Es wird zunächst die gegenwärtige Arbeits- und Beschäftigungssituation in Bezug auf Verteilung und Arten der Arbeit dargestellt und der Begriff der Nachhaltigkeit erläutert. Ferner werden einige moralphilosophische Theorien zum Bereich der Gerechtigkeit, Verantwortung und Ganzheitlichkeit diskutiert und Schlussfolgerungen zur Frage der nachhaltigen Beschäftigung gezogen. Vor diesem Hintergrund werden Kriterien entwickelt, wie Beschäftigung nachhaltig gestaltet werden kann und wie ein nachhaltiges Beschäftigungssystem aussehen sollte, um ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten gerecht zu werden. Als Grundlage dient ein garantiertes Grundeinkommen, um einen Zustand ähnlicher Ausgangsbedingungen zu gewährleisten. Drei Konzepte, das Eigenarbeitskonzept, das Bürgerarbeitsmodell und das New-Work-Modell, werden ausführlich dargestellt. Über einen erweiterten Arbeitsbegriff hin zu einer gerechteren Verteilung von Tätigkeiten aller Art werden auch Aspekte wie nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile betrachtet, wobei die Kreislaufwirtschaft als wichtiger Aspekt nachhaltiger Produktion herausgestellt wird. (ICI2)

[122-L] Worschech, Susan:

Soziale Sicherheit neu denken: bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht, (Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Bd. 4), Berlin 2008, 51 S., ISBN: 978-3-927760-89-9 (Graue Literatur;
www.boell.de/downloads/demokratie/GWI-Soziale_Sicherheit-Endf.pdf)

INHALT: "Eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ist eine eigenständige Existenzsicherung. Sie ist vor allem für Frauen wichtig. Denn in vielen Ländern - so auch in Deutschland - begünstigt der Sozialstaat durch eine Vielzahl rechtlicher, sozialer- und familienpolitischer Steuerungsinstrumente immer noch das patriarchale Modell des männlichen Familiernährers und Haushaltsvorstands. Hartz IV hat sogar neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen und trifft Frauen besonders hart: Sie stellen in einem Übermaß die neuen 'working poor' dar, sind bis zu einem Viertel schlechter als Männer bezahlt, arbeiten in Minijobs und in prekären Arbeitsverhältnissen. Deshalb sind Frauen mehr als Männer auf zusätzliche soziale Unterstützung angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Wie müsste ein soziales Sicherungssystem ausgestaltet sein, das Frauen und Männern eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichte? Was gehört zu einem Sozialsystem, das Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit fördert? Diesen Fragen ist das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung nachgegangen. Das vorliegende Papier hat aktuelle Grundeinkommens- und Sicherungsmodelle verglichen und auf ihre Geschlechtersensibilität geprüft. Und es bietet Argumentationshilfen für die anstehenden sozialpolitischen Debatten." (Autorenreferat)

6 Internationale Aspekte / Vergleiche

[123-L] Clarke, Simon:

Ein Grundeinkommen für Russland?, in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit : Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus, 2006, S. 103-113, ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: Der Verfasser stellt eine Simulation vor, die Kosten und Auswirkungen einer Reihe von sozialen Beihilfen in der Russischen Föderation anschaulich macht. Während diese Beihilfen an sich zwar noch kein Grundeinkommen darstellen, könnte ihr kumulativer Effekt einem Grundeinkommensschema doch recht nahe kommen. Zusammen genommen stellen diese Beihilfen ein Äquivalent zu einem Grundeinkommen dar und würden die Armut in Russland vollständig eliminieren. Sie umfassen Mindestlohn, Mindestrente, Sozialhilfe für nicht Erwerbstätige, Kinderbeihilfe und Beihilfe zur Sicherung des Mindesteinkommens. Der Verfasser beurteilt die Einführung eines Grundeinkommens in Russland in diesem Sinne als "absolut realistisch". (ICE2)

[124-L] Füllsack, Manfred (Hrsg.):

Globale soziale Sicherheit: Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus 2006, 303 S., ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: "Angesichts der Ohnmacht von Nationalstaaten, die in ihnen verfügbaren Arbeitsplätze im Lande zu halten, die eigenen Arbeitskräfte vor ausländischer Konkurrenz zu bewahren und die bestehenden Sozialstandards und ihre Finanzierung gegenüber dem Rest der Welt zu behaupten, wird zur Zeit eine Forderung immer lauter: Existenzmöglichkeiten, und das heißt heute in der Regel Einkommen, sollen unabhängig von Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Der vorliegende Band versucht diese Forderung nach einem Garantierten Grundeinkommen sowie die dazu vorgebrachten Argumente, die bereits gesetzten politischen Schritte und die Probleme, die der Umsetzung dieser Idee noch im Wege stehen, aus unterschiedlichen globalen Perspektiven zu beleuchten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Manfred Füllsack: Einleitung: Ein Garantiertes Grundeinkommen - was ist das? (9-44); Philippe Van Parijs: Grundeinkommen als weltweites Projekt? (45-58); Myron J. Frankman: Ein weltweites Grundeinkommen - eine Parteinahme (59-70); Gianluca Busilacchi: Zwei Probleme, eine Lösung: ein globales Grundeinkommen (71-80); Michael W. Howard: Lässt sich ein Grundeinkommen mit offenen Grenzen vereinbaren? (81-92); Eduardo Matarazzo Suplicy: Grundeinkommen als Mittel gegen Hunger und Armut. Die Geschichte des Grundeinkommensentwurfs in Brasilien (93-102); Simon Clarke: Ein Grundeinkommen für Russland? (103-114); John Tomlinson, Simon Schooneveldt, Penny Harrington: Ein Grundeinkommen für Australien? (115-128); Dirk Jacobi: Rot-Grüne Grundsicherungspolitik und die Herausforderungen des Grundeinkommens für den deutschen Sozialstaat (129-150); Nicoli Natrass: AIDS, Behindertenpolitik und die Grundeinkommensdebatte in Südafrika (151-158); Toru Yamamori und Soichiro Tanaka: Soziale Anerkennung und Grundeinkommen in Japan (159-168); Manfred Füllsack: Arbeit und die Unwahrscheinlichkeit ihrer Nachfrage Grundeinkommen als "historische Notwendigkeit"? (169-180).

[125-L] Kaltenborn, Bruno:

Mindestsicherungssysteme in der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 88-100 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor gibt einen detaillierten, durch tabellarische und graphische Darstellungen unterstützten Überblick über die verschiedenen nationalen Mindestsicherungssysteme in der Europäischen Union und arbeitet ihre Unterschiede, Besonderheiten und Defizite heraus. Ein Handlungsbedarf besteht seiner Meinung nach insofern, als noch nicht für alle Bürger der Europäischen Union eine Mindestsicherung auch dauerhaft sichergestellt ist. Dies betrifft vor allem Griechenland und die spanischen Balearen, die bislang über keine allgemeine Mindestsicherung verfügen. Dies gilt aber auch für Frankreich, wo die Leistungen auf ein Jahr befristet sind. Problematisch ist dort, wie auch in Spa-

nien und Luxemburg, dass für kinderlose junge Erwachsene keine Leistungen erbracht werden. Schließlich erscheint auch die Absenkung des Leistungsniveaus für junge Erwachsene in Dänemark, dem Vereinigten Königreich und in den Niederlanden problematisch. Angesichts der insgesamt geringen Leistungsniveaus in Südeuropa wäre hier eine Niveauerhöhung wünschenswert. (ICI2)

[126-L] Krebs, Hans-Peter; Rein, Harald (Hrsg.):

Existenzgeld: Kontroversen und Positionen, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2000, 255 S., ISBN: 3-89691-475-8 (Standort: StuLB Dortmund(60)-2000-93380)

INHALT: "Die Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherung wird seit einigen Jahren durch die Forderung nach Einführung eines 'Existenzgeldes' ergänzt. Vor allem Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sehen darin eine mögliche Alternative zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Der Sammelband dokumentiert die verschiedenen Positionen von Anhängern und Kritikern, wie sie während einer Arbeitskonferenz im Frühjahr 1999 in Berlin vorgetragen wurden, sowie Entwicklung und Stand der allgemeinen Diskussion. Darüber hinaus gibt er einen Einblick in die Debatte in Frankreich und Italien." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Harald Rein: Existenzgeld! Zur Geschichte einer Forderung (12-32); FelS Sozial-AG: Konferenz: Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft (34-42); Raul Zelik: Freizeitdress. Die Entkoppelung von Arbeitszeit und Einkommen (43-50); Christian Brütt: Unendliche Weiten - Koordinaten der Existenzgeldforderung (51-68); Hans-Peter Krebs: Metamorphosen des Erwerbsarbeitsystems. Von der Befreiung durch zur Befreiung der Arbeit (69-81); Frieder Dittmar: Politik ohne festen Boden unter den Füßen. Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung (82-86); Thomas Atzert/ Thomas Seilbert: Produktivität und Existenz (87-94); Martin Rheinlaender: Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgelddebatte drückt sich um eine Kritik der Arbeit (95-100); Frauengruppe Glanz der Metropole: Strategie der Arbeitsverweigerung. Existenzgeldforderung klammert Rolle der Hausarbeit aus (101-105); Wildcat: Die Perspektiven des Klassenkampfes liegen jenseits einer Reform des Sozialstaats (106-114); Reiner Hartel: Exit to Paradise? (115-120); BAG-Erwerbslose: Wir fordern ein Existenzgeld für alle Menschen (122-136); BAG-SHI: Thesen zum Existenzgeld (137-138); BAG-SHI: Existenzgeld für alle (139-152); Joachim Hirsch: Zukunft der Arbeitsgesellschaft (154-169); Andre Gorz: Auswege aus der Misere (170-186); Gespräch mit Michael Opielka. Arbeitet man wirklich für sich selbst? (187-205); Commission Revenue d'AC!: Auf zu einem europäischen Netzwerk für das Einkommen (208-213); Interview mit Laurent Guilloteau von AC!: Über die Bewegung der Erwerbslosen des Winters 1997-98 (in Frankreich) (214-223); Associations et collectifs des chomeurs et des precaries. Manifest für ein garantiertes Einkommen für alle (224-226); Commission revenu d'AC!: Ein garantiertes Einkommen für alle, Beschäftigte und Unbeschäftigte (227-233); Gründungskomitee 3RME: Es wie in Frankreich machen! Für ein europäisches Mindesteinkommen, für einen Zusammenschluss 3RME! (234-240); Andrea Fumagalli: Die Grund-sicherungsdebatte in Italien (241-245); Jose Iglesias Fernandez: Arbeitsmarkt, Armut und das Bürgerrecht auf ein Grundeinkommen (246-254).

[127-L] Leisering, Lutz; Buhr, Petra; Traiser-Diop, Ute:

Bibliography on basic income schemes in developing, transitional and developed countries, (SocialWorld - Working Paper, No. 11), Bielefeld 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.uni-bielefeld.de/soz/Forschung/Projekte/socialworld/pdf/working%20paper%2011.pdf)

INHALT: Die vorliegende Bibliographie listet Forschungsarbeiten zum Grundeinkommen für folgende Bereiche auf: (1) Entwickelte Länder und allgemeine Sozialpolitik; (2) Entwicklungs- und Übergangsländer und globale Sozialpolitik. (ICI)

[128-L] Parak, Christoph:

Europäische Sozialpolitik: zwischen Ankündigung und (un-)verbindlichen Rahmenbedingungen, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 101-125 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor skizziert die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Er wertet hierzu vor allem Dokumente der verschiedenen Organe der Gemeinschaft aus, unter besonderer Berücksichtigung der Strategieentwicklung bei den Ansätzen zur Mindestsicherung und des Zieles der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Seine Analyse macht deutlich, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen offenbar keine Alternative zu vorhandenen Mindest- oder Grundsicherungssystemen in den Mitgliedstaaten darstellt. Im Gegenteil: Erwerbsarbeit wird weiterhin als der wichtigste Weg zur gesellschaftlichen Integration angesehen, Arbeitswilligkeit für die Inanspruchnahme von staatlichen Transferleistungen vorausgesetzt. Die Schaffung von verpflichtend einzuhaltenden arbeits- und sozialrechtlichen Mindeststandards scheint indessen ein tragfähiger Kompromiss für alle zu sein. Zur Verwirklichung einer europäischen Sozialunion werden der EU aber voraussichtlich auch weiterhin außer der Vergabe von Mitteln aus den Europäischen Strukturfonds und dem Europäischen Sozialfonds weder Kompetenzen noch Instrumente zur sozialpolitischen Umverteilung zur Verfügung stehen. Statt dessen dürfte sich ein Wettbewerb der Systeme sozialer Sicherheit etablieren. (IC12)

[129-L] Petersen, Jorn Henrik:

The 'Benefit Formula' in Danish old age pensions, in: Jorn Henrik Petersen (Hrsg.) ; Klaus Petersen (Hrsg.): *The politics of age : basic pension systems in a comparative and historical perspective*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 81-97

INHALT: In seinem Beitrag wirft der Autor einen kritischen Blick auf die dänische Volksrente als ein Unterstützungsprogramm für ein Grundeinkommen mit einem einheitlichen Satz für alle (Rentenformel). Der Fokus ist auf die Einführung der Volksrente gerichtet. Indem der Autor die Entwicklung der Einkommen und Renten von der ersten Rentenreform 1891 bis in die jüngste Zeit hinein verfolgt, zeigt er auf, dass das Konzept der Rentenformel beschädigt ist. Nach Maßgabe des Verfassers kann die Entwicklung als ein fortlaufendes Muster beschrieben werden kann, in dem Beliebigkeit und Zielgerichtetheit als dominierende Elemente dänischer Rentenpolitik Hand in Hand gehen. (ICC)

[130-L] Roesler, Jörg:

Der "historische Lohn": Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen, in: *Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen*, 2008, H. 207, S. 28-36 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/207/207Roesler.pdf)

INHALT: In Anbetracht der intensiven Debatte in "Utopie kreativ" über ein bedingungsloses Grundeinkommen in den letzten beiden Jahren will der Verfasser diese Frage auf empirischer Grundlage diskutieren. Es geht hier um die praktischen Erfahrungen, die Kuba zwischen 1964 und 1973 mit dem "historischen Lohn" gemacht hat. Fidel Castro und Ernesto Che Guevara waren damals enthusiastische Befürworter einer Arbeit ohne Sanktionen und Kontrollen. Das Projekt wurde allerdings wieder eingestellt, da viele seiner Widersprüche unter den herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nicht gelöst werden konnten. (ICE2)

[131-L] Silva, Josué Pereira da:

Basic income and citizenship theory: comments on a recent Brazilian law, in: Sérgio Costa (Hrsg.) ; José Mauricio Domingues (Hrsg.) ; Wolfgang Knöbl (Hrsg.) ; Josué Pereira da Silva (Hrsg.): *The plurality of modernity: decentring sociology*, München: Hampp, 2006, S. 149-160, ISBN: 3-86618-088-8

INHALT: Der Autor thematisiert die Bedeutung des brasilianischen föderalen Gesetzes über das Bürgereinkommen vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über das Bürgereinkommen im Lande. Das Problem des Bürgereinkommens wird im Kontext der Bürgerschaftstheorie erörtert. Grundeinkommen und Bürgerschaft werden im Zusammenhang mit dem Problem der Kommodifizierung analysiert. Abschließend stellt der Verfasser unterschiedliche Aspekte der modernen Bürgerschaftskonzeption und ihrer Anwendung in Brasilien zur Diskussion. (ICG)

[132-L] Zilian, Hans Georg; Flecker, Jörg (Hrsg.):

Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit, (Internationale Konferenz "Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit", 1999), München: Hampp 2000, 258 S., ISBN: 3-87988-533-8

INHALT: "Strukturierung und Erfahrung der Arbeitslosigkeit sind heute einem dramatischen Wandel unterworfen, der von der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in den entwickelten Wirtschaftssystemen bestimmt ist. In diesem Zusammenhang treten sowohl empirische als auch normative Fragen auf, die sich auf die Implikationen dieser Veränderungen für die Situation von Arbeitslosen und für die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme beziehen; so kann hier etwa sowohl nach der Funktionalität als auch nach der moralphilosophisch fundierten Rechtfertigung des voraussetzungslosen Grundeinkommens gefragt werden. Im vorliegenden Band finden sich daher philosophische Beiträge Seite an Seite mit sozialwissenschaftlichen Arbeiten aus mehreren Disziplinen. Es ist dies ein differenzierter und vielschichtiger Zugang zu einem der zentralen politischen Probleme unserer Tage, der allerdings sehr selten an die Fragestellung herangebracht wird. Renommierter Fachleute betrachten an Beispielen, die aus der internationalen Praxis und Diskussion gegriffen werden, das komplexe Ineinanderspiel gesetzlicher Regulierungen und wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen, von normativen und von empirischen Erwägungen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: H. G. Zilian: Einleitung: Ein straffes Wirtschaften - Formen des Umgangs mit der Arbeitslosigkeit (9-31); Markus Marterbauer: Europäische Beschäftigungspolitik - erfolglose Symptomkur oder auf dem richtigen Weg zur Erreichung des Vollbeschäftigungsziels? (32-47); Bill Jordan und Jorn Loftager: Arbeitsmarktaktivierung in Großbritannien und Dänemark (48-68); Luc Sels und Geert Van Hoote-gem: Kommt es auf die temporäre Arbeitslosigkeit an? Ein Vergleich der Flexibilisierung der Arbeitswelt in Belgien und Holland (69-102); Thomas Kieselbach: Arbeitslosigkeit und Gesundheit: Perspektiven eines zukünftigen Umgangs mit beruflichen Transitionen (103-136); Margareta Kreimer: Flexibilisierung und Sozialstaat: Neue Sicherungsstrategien und deren Konsequenzen für Frauen (137-164); Jörg Flecker, Manuela Blum, Christoph Hermann: Beschäftigung als Thema von Verhandlungen in Unternehmen: Zeichen beschäftigungspolitischer Verantwortung oder Mittel zum Abbau sozialer Besitzstände? (165-185); Richard Sturn: Soziale Sicherheit und ihre Reform: Treffsicherheit und Grundeinkommen (186-205); Peter Koller: Beschäftigung und soziale Sicherheit im Lichte sozialer Gerechtigkeit (206-222); John J. McCall: Personalabbau und Arbeitgeberverantwortlichkeit (223-239); David Fryer: Unsicherheit, Strukturwandel der Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit (240-256)

7 Politische Aspekte / Sichten

[133-L] Bauman, Zygmunt:

Die Krise der Politik: Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg: Hamburger Ed. 2000, 295 S., ISBN: 3-930908-60-3

INHALT: Das Werk ist die deutsche Ausgabe des bereits 1999 in England unter dem Titel 'In search of politics' publizierten Buches. Bauman zeichnet darin in essayistisch assoziativem Stil das Bild einer düsteren Gesellschaft, in der die Ideale des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit einem entfesselten Spätkapitalismus geopfert wurden. In den drei Kapiteln des Buches behandelt Bauman die sich wandelnde Bedeutung der Politik, die Probleme der gegenwärtig existierenden Instanzen politischen Handelns und die Gründe für das Schwinden ihrer Wirksamkeit - schließlich entwickelt er eine Vision dringend notwendiger Reformen. Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Misere ist für Bauman die in der modernen Gesellschaft fehlende Fähigkeit, das Private in das Öffentliche zu transformieren. Der zwischen der Privatsphäre und der Öffentlichkeit vermittelnde Raum scheint für ihn im Zuge einer dynamischen Globalisierung weggebrochen zu sein. So sieht er die heutige Politik nicht in der Lage, die privaten Ängste und Sorgen der Bürger aufzunehmen und in langfristige, für das Gemeinwohl förderliche politische Perspektiven umzusetzen. Diese Gesellschaft, in der das Elend und Leid der Menschen kein Gehör in den Ohren der Politiker findet, ist geprägt durch Frustration, Unsicherheit, Isolation und Politikverdrossenheit. Freundschaft und Solidarität haben sich in diesem unheilvollen Szenario aufgelöst; der einzelne Bürger ist den kalten Gesetzen der globalisierten Märkte ausgesetzt. 'Die heutige Welt ist wie ein Container - bis zum Rand gefüllt mit freischwebender Angst und Frustration (...)'. Das Leben des Individuums ist übersättigt mit düsteren Befürchtungen und unheilvollen Ahnungen' (84 f.). Gedanken- und perspektivenreich beschreibt Bauman eine Gesellschaft, in der die politischen Institutionen entmachtet sind und das Schicksal des Einzelnen globalen (hier meist im Sinne von wirtschaftlichen) Prozessen hilflos ausgeliefert ist. Baumans Gedankengänge wirken oft sprunghaft und assoziativ, was mit dazu führt, dass seine Lösungsvorschläge unbestimmt bleiben müssen. 'Um aus der agora einen geeigneten Ort für autonome Individuen und eine autonome Gesellschaft zu machen, muß man gleichzeitig ihrer Privatisierung und ihrer Entpolitisierung Einhalt gebieten. Man muß die Übersetzung des Privaten in das Öffentliche wiederherstellen. Man muß den unterbrochenen Diskurs über das Gemeinwohl (...) wieder in Gang setzen' (157). Um dem Zerfall der Öffentlichkeit Einhalt zu bieten, nennt Bauman drei Lösungsvorschläge: das republikanische Modell aktiver Staatsbürgerschaft, die Bereitstellung eines beschäftigungsunabhängigen Grundeinkommens sowie die Stärkung autonomer Institutionen, die die Durchsetzung universalistischer Normen auf internationaler Ebene befördern. Leider bleibt an dieser Stelle jedoch völlig unklar, wie sich diese Vision in einer von Bauman selbst so pessimistisch beschriebenen Gesellschaft umsetzen lässt. Baumans Zeitdiagnose wirkt hier widersprüchlich, die im Untertitel beschworene Chance einer neuen Öffentlichkeit bleibt konturenlos. (ZPol, NOMOS)

[134-L] Beck, Ulrich:

Schöne neue Arbeitswelt, (Suhrkamp-Taschenbuch, Bd. 3871), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, 237 S., ISBN: 978-3-518-45871-6

INHALT: Der Autor entwirft ein Zukunftsszenario, das von einer 'Brasilianisierung' des Westens ausgeht, das heißt von einem Trend hin zu prekären, diskontinuierlichen Arbeitsverhältnissen. Damit sind die Grundlagen des Sozialstaates und der Demokratie in Gefahr. Zur Überwindung der in die Krise geratenen Arbeitsgesellschaft und als Alternative zur Leitidee der Vollbeschäftigung stellt er ein visionäres Leitbild eines Europas der Bürgerarbeit und einer postnationalen Bürgergesellschaft vor: "Die Antithese zur Arbeitsgesellschaft ist die Stärkung der politischen Gesellschaft der Individuen, der aktiven Bürgergesellschaft vor Ort. Die Vision ist eine zugleich lokale und transnationale Bürgerdemokratie in Europa. Mit der Bürgerarbeit, die diesem Zweck dient, entsteht neben der Erwerbsarbeit eine alternative Aktivitäts- und Identitätsquelle, die den Menschen nicht nur Befriedigung schafft, sondern auch Zusammenhalt in der individualisierten Gesellschaft durch die Verlebendigung der alltäglichen Demokratie stiftet." Als Grundlage hierfür werden Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und ein bedingungsloses Grundeinkommen betrachtet. (IAB2)

[135-L] Behrend, Olaf; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Sondermann, Adriane:

Kritik der reinen Aktivierung: Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 197-247

INHALT: Die Verfasser gehen zwei Zielen nach: Sie zeigen, dass - und wie - die Verschärfung der Verknüpfung von "Arbeiten und Essen" oder aktuell zutreffender: von (demonstrierter) Arbeitswilligkeit und Essen sich in der gegenwärtigen Praxis der Arbeitsverwaltung niederschlägt. Diese Ausführungen (Abschnitt 1) vermitteln Eindrücke davon, dass und wie diese Praxis tatsächlich den Arbeitslosen nicht selten ein beträchtliches Ausmaß an Umgestaltung ihres Lebens ansinnt und so erheblich in deren Autonomie eingreift. Ohne Zweifel wäre solchen Einschränkungen individueller Autonomie mit einem bedingungslosen Grundeinkommen ein Riegel vorgeschoben. Der Abschnitt 2 hat die Darstellung und Analyse von Biographien und Lebensbedingungen Arbeitsloser zum Gegenstand. Damit wird das Erkenntnisziel verfolgt, anhand kontrastiver empirischer Fälle eine Beurteilungsgrundlage zu erarbeiten, von der ausgehend Aussagen über Folgen eines "bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger" für jetzige Empfänger sozial staatlicher Fürsorgeleistungen getroffen werden können. Dem Abschnitt über die Arbeitslosen folgt eine Diskussion (Abschnitt 3) der Befunde im Lichte der Konstitution des Sozialstaats. Im letzten Abschnitt versammelt ein Fazit auch in politischer Hinsicht Thesen, welche Folgen ein bedingungsloses Grundeinkommen für die betrachteten Fälle und den Sozialstaat wohl hätte - und welche nicht. (ICF2)

[136-L] Bischoff, Joachim:

Von der verlorenen Utopie: Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 17-27 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Verfasser skizziert den gesellschaftstheoretischen Hintergrund der Forderung nach einem universellen Grundeinkommen und beleuchtet davon ausgehend dann dessen utopischen Gehalt. Er kritisiert dabei vor allem, dass die Verfechter eines Grundeinkommens die gegenwärtigen Machtverhältnisse völlig ausblenden und keine Vorschläge zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses unterbreiten." (Textauszug)

[137-L] Blaschke, Ronald:

Bedingungsloses Grundeinkommen: Ausbruchversuch aus der Marktlogik, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 53-61 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Aufsatz der Verfassers ist der linken Utopie eines sich an der individuellen Freiheit des tätigen Subjekts orientierenden bedingungslosen Grundeinkommens verpflichtet. Der Autor lehnt in seiner Radikalität nicht nur jede Form der Erwerbsarbeit ab, sondern richtet sich auch gegen die Marktlogik überhaupt und gegen jegliches liberale wie keynesianische Denken in Wirtschaft und Gesellschaft." (Textauszug)

[138-L] Brangsch, Lutz:

Grundsicherung: ein vergessenes PDS-Konzept, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2006, H. 187, S. 417-426 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/187/187.pdf)

INHALT: In den vergangenen Monaten hat "UTOPIE kreativ" die Idee einer Grundsicherung unterstützt. Der Verfasser charakterisiert den von der Regierung initiierten "Agenda 2010"-Prozess als völligen

Umbau der gesamten sozialen Beziehungen. Er stellt sodann das Konzept der PDS für ein Grundeinkommen vor, das die Partei dem Deutschen Bundestag bereits 1993 vorgelegt hat. (ICEÜbers)

[139-L] Bröckl, Lena (Redakteur):

Perspektiven!: soziale Bewegungen und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verl. 2004, 214 S., ISBN: 3-89965-090-5

INHALT: Der Band enthält eine Auswahl von Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Workshop-Berichten, die beim Perspektivenkongress im Mai 2004 in Berlin vorgetragen bzw. danach erstellt wurden. Gebündelt werden die zukünftigen Handlungsfelder und es werden Möglichkeiten gemeinsamen Engagements aufgezeigt. Inhaltsverzeichnis: Frank Bsirske: Aktion und Diskussion: beides ist notwendig. Gemeinsame Punkte für soziale Bewegung und Gewerkschaft; Friedhelm Hengsbach: Die Solidarität schmilzt nicht von selbst; Luciana Castellina: Besser als 68: Soziale Bewegung gegen neoliberale Deutungsmuster und Herrschaftsmodelle; Bodo Zeuner: Privatisierung der Politik - Erosion von Demokratie; Frieder Otto Wolf, Werner Thole: Politische Forderungen angesichts des Zerfalls des sozialen Zusammenhalts; Ariel Salleh: Grußwort aus dem globalen Süden; Klaus Wiese: Niedriglöhne und verschärfte Zumutbarkeit; Claus Schäfer: Konzepte zur Bekämpfung von Niedriglöhnen; Frank Schmidt-Hullmann: Bolkestein toppt Maggie Thatcher: Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie und ihre wahrscheinlichen Folgen; Steffen Lehnendorf: Reformblockade per Arbeitsplatzverlängerung; Klaus Pickhaus: 'Gute Arbeit' - ein 'gegendentenzielles Projekt'; Kristina Bayer: Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeit; Robert Ulmer: Das Recht auf Faulheit und die autoritäre Arbeitsgesellschaft; Anne Allex: Nach den Sternen greifen: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle! Workshop-Bericht. Privatisierung und Demokratie: Alexis J. Passadakis: Stoppt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen! Claudine Nierth, Frank Rehmet: Privatisierung und direkte Demokratie: Volksbegehren und Volksentscheide als Aktionsform für soziale Bewegung; Dietmar Hezel: Wie viel Markt verträgt die Demokratie? Klaus-Rainer Rupp: Beteiligungshaushalt - Workshop-Bericht; Nele Hirsch: Wir haben Alternativen! Bildung ist keine Ware; Eva-Maria Stange: Bildung ist Spitze!? Verschenkte Potenziale und wie man wieder mobilisieren kann; Margit Hähner: 'Zukunft der Kultur': acht Thesen zur Enquete-Kommission; Annette Mühlberg: Wissensallmende statt Copyright! Wachstum, Ökologie, Innovation: Heinz Putzhammer: Soziale und ökologische Gerechtigkeit: Einklang oder Widerspruch?; Ines Omann, Friedrich Hintergerber, Harald Hutterer: Beschäftigung und Umwelt - Längere Arbeitszeiten und Sozialabbau sind der falsche Weg; Adelheid Biesecker: Ökologische und feministische Innovationsforderungen und -impulse; Fabian Scheidler: Gibt es ein Leben nach dem Wachstum?; Soziale Gerechtigkeit, Steuern, Finanzmärkte : Martina Wasserloos-Strunk: Sozialstaat ist finanzierbar; Marianne Saarholz: Sozialstaat und Verteidigungsgerechtigkeit; Hans-Ulrich Deppe: Perspektive Solidarität: Zur Zukunft des Gesundheitswesens; Christoph Butterwege: Sozialstaat in Finanznöten; Ursula Engelen-Käfer: Konkrete Umsetzung einer solidarischen Bürgerversicherung: Eine Zwischenbilanz; Sven Giegold, Michael Schlecht: Gemeinsame Konzepte von ver.di und Attac; Peter Wahl: (Re-)Regulierungen der internationalen Finanzmärkte; Daniela Setton, Philipp Hersel: International Clearing Union (ICU): Alternativen zum neoliberalen internationalen Finanzsystem - Workshop-Bericht. Globale soziale Rechte, Antidiskriminierung: medico international: Weltbürgerliche Solidarität: Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit jenseits des nationalen Sozialstaats; Gesellschaft für Legalisierung: Wir sind unter euch: Recht auf Legalisierung; Hartwig Mallmann: Es geht auch anders: Gesellschaft ohne Diskriminierung; Bernd Mansel: Kein Mensch ist illegal - Leben und arbeiten in der Illegalität; Roland Roth: Alternativen, für die sich zu streiten lohnt; Ewald Nowotny: Für eine andere europäische Wirtschaftspolitik; Jürgen Peters: Inhalte eines Politikwechsels!; Richard Detje, Horst Schmitthenner: Perspektiven: Wir haben Alternativen für einen Politikwechsel; Detlef Hensche: Das politische Mandat zurückerobern!; und 2 weitere Aufsätze.

[140-L] Busch, Ulrich:

Integration durch Arbeit oder sozialstaatlich alimentierte Exklusion, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 4-16 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "In diesem Beitrag stellt der Verfasser 'linke' und 'rechte' Grundeinkommenskonzepte gegenüber und zeigt, worin diese sich substantiell unterscheiden. Aber auch, worin sie sich ähneln, nämlich in ihrer Distanz gegenüber der Erwerbsarbeit. Da Erwerbsarbeit aber bis auf weiteres die Hauptform gesellschaftlicher Integration ist, erweist sich das Grundeinkommen nicht als Integrations-, sondern als Exklusionskonzept. Zudem ist es in den bisherigen Modellen nicht finanzierbar und in seinen ökonomischen Wirkungen äußerst problematisch." (Textauszug)

[141-L] Busch, Ulrich:

Schlaraffenland - eine linke Utopie?: Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 181, S. 978-991 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/181/181Busch.pdf)

INHALT: Es scheint, als ob der einzige Weg aus der Krise darin besteht, dass die gesamte Vollerwerbsgesellschaft eine radikale Revision ihres eigenen Konzeptes durchführt. Unter den unterschiedlichen vorgetragenen Vorschlägen hat der des garantierten Grundeinkommens eine besondere Attraktivität. Aber er konstituiert eine radikale soziale Utopie, die nicht nur im Widerspruch zum Kapitalismus steht sondern auch zum traditionellen Sozialismus, zur christlichen Ethik und auch zur kommunistischen Idee einer freien Arbeitsgesellschaft. Das poetische Vorbild für diesen Vorschlag ist 'das Land wo Milch und Honig fließen'. Der Autor sieht diesen Vorschlag als romantische soziale Utopie, die zu teuer ist und deshalb als politisch unrealistisch und illusionär anzusehen ist. (ICFÜbers)

[142-L] Gorz, André:

Arbeit zwischen Misere und Utopie, (Edition Zweite Moderne), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 207 S., ISBN: 3-518-41017-2

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem Problem der internationalen Finanzmärkte und Devisengeschäfte auseinander. Er skizziert Strukturen und Potenziale einer postfordistischen Wirtschaft mit ihrem Paradigmenwechsel von der zentralen, hierarchischen Organisation zum azentrischen, selbstorganisierenden Netzwerk. Parallel zu diesem Prozess vollzieht sich nach Ansicht des Verfassers ein gesamtgesellschaftlicher Wandel, der auf den Untergang der Arbeitsgesellschaft und damit auch auf ein Aufbrechen der Verknüpfung von Anrechten und Lohnarbeit hinausläuft. Hinter diesem kulturellen Wertwandel ist der Bereich des Politischen bislang zurückgeblieben. Es gilt, Perspektiven jenseits der Lohngesellschaft zu entwickeln: Multiaktivität als gesellschaftliche Alternative, ein bedingungsloses soziales Grundeinkommen, Aufbau von Kooperationsringen, eine neue Zeit- und Stadtpolitik. (ICE)

[143-L] Hürtgen, Stefanie:

Prekarität als Normalität: von der Festanstellung zur permanenten Erwerbsunsicherheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 113-119 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/april/prekaritaet-als-normalitaet)

INHALT: Die jüngsten Massenentlassungen in Großkonzernen, wie zum Beispiel bei BMW, Siemens oder Nokia, markieren eine Wende in der deutschen Beschäftigungspolitik, nämlich die zunehmende Unsicherheit auch der "Kernbelegschaften". Damit stellt sich nach Meinung der Autorin die Frage, ob die herkömmliche Unterscheidung zwischen "prekärer" und "normaler" Beschäftigung heute überhaupt noch sinnvoll oder bereits überholt ist. Sie thematisiert das Ende des Normalarbeitsverhältnisses und bezieht sich exemplarisch auf Pierre Bourdieus Vortrag "Prekarität ist überall" aus

dem Jahr 1997 sowie auf Robert Castells Arbeiten über die "Zonen sozialer Kohäsion". Im Unterschied zu dieser französischen Diskussion zeigt sie ferner die Positionen des deutschen Sozialforschers Klaus Dörre auf. Die Gegenüberstellung von "prekär" und "normal" Beschäftigten verweist ihrer Meinung nach auf eine politische Dimension und eine sozial höchst unsicher werdende Gesellschaft, die von gegenseitigen Projektionen und Stigmatisierungen gekennzeichnet ist. Die Gewerkschaften sollten daher diese Unsicherheit von Lohnabhängigkeit in das Zentrum ihrer Politik stellen und eine soziale Sicherheit erstreiten, die unabhängig vom jeweiligen Erwerbsstatus gelten sollte. Hierbei könnte auf verschiedene, derzeit diskutierte Forderungen zurückgegriffen werden, z.B. das Existenzgeld bzw. Grundeinkommen oder die kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter, wie Bildung, Transport und Erholung. (ICI2)

[144-L] Jacobi, Dirk:

Rot-Grüne Grundsicherungspolitik und die Herausforderungen des Grundeinkommens für den deutschen Sozialstaat, in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit : Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus, 2006, S. 129-150, ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob das in Deutschland unter der rot-grünen Koalition neu implementierte Grundsicherungssystem einen Schritt in Richtung auf ein Grundeinkommen darstellt. Der Vorschlag eines Grundeinkommens stellt für die Konstruktionsprinzipien des deutschen Sozialstaats eine besondere Herausforderung dar, und zwar in dreifacher Hinsicht durch seine Elemente der Universalität, der Bedingungslosigkeit und der Individualisierung der Anrechte. Der Verfasser zeichnet die Ausgangsposition der rot-grünen Koalition nach und zeigt, wie es zu den beiden durchgeführten Reformen (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hartz IV) gekommen ist und welche Ziele mit diesen Reformen verfolgt wurden. Beide Reformen, so ergibt eine Prüfung anhand der genannten Elemente des Grundeinkommens, stellen keine eindeutigen Schritte in Richtung auf die Realisierung eines Grundeinkommens dar. (ICE2)

[145-L] Jahn, Jens-Eberhard:

Lebenslang lernen: Schicksal und Chance eines bildungspolitischen Programms, in: Die Deutsche Schule : Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, Jg. 96/2004, Nr. 4, S. 495-499 (Standort: USB Köln(38)-BP8050; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Ausgehend von den Thesen des EU-Memorandums für lebenslanges Lernen 2000 wird gefolgert, dass lebenslanges Lernen heute für alle Lebensbereiche und -phasen von Bedeutung ist. Die derzeit in diesen Bereich tätigen Institutionen konzentrieren sich zu stark auf die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, sehen jedoch keinen Wert in einem selbstbestimmten, emanzipatorischen Lernen. Als anti-emanzipatorisch wird die Tatsache eingestuft, dass Lernphasen im Gegensatz zu Erwerbsphasen als unproduktiv angesehen werden und in der Einstellung vieler lediglich eine Überbrückungsfunktion darstellen. Diese Einstellung würde sich durch eine allgemein größere Akzeptanz von erwerbsarbeitsfreien Lebensphasen, die soziale Absicherung durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Grundsicherung verändern. Ansätze sollten mit offenen, selbstgestalteten Lernbörsen versucht werden, die lernmotivierend wirken und die gesellschaftliche Inklusion sowie die Emanzipation fördern. (IAB)

[146-L] Kier, Volker:

Grundsicherung als Rechtsanspruch: die Lösungsansätze des Liberalen Forums, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 130-140 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor übt aus der Sicht des österreichischen "Liberalen Forums" zunächst Kritik an der im "Transfer-Wirrwarr" erstickenden wohlfahrtsstaatlichen Sozialbürokratie, die ihre sozialen Leistungen zunehmend auf dem Rücken kommender Generationen finanziert. Er stellt grundsätzliche Überlegungen zur Absicherung des Grundrechts der "Erwerbsfreiheit" an, nach denen das Recht auf Ar-

beit, sofern es nicht mehr für alle gewährleistet werden kann, durch ein einklagbares Recht auf existentielle Absicherung in Form einer allgemeinen Grundsicherung abgegolten werden müsste. Diese Grundsicherung, deren zeitlicher Realisierungsrahmen vom Autor mit dreißig Jahren angegeben wird, würde im Endeffekt die Form eines garantierten Grundeinkommens annehmen. (ICI2)

[147-L] Kilian, Thomas:

Die Zukunftswerkstatt als Modell politischer Debatte: zum Verhältnis von Analyse, Kritik, Utopie und Strategie für die Diskussion der Linken, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2008, H. 218, S. 1112-1120

(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/218/218.pdf)

INHALT: In vielen Debatten mischen sich Analyse, Kritik, Utopie und Strategie. Der Artikel plädiert für eine Trennung dieser Ebenen nach dem Vorbild von Robert Jungks Zukunftswerkstatt. Am Beispiel aktueller Theorien und Debatten werden die einzelnen Ebenen untersucht. Für die Analyse gibt es viele Beiträge aus der Wissenschaft, für Kritik bleibt Marx der Maßstab. Für die Utopie sticht Rawls hervor, der eine neue Antwort auf die Frage der Verteilung gegeben hat. Auf der Ebene der Strategie wird das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. (ICEÜbers)

[148-L] Kipping, Katja:

Und weil der Mensch ein Mensch ist: garantiertes Grundeinkommen, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 176, S. 520-524 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/176/176Kipping.pdf)

INHALT: Die Verfasserin diskutiert die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen für jedermann und schlägt vor, diese Forderung zu einem der ausgewählten, öffentlichkeitswirksamen Essentials der PDS-Politik zu machen. Sie zeigt die Vorteile eines garantierten Grundeinkommens nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt auf. Sie verbindet diese Forderung mit den tiefgreifenden Veränderungen im Beschäftigungsbereich und weist häufig geäußerte Einwände zurück. (ICEÜbers)

[149-L] Klute, Jürgen; Kotlenga, Sandra (Hrsg.):

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz: fünf Jahre Hartzreformen ; Bestandsaufnahme - Analysen - Perspektiven, Göttingen: Univ.-Verl. Göttingen 2008, 258 S., ISBN: 978-3-940344-33-5

INHALT: "Im August 2002 stellte Peter Hartz die Ergebnisse der nach ihm benannten Kommission der Öffentlichkeit vor. Zielsetzung des Sammelbandes ist es, nach einem halben Jahrzehnt der Planung und Umsetzung der Hartz-Reformen sowohl Bilanz zu ziehen als auch alternative Perspektiven in die Diskussion zu bringen. Die in diesem Band versammelten Beiträge beleuchten zum einen die politisch-normativen Grundlagen und Implikationen der Hartz-Reformen, zum anderen die konkreten Folgen des damit verbundenen Abbaus sozialer Rechte. Der Fokus dieser Bilanz reicht dabei über die materiellen und arbeitsmarktpolitischen Implikationen hinaus und umfasst Bereiche gesellschaftlichen Lebens, die unter der Zielperspektive der 'Aktivierung' eine immer stärkere Indienstnahme seitens der Arbeitsmarktpolitik erfahren. In einem zweiten Teil des Sammelbands werden alternative sozialstaatliche, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Konzepte sowie konkrete Ansätze ihrer Umsetzung vorgestellt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I. Bestandsaufnahme und Analysen - Gerhard Bäcker: SGB II: Grundlagen und Bestandsaufnahme (20-42); Andrej Holm: Wohnungspolitische Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung (43-60); Karsten Schuldt: Aktive Arbeitsmarktpolitik nach den Hartz-Gesetzen (61-73); Brigitte Sellach: Monitoring zu den Wirkungen von SGB II auf Frauenhausbewohnerinnen und Frauenhäuser (74-99); Sandra Kotlenga: Auswirkungen der Hartz-Reformen auf den Dritten Sektor (100-121); Christoph Butterwegge: Peter Hartz und historische Parallelen zu seiner Reformpolitik - ein Rückblick auf die Weimarer Republik (122-142); Sabine Bergahn: Die 'Bedarfsgemeinschaft' gemäß SGB II: Überwindung oder Verfestigung des männlichen Ernährermodells? (143-168); Jürgen Klute: Die Zukunft der Arbeit und ihre Destruktion durch die Hartz-Reformen (169-177). II. Perspektiven - Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist...

- zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (179-186); Gisela Notz: Ist Grundeinkommen eine Alternative zur aktuellen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik? (187-199); Daniel Kreutz: 'Bedingungsloses Grundeinkommen' - Kritik eines Mythos und Alternativen (200-207); Matthias Möhring-Hesse: Die Zukunft der Sozialpolitik - Demokratischer Sozialstaat (208-217); Elisabeth Voß: Wirtschaftliche Selbsthilfe gegen Armut und Ausgrenzung? (218-242); Niklas Forreiter: Modernisierung und Autonomie - Potentiale sozialer Sicherung jenseits der neuen Sozialpolitik (243-254).

[150-L] Krätke, Michael R.:

Steuern und Grundrechte: das Recht auf ein Existenzminimum, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2007, H. 196, S. 109-125 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/196/196.pdf)

INHALT: Dieser Beitrag führt die im Sommer 2005 begonnene Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen fort. Wer von einem solchen Grundeinkommen spricht, spricht nach Ansicht des Verfassers über eine Ausweitung der Menschenrechte. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist der Ausgangspunkt für eine radikale Reform des Sozialstaats und der Besteuerung im Allgemeinen. Jeder Versuch, die sozialen und wirtschaftlichen Bürgerrechte den politischen Bürgerrechten gleich zu stellen, stellt die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft in Frage und thematisiert den Widerspruch zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit einerseits und formaler politischer Gleichheit andererseits. (ICEÜbers)

[151-L] Kreutz, Daniel:

Wider den Götzen "bedingungsloses Grundeinkommen": ein Beitrag zur Ideologiekritik, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 62-72 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Verfasser sieht im Grundeinkommen einen 'Götzen', der alles verspricht, aber nichts halten kann. Für ihn ist das Grundeinkommen in seinem Kern ein neoliberales Konstrukt, eine gefährliche Ideologie, die an den Realitäten und Erfordernissen der politischen Praxis vorbeigeht und 'die Linke' zu spalten droht. Er kritisiert die ökonomischen und sozialpolitischen Schwächen dieses Konzepts mit den Mitteln einer aufklärerisch verstandenen Ideologiekritik. Statt einer 'Entsorgung der Überflüssigen' fordert er existenzsichernde Arbeit für alle, radikale Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne." (Textauszug)

[152-L] Liebermann, Sascha:

Politische Vergemeinschaftung, Autonomie der Bürger und soziale Sicherung: zum strukturellen Passungsverhältnis von demokratischem Nationalstaat und bedingungslosem Grundeinkommen, in: Stefan Kutzner (Hrsg.) ; Michael Nollert (Hrsg.) ; Jean-Michel Bonvin (Hrsg.): Armut trotz Arbeit : die neue Arbeitswelt als Herausforderung für die Sozialpolitik, Zürich: Seismo Verl., 2009, S. 162-194

INHALT: Sowohl diejenigen, die an den Prinzipien des "alten" Sozialstaats festhalten, als auch diejenigen, die ihn vehement kritisieren, setzen die Erwerbsverpflichtung als normatives Fundament voraus. Dies erklärt sich dem Autor zufolge aus einer spezifischen Deutung von Autonomie und leitet sich aber nicht aus den konstitutiven Momenten politischer Vergemeinschaftung notwendig her. Es ist also eher ein kulturelles Phänomen, dass die Erwerbsverpflichtung sich zu einer Selbstverständlichkeit gewandelt hat, als dass sie notwendig aus einer politischen Ordnung hervorgeht. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund folgende Fragen: Weshalb wird die Erwerbsverpflichtung vorausgesetzt? Welche Begründungen sind dafür in Gestalt von Deutungsmustern aufzufinden? Wie verhält sich die Erwerbsverpflichtung zur Konstitution des demokratischen Nationalstaats und entspricht sie seinen eigenen Bestandsvoraussetzungen? Was kann aus ihnen über das Selbstverständnis eines Gemeinwesens erfahren werden? Der Autor nimmt ferner eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens vor. (ICI2)

[153-L] Liebermann, Sascha:

Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 176, S. 525-533
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/176/176Liebermann.pdf)

INHALT: Der Verfasser sieht ein Grundeinkommen für alle nicht nur als Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen des Alltags in Zeiten hoher struktureller Arbeitslosigkeit, sondern auch als Mittel zur Sicherung der politischen Freiheit insgesamt. Die gegenwärtig durchgeführten Reformen tragen nichts zur Stärkung der individuellen Autonomie bei, sie schaffen vielmehr ein Klima der Repression, das in scharfem Kontrast zu den Forderungen nach verstärktem sozialen Engagement und der Übernahme von Verantwortung durch die Bevölkerung steht. (ICEÜbers)

[154-L] Loer, Thomas:

Staatsbürgerschaft und bedingungsloses Grundeinkommen - die Anerkennung der politischen Gemeinschaft, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 84-99

INHALT: Der Verfasser versteht seinen Beitrag als eine praktische Stellungnahme, die von einem normativen Standpunkt aus Argumente mobilisiert, die einer Idee Anerkennung und Wirksamkeit verschaffen sollen, für die der Autor und die von ihm mitbegründete Initiative "Freiheit statt Vollbeschäftigung" eintreten: der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Das bedingungslose Grundeinkommen bedeutet die Anerkennung der Bürger als Bürger und die Rückgewinnung der Souveränität der staatlich verfassten politischen Gemeinschaft. Durch das bedingungslose Grundeinkommen wird nicht nur grundsätzlich jedem Bürger die Anerkennung als Bürger - unabhängig von allen besonderen Eigenschaften, Merkmalen, Fähigkeiten, Fertigkeiten usw. - ausgesprochen; vielmehr ist damit durchaus auch der Schutz vor Not im Sinne einer existenzsichernden Daseinsvorsorge grundsätzlich gegeben. Insofern ist es die konsequenteste Umsetzung des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes, da die selbstverständliche, an keinerlei stigmatisierende Kontrollmaßnahme gebundene Existenzsicherung der Freiheit des Bürgers dient, statt sie zu unterhöhlen. Eine wesentliche Funktion des alten Sozialstaats ist damit erfüllt" - und darüber hinaus durch die bedingungslose Gewährung der "sozialen Rechte" dem universalisierten Staatsbürgerstatus seine materiale Basis gegeben. (ICF2)

[155-L] Mohr, Katrin:

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen: die Krise der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Politik der Inklusion, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 45/2006, H. 4 = H. 176, S. 60-68 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Arbeitslosigkeit und Prekarisierung führen zu Verunsicherungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, die für die Betroffenen häufig Armut und Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung bedeuten. Die Politik der letzten Jahre hat auf diese Krise vor allem mit Leistungskürzungen, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Hartz IV-Gesetzen zur Aktivierung Erwerbsloser reagiert. Diese Maßnahmen haben jedoch nach Meinung der Autorin mehr Druck auf Arbeitslose ausgeübt, sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Standards unterhöhlt und die soziale Verunsicherung verstärkt, so dass die Krise der deutschen Arbeitsgesellschaft letztlich nicht gelöst wurde. Als Ausweg aus dieser Krise wird seit einiger Zeit die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert, das geeignet scheint, die zentralen Ausgrenzungsfaktoren - materielle Armut, Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialstaatliche Ausgrenzung und Stigmatisierung - zu überwinden. Ist es auch dazu geschaffen, Arbeitslosigkeit als eine zentrale Ursache sozialer Ausgrenzung zu bekämpfen, oder dient es nur - wie manche Gegner befürchten - der "Entsorgung der Überflüssigen"? Die Autorin diskutiert diese und weitere Fragen und gibt einen Überblick über die verschiedenen Modelle des Grundeinkommens. (ICI2)

[156-L] Öllinger, Karl:

Grundsicherung und Grundeinkommen: keine einfache Lösung, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 126-129 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert thesenartig den liberalen Grundeinkommensvorschlag aus der Sicht der österreichischen Partei der Grünen. Er betont, dass deren Vorschläge, anders als jene der Liberalen, nicht davon ausgehen, dass ein "Ende der Arbeitsgesellschaft" so rasch absehbar sei. Eine Grundsicherung aus der Perspektive der Grünen ist daher darauf ausgerichtet, Eigenständigkeit zu fördern, und zwar nicht einfach für alle gleichermaßen, sondern lebensphasen- und bedarfsbezogen. Ein "garantiertes Grundeinkommen" im engeren Sinne würde dieser Position nicht entsprechen. Über Teilhaberechte wollen die österreichischen Grünen sicherstellen, dass die sozialen Segmentierungen zumindest verringert werden und individuelle Lebensgestaltungsentwürfe möglich werden. (ICI2)

[157-L] Opielka, Michael:

Gerechtigkeit und Garantismus: Grundlagen grüner Sozialpolitik, in: Peter Siller (Hrsg.) ; Gerhard Pitz (Hrsg.): Politik der Gerechtigkeit : zur praktischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 101-120

INHALT: Gerechtigkeit ist für den Autor ein multidimensionaler Begriff. So kann Soziale Gerechtigkeit auf den ersten Blick vor allem als Programm gegen Ungleichheit verstanden werden. Doch damit ist nicht viel an Klarheit gewonnen. Denn auch Ungleichheit hat verschiedene Dimensionen, wie Einkommen, Vermögen, Talente, Geschlecht oder Bildung. Hinzu kommt die stets strittige Frage, was Sozialpolitik, ja Politik überhaupt verändern kann und wem gegenüber. Der vorliegende Beitrag versucht daher den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Sozialpolitik grundsätzlicher zu betrachten. Diese Betrachtung zeigt: Sozialpolitik kann in der Tat sehr wesentlich zur Gerechtigkeit beitragen. Die Überlegungen des Beitrags gehen aber noch einen Schritt weiter. Sie verorten die Gerechtigkeitskonzeptionen in der Sozialpolitik entsprechend den politischen Grundorientierungen liberal-sozialdemokratisch-konservativ und skizzieren einen vierten Politiktypus. Der Autor bezeichnet ihn als "garantistisch" und stellt die These auf, dass dieser vierte Politiktypus im Kern einem grünen gesellschaftspolitischen Programm, einer grünen Gerechtigkeitskonzeption entspricht. Sie konzentriert sich in der Sozialpolitik auf elementare, menschenrechtliche fundierte Garantien. Das hervorragende praktische Instrument des Garantismus ist das Konzept des "Grundeinkommens". (ICA2)

[158-L] Opielka, Michael:

Ist ein Bürgergeld konservativ?: zur Idee eines allgemeinen Grundeinkommens, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 51/2006, H. 10 = Nr. 443, S. 25-28 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_9169_1.pdf)

INHALT: Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus schlug als erster CDU-Politiker im Sommer 2006 mit dem Modell des "Solidarischen Bürgergeldes" ein Grundeinkommen für alle Bürger in Deutschland vor. Die Tatsache, dass er dieses Konzept im Rahmen der Grundsatzdiskussion der CDU empfehlen möchte, wirft dem Autor zufolge die Frage auf, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen in die politische Programmatik einer konservativen Partei passt. Er diskutiert in seinem Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen eines allgemeinen Grundeinkommens und zeigt, dass Finanzierungsfragen stets auch Wertfragen sind, wie z.B.: Was ist gerecht? Wer bekommt was und warum? Soll der Sozialstaat nach wie vor erwerbsarbeitszentriert sein oder sollen der Bürgerstatus und soziale Grundrechte seine Struktur bestimmen? Kann sich ein Bürgergeld gegen die Spaltung der Gesellschaft, gegen die Exklusion der scheinbar Überflüssigen stellen? Wird bei der Rede von den "Leistungsträgern" der Leistungsbegriff nicht zu eng gefasst? Der Autor berichtet in diesem Kontext auch über ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten, in welchem festgestellt wird, dass der Vorschlag des "Solidarischen Bürgergeldes" finanzierbar ist, wenn einige Modifikationen vorgenommen werden. (ICI2)

[159-L] Opielka, Michael:

Grundeinkommen statt Hartz IV: zur politischen Soziologie der Sozialreformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 9, S. 1081-1090 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2004/september/grundeinkommen-statt-hartz-iv)

INHALT: Am 9. Juli 2004 verabschiedete der Bundesrat mit dem Kommunalen Optionsgesetz den Kern der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zum neuen Arbeitslosengeld II zusammengelegt, das nun Langzeitarbeitslose teils deutlich schlechter stellt. Auf dem Hintergrund massiver Proteste werden im Beitrag Hartz IV und die ihm zugrundeliegende Politik der Aktivierung kritisch analysiert. Im einem zweiten Schritt wird die Idee des Grundeinkommens entlang ihrer wichtigsten Varianten vorgestellt. Schließlich wird überlegt, ob und inwieweit Hartz IV trotz aller Kritik dennoch ein Schritt in Richtung Grundeinkommen sein könnte. Dabei wird betont, dass es sich tatsächlich bei Hartz IV um ein lohnarbeitszentriertes Grundeinkommen handelt mit dem erklärten Ziel, die Annahme auch von gering bezahlter Erwerbsarbeit attraktiver zu machen. Allerdings steht die diskriminierende Intention von Hartz IV konträr zur Idee des Grundeinkommens. Sozialpolitisch spricht deshalb alles für ein Grundeinkommen, das auf jede Form des staatlichen Arbeitszwanges verzichtet und vollständig auf Anreize setzt: Ermunterung statt Exklusion. (ICH)

[160-L] Opielka, Michael:

Grundeinkommenspolitik: pragmatische Schritte einer evolutionären Reform, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 43-59 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag enthält einige pragmatische Überlegungen zur gegenwärtigen Diskussion eines Grundeinkommens, die sich um die Frage drehen, ob es sowohl funktionale als auch normative Trends gibt, die für ein Grundeinkommen als sozialpolitische Reform sprechen. Es scheint nach Ansicht des Autors nur folgerichtig, wenn sozialreformerisch orientierte Wissenschaftler und Politiker in den letzten Jahren erneut nach einer Mischung der verschiedenen sozialen Ordnungsprinzipien suchen, d.h. nach einem "Wohlfahrtsmix" oder einem "dritten Weg" zwischen Sozialismus und Antisozialismus. Der Autor schlägt eine "4-Wege-Strategie" aus negativer Einkommenssteuer, Kombilohn (Kombination von Lohn und staatlicher Transferzahlung), Grundeinkommensformen für erwerbsäquivalente Tätigkeiten und sozialstaatlichen Infrastrukturinvestitionen vor. Dadurch könne die "De-kommodifizierung", d.h. die sukzessive Ablösung des gegenwärtig vorherrschenden Sozialintegrationsfaktors "Lohnarbeit" initiiert und der politische Stellenwert der Erwerbsarbeit an die aktuelle gesellschaftliche Realität angepasst werden. (ICI2)

[161-L] Rößler, Sebastian:

Das garantierte Grundeinkommen als Radikalreform für den deutschen Sozialstaat: Konzepte und Positionen der Bundestagsparteien, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, 138 S., ISBN: 978-3-8364-5759-0

INHALT: "Die Idee eines garantierten Grundeinkommens ist zwar nicht neu, aber wurde erst in den letzten Jahren richtig populär. Dies ist einerseits der Beharrlichkeit ihrer bekanntesten Protagonisten Götz Werner, Dieter Althaus und Katja Kipping zu verdanken, andererseits führen strukturelle Krisenphänomene des deutschen Sozialstaats wie hohe Langzeitarbeitslosigkeit, unsichere Rentenerwartungen und Altersarmut zu einer lautstarken Diskussion über dessen Zukunft. Das bedingungslose Grundeinkommen und das Bürgergeld sind radikale Vorschläge für den Umbau des Sozialstaates, die zweifelsohne nicht nur Befürworter haben. Mittlerweile hat der Diskurs auch alle Bundestagsparteien erreicht, die sich auf sehr unterschiedliche Art und Weise damit auseinandersetzen. Neben einem Einstieg in die Thematik des Grundeinkommens bietet dieses Buch einen Einblick in den Stand der Diskussionen innerhalb und zwischen den Parteien, wobei ihre eiligen sozialpolitischen Entwicklungsprozesse berücksichtigt werden. Bevor die parteiinternen Diskurse über Bürgergeld und Grundeinkommen vorgestellt werden, sind zunächst die Hintergründe zum Komplex Parteien in der Diskussion um das Grundeinkommen als Reform des Sozialstaates zu klären: Hierzu zählt im Kapitel 2

eine Begriffsklärung, der einige Kernelemente des Konzeptes vorangestellt werden. Ein ideengeschichtlicher Überblick und ein Blick auf die internationale Dimension der Grundeinkommensdiskussion werden zeigen, dass die Idee nicht neu ist und auch nicht nur in Deutschland kontrovers diskutiert wird. Im Kapitel 3 rückt dann der Sozialstaat in den Mittelpunkt des Interesses. Nach einer kurzen Einführung in das Wesen und in die Charakteristik des bundesdeutschen Sozialstaates (bismarckscher Prägung) werden die wichtigsten Problemsymptome beschrieben, und einige wissenschaftlich und gesellschaftlich diskutierte Modelle als Lösungsvorschläge für eben diese Probleme vorgestellt. Im Kapitel 4 stehen die Parteien als sozialstaatliche Akteure im Zentrum. Hierbei geht es nicht so sehr um sozialpolitische Errungenschaften einzelner Parteien oder Parteiakteure, sondern vielmehr um den Wandel und die Kontinuität innerhalb ihrer sozialpolitischen Vorstellungen. Kapitel 5 zeigt mit einer Zusammenstellung der parteiinternen Ideen und Diskussionsprozesse die politischen Entwicklungen zu diesem Thema. Abschließend sollen im Kapitel 6 einige Schlussfolgerungen für die Zukunft der Grundeinkommensidee im politischen Raum gezogen werden, die aus den Untersuchungen dieser Arbeit resultieren." (Textauszug)

[162-L]

Schwarzbuch Hartz IV: sozialer Angriff und Widerstand ; eine Zwischenbilanz, Berlin: Assoziation A 2006, 188 S., ISBN: 3-935936-51-6

INHALT: Die Beiträge des Sammelbandes formulieren eine fundamentale Kritik an Hartz IV aus der Perspektive linksalternativer Aktivistinnen und Aktivisten, die das Ziel verfolgen, den 'Widerstand gegen das beschleunigte Verarmungs- und Verunsicherungsprogramm' zu unterstützen. Die politische Analyse widmet sich unter anderem dem Profiling und Ein-Euro-Jobs, und konzentriert sich darauf, deren 'disziplinierenden und entrechtenden Charakter' herauszustellen. Außerdem werden 'eine Reihe konkreter Tipps und Tricks für Arbeitslose' zusammengestellt, die Handlungsmöglichkeiten zum individuellen Widerstand aufzeigen, unter anderem bei 'Zwangsdiensten' sowie 'bei verschärfter Verfolgungsbetreuung durch den sozialschnüffelnden Prüfdienst'. Daneben enthält das Buch die Auswertung einer bis Ende 2005 durchgeführten bundesweiten Befragung von Arbeitslosen zu ihrer Situation und ihren Erfahrungen. 'Eine besondere Bedeutung misst das Buch den Prozessen der Selbstorganisation innerhalb der Sozialproteste zu, die sich unabhängig von gewerkschaftlichen Positionen entwickeln, ohne dabei basisdemokratische Initiativen aus den Augen zu verlieren.' (IAB2). Inhaltsverzeichnis: Lutz Wehring: Unsere Agenda heißt Widerstand - eine Chronik (12-12); Harald Thome, Ulrike Gieselmann: Haiti-Praxis - viele Fragen zu den alltäglichen Auseinandersetzungen um Einkommen und Rechte (12-30); Dorothee Fetzter: Verfolgungsbetreuung, Schikanen und Verletzungen der Privat- und Intimsphäre (31-45); Anne Alex, Anne Eberle: Praxis des Profiling - Geschichte, Theorie, Anspruch, Wirklichkeit, Widerständigkeit (46-72); Mag Wompe, Ralf Pandorf: Anonyme Umfrage zum Arbeitsamt und zu Ein-Euro-Jobs (73-83); Mag Wompe: Schwarze Schafe der Erwerbslosenindustrie - Ein-Euro-Jobs bundesweit (84-88); Hagen Kopp: Ausbeutung ohne Grenzen : Hartz IV, Migrationsmanagement und die Kämpfe dagegen (89-97); Anne Bernheim: 'Wir werden hier kontrolliert arbeitslos gehalten...' - Ein-Euro-Jobs: mehr als Disziplinierung? (98-108); Harald Rein: Zwangsdienste in Deutschland (109-121); Frank Jäger: Wenn wir uns nicht selbst helfen, wird uns niemand helfen! Die alltäglichen Kämpfe um Einkommen und Existenzsicherung brauchen Selbstorganisation (122-134); Mag Wompe: Gewerkschaftsbewegung im Hartz-Dilemma (135-139); Martin Strotmann: Kapitalistische Deregulierung und Widerstand in Westeuropa - das Beispiel Britannien und Frankreich (140-156); Detlef Hartmann, Oskar Schlaak: Abrichtung und Revolte: Widerstand in der Epoche der Unterwerfung zu Humankapital (157-172); Tom Binger: Jenseits von Markt und Staat - neue Formen und Visionen des Sozialen. Garantiertes Grundeinkommen und gesellschaftliche Infrastruktur - Alternativen zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates? (173-186).

[163-L] Siller, Peter:

Gerechtigkeit und öffentliche Institutionen: Grundsicherung und Teilhabe durch eine politische Strategie öffentlicher Institutionen, in: Peter Siller (Hrsg.) ; Gerhard Pitz (Hrsg.): Politik der Gerechtigkeit : zur praktischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 281-325

INHALT: Der Beitrag entwickelt den Ansatz einer "Erweiterten Gerechtigkeit" am Beispiel der Grundsicherung. Ausgangspunkt ist dabei ein Blick auf den Begriff des "öffentlichen Guts" bzw. der Proklamation eines "Vorrangs der öffentlichen Güter". Hierbei geht es zunächst darum, einen im politischen Raum sehr vagen und zugleich hoch suggestiven Begriff sinnvoll zu bestimmen. Dies mündet mit Blick auf die Analysen der sozialen Lagen in der Bundesrepublik in die These von der Notwendigkeit einer Strategie des Ausbaus und der Transformation öffentlicher Institutionen. Wie sich diese Transformation beschreiben lässt und welchen Kriterien sie folgen wird analysiert. Daraus wiederum werden einige Rückschlüsse auf Tragfähigkeit und Grenzen von "Grundsicherung" und "Grundeinkommen" als "Stoff einer sinnvollen politischen Erzählung" gezogen. Als Fazit betont der Autor die "freiheitsermöglichende Kraft von Institutionen". Wer Freiheit ins rein "Private" abdrängt und individualisiert, verkennt die emanzipatorische Bedeutung des öffentlichen Raums. Freiheit bemisst sich an einer öffentlichen Infrastruktur und am Zugang zu allen Lebensbereichen: "Deshalb handelt es sich bei institutionellen Transfers um die andere Seite der gleichen Medaille: der Ermöglichung von gelebter Freiheit und Selbstbestimmung für alle." (ICA2)

[164-L] Sirmoglu, Avji; Streckeisen, Peter:

Das Grundeinkommen: kapitalistische Utopie oder linke Perspektive, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 177-184 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Die Verfasser stellen einleitend fest, dass die Diskussionen über das Grundeinkommen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen scheinen. So wird die Grundeinkommensidee sowohl von sozial- und wirtschaftsliberalen Kreisen propagiert als auch in kapitalismuskritischen und grün-alternativen Zusammenhängen kontrovers diskutiert. Sie vertreten die These, dass in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt relativiert werden soll. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit, und es muss mindestens gegen diese Form von Arbeit wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinausweist. Sie argumentieren, dass der Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen mit den wichtigen politischen Themen verbunden werden muss. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn die Finanzierung durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen gewährleistet wird, bestehende soziale Sicherungssysteme nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst werden und die Höhe des Grundeinkommens sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen bewegen darf. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. (ICG2)

[165-L] Sixel, Friedrich W.:

Das bedingungslose Grundeinkommen: ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2006, H. 189/190, S. 640-647
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/189-90/189.pdf)

INHALT: Der Verfasser greift die Beiträge von Ulrich Busch (Utopie kreativ 181) und Sascha Liebermann (Utopie kreativ 184) zur Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen auf und kommt zu dem Schluss, dass die Gesellschaft angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Konfrontation mit einem alle Perspektiven zerstörenden Wachstum hilflos dasteht. Daher muss die Linke - so der Verfasser - das Primat der Natur akzeptieren, nicht nur das Primat der Arbeit. Der Kampf für ein garantiertes Grundeinkommen könnte den Schlüssel für ein solches neues Verständnis bilden. (ICEÜbers)

[166-L] Vanderborght, Yannick; Parijs, Philippe van:

Das bedingungslose Grundeinkommen: ein Blick auf seine politische Realisierbarkeit, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 329-359

INHALT: Der Gedanke des Grundeinkommens selbst reicht mindestens zwei Jahrhunderte zurück, wird allerdings erst seit kurzem wirklich ernsthaft debattiert. Der Grundgedanke ist äußerst simpel, aber seine Varianten unterscheiden sich manchmal stärker voneinander als jede einzelne dieser Varianten von benachbarten, aber ganz anders ansetzenden sozialpolitischen Ideen. Wenn Gerechtigkeit sowohl etwas mit Gleichheit als auch mit Freiheit zu tun hat, ist es schwierig, der Forderung nach einem bedingungslosen Einkommen, das jedem Einzelnen in gleicher Höhe zusteht und ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Ungeborgenheit garantiert, keinerlei Interesse zu schenken. Um allerdings die vielfältigen möglichen Einwände zu entkräften, sollte man genau definieren, worin das zugrunde liegende Ideal eigentlich besteht, und auch die Annahmen über soziale Sachverhalte offen legen, die das Grundeinkommen zu einem (diesem Ideal entsprechenden) Instrument im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit machen. Sowohl in den Ländern, die bereits über eine Mindestsicherung verfügen, als auch in verschiedenen anderen Staaten weisen diverse Reformen, die von mehr oder weniger einflussreichen Organisationen manchmal lediglich gefordert, manchmal auch von den Machthabern ernsthaft ins Auge gefasst und vereinzelt sogar bereits umgesetzt wurden, mehr oder weniger deutlich in diese Richtung. Ob diese Reformen letztlich zur Einführung eines wirklichen Grundeinkommens in einem Land und später vielleicht auch auf einer höheren Ebene führen werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit man bereit ist, sich intellektuell darauf einzulassen, d. h. vorurteilslos und unvoreingenommen verstehen zu wollen, worin das Grundeinkommen besteht, welche Gründe dafür und welche dagegen sprechen. Es wird allerdings auch von dem politischen Willen abhängen, der durch dieses Bemühen um ein besseres Verständnis begründet, gefördert und gesteuert wird. Dieser Kampf ist noch nicht gewonnen, weder für die eine noch für die andere Seite. Um den Ausgang dieser Auseinandersetzung zu beeinflussen, kann es sicherlich nicht schaden, zu schauen, welche relevanten Argumente uns die Sozialwissenschaften bieten und welche Gerechtigkeitsanforderungen sich stellen. (ICF2)

[167-L] Vobruba, Georg:

Zum Wandel der Begründungen eines garantierten Grundeinkommens, in: Michael Fischer (Hrsg.) ; Nikolaus Dimmel (Hrsg.): *Sozialethik und Sozialpolitik : zur praktischen Ethik des Sozialen*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2006, S. 77-87, ISBN: 978-3-631-54745

INHALT: In seiner Auseinandersetzung mit der Debatte über das garantierte Grundeinkommen analysiert der Verfasser die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und sozialpolitischen Argumente und stellt fest, dass Argumente in der älteren Grundeinkommensdiskussion vielfältiger gewesen sind. Er schlägt vor, die Begründungsversuche eines Grundeinkommens mit der soziologischen Gerechtigkeitsforschung in Verbindung zu setzen. Dabei handelt es sich um die Akzeptanz und um die Akzeptanzbedingungen des Wohlfahrtsstaates und insbesondere des Grundeinkommens und um die Einstellungen der politischen Akteure zu diesem Thema. Abschließend diskutiert der Autor die These, dass die Moralisierung eines gesellschaftlichen Anliegens ein Zeichen für seine politische Undurchsetzbarkeit ist. (ICG2)

[168-L] Völker, Wolfgang:

Soziale Fragen: Arbeit - (Grund)einkommen - Auskommen, in: *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 7-23 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der folgende Text gibt im Sinne eines ausführlichen Editorials eine Einführung in das Heft. Die unter verschiedenen Überschriften debattierten aktuellen sozialen Fragen im Kontext von Arbeiten, Einkommen und Existenzsicherung werden vorgestellt. Die Betrachtung der jüngeren Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen bildet dabei den Schwerpunkt. Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion der Redaktion der *Widersprüche* zu diesem Thema seit den 1980er Jahren reka-

pituliert. Abschließend werden Fragen zur weiterführenden Debatte und Maßstäbe für politische Einmischungen formuliert." (Autorenreferat)

8 Finanzierung

[169-L] Bofinger, Peter:

Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 61/2008, H. 7, S. 351-357 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends markiert in Deutschland einen - auch im internationalen wie historischen Vergleich - ungewöhnlichen Verlust des Staates an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen. Die Staatsquote und Einnahmenquote wurden deutlich abgesenkt. Deutliche Defizite bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung und Infrastruktur sind die Folge. Hinzu kommt die Föderalismusreform I, durch die der Zentralstaat sämtliche Kompetenzen auf dem für die Zukunft des Landes entscheidenden Feld der Bildungspolitik verloren hat. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung ist dieser deutsche Sonderweg äußerst gefährlich. Fatale Leerstellen bei notwendigen Zukunftsinvestitionen sind bereits vorhanden. Eine weitere Demontage staatlicher Handlungsfähigkeit bzw. des Sozialstaates droht durch die Föderalismusreform II und durch Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Nur durch mehr Transparenz, mit einem umfassenden internationalen 'Benchmarking' staatlicher Leistungen, vor allem im Bereich von wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben, kann der Öffentlichkeit verdeutlicht werden, wie weit hierzulande die Entstaatlichung schon fortgeschritten ist." (Autorenreferat)

[170-L] Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.):

Existenzsicherung und Erwerbsanreiz: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin 2008, 56 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080616f08.pdf)

INHALT: "Das Gutachten bietet eine fundierte Analyse einer Vielzahl von Kombilohnmodellen unter Berücksichtigung von Kosten und Beschäftigungseffekten. Der Beirat rät von der Umsetzung von Bürgergeldmodellen und von Vorschlägen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen ab, da diese mit nicht zu bewältigenden fiskalischen Risiken, ungewissen Beschäftigungseffekten sowie einer Reihe systematischer Probleme verbunden sind. Zur Stimulierung von Arbeitsangebot und -nachfrage im Niedriglohnbereich setzt der Beirat dagegen auf Workfare und Lohnsubventionen in einem eng begrenzten Rahmen. Die weitere konkrete Ausgestaltung soll aber vom Ergebnis zunächst vorzunehmender empirischer Experimente abhängig gemacht werden." (Autorenreferat)

[171-L] Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:

Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Bürgergeldkonzepts von Dieter Althaus, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, H. 10, S. 36-40 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Autoren analysieren die Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Grundeinkommens-Konzepts von Dieter Althaus. Ihrer Meinung nach entlastet das vorgeschlagene Modell nicht den Arbeitsmarkt, da durch das Grundeinkommen, das alle (erwachsenen) Staatsbürger unabhängig von etwaigen Erwerbseinkünften erhalten, die Option, nicht bzw. weniger zu arbeiten, attraktiver als im geltenden Steuersystem wird. Hinzu kommt, dass die Umsetzung des Konzepts einen hohen finanziellen Aufwand erfordert: Der Finanzierungsbedarf liegt bei über 180 Mrd. Euro. Kombilohnmodelle stellen nach Ansicht der Autoren eine sinnvolle Alternative zu der bedingungslosen Zahlung eines Grundeinkommens für alle dar." (Autorenreferat)

[172-L] Kumpmann, Ingmar:

Armutsbekämpfung durch Einkommensumverteilung: zu den Zielen und Finanzierungsproblemen eines Grundeinkommens, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 28-37 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Die Verfasser behandelt das Grundeinkommen als ein Konzept, mit dem die Unzulänglichkeiten der bisherigen Armutsbekämpfung überwunden werden könnten. Das Hauptproblem sieht er jedoch in der ungelösten Frage seiner Finanzierung. Auch würden die Folgen für die Leistungsanreize und die gesellschaftliche Produktion negativ sein, was einer Verwirklichung des Konzepts enge Grenzen setzt." (Textauszug)

[173-L] Kumpmann, Ingmar:

Das Grundeinkommen - Potenziale und Grenzen eines Reformvorschlags, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 9, S. 595-601 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag fasst die aktuelle Diskussion um verschiedene Vorschläge und Ansätze eines Grundeinkommens und dessen Ausgestaltung zusammen. Unter Grundeinkommen wird 'ein Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird' verstanden. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen die Fragen der Finanzierbarkeit eines derartigen Grundeinkommens und seine Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft und Produktion. Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass das Grundeinkommen ein sinnvoller Vorschlag zur zeitgemäßen Weiterentwicklung des Sozialstaates ist. Mit dem Grundeinkommen könnte dieser wesentlich einfacher, transparenter und in sich schlüssiger gestaltet werden. Einerseits würde der Produktionsfaktor Arbeit von den Kosten der sozialen Sicherungssysteme entlastet werden und andererseits wäre das Grundeinkommen die Anerkennung einer bedingungslosen Existenzsicherung für alle Gesellschaftsmitglieder. Daher kann ein Grundeinkommen einen Großteil seiner Zwecke nur dann erfüllen, wenn es mindestens existenzsichernd ist. Die Realisierung eines Grundeinkommens steht unter dem Vorbehalt der Finanzierungsmöglichkeit. Daher plädiert der Autor für Zwischenschritte in Richtung auf ein Grundeinkommen wie die Abschaffung von Kontrollen der Arbeitsbereitschaft, die Zusammenlegung einzelner staatlicher Transfers oder die Erhöhung des Steueranteils an der Finanzierung von Sozialleistungen. (IAB)

[174-L] Moser, Maria Katharina:

Inklusion und Integration durch Grundeinkommen?, in: Christiane Eckstein (Hrsg.) ; Alexander Filipovic (Hrsg.) ; Klaus Oosterenryck (Hrsg.): Beteiligung - Inklusion - Integration : sozialetische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster: Aschendorff, 2007, S. 127-140, ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: Das Prinzip des Grundeinkommens ist, allen Bürgern eine Basisleistung auszuzahlen, die an keinerlei weitere Bedingungen geknüpft und mit jeder anderen Art eines zusätzlichen Einkommens kumulierbar ist. Die Verfasserin fragt im vorliegenden Beitrag nach dem Integrations- und Inklusionspotenzial des Grundeinkommens. Hierzu setzt sie sich mit den Positionen von Armin Nassehi, Uwe Schimank und Wilhelm Heitmeyer auseinander. Damit macht sie die Notwendigkeit deutlich, den normativen Gehalt der Begriffe Inklusion und Integration in der Begründung des Grundeinkommens genauer zu bestimmen, um das Grundeinkommen nicht mit normativen Erwartungen zu überladen. (ICE2)

[175-L] Opielka, Michael:

Was kostet ein Grundeinkommen?, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 32/2004, H. 4, S. 440-447 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Zusammenhang mit den Reformen des Typs Hartz IV plädieren Befürworter eines Grundeinkommens für die Einführung eines Grundrechtes auf ein existenzsicherndes Einkommen unabhängig vom Arbeitsmarkt. Die gewichtigsten Einwände dagegen sind Zweifel daran, ob Arbeitsmärkte ohne Zwang generell funktionieren können und ob ein Grundeinkommen finanziert werden kann. In dem Beitrag wird insbesondere die Kostenfrage diskutiert, also die Bestimmung der Armutsgrenze (etwa 640 EURO pro Monat entspräche dem Arbeitslosengeld II-Niveau), die Entscheidung zwischen Individual- und Haushaltsprinzip sowie die Frage, ob Krankenversicherung, Wohnkosten oder weitere öffentliche Güter einbezogen werden sollten. Wenn die Idee eines Grundeinkommens auch noch nicht ganz ausgereift scheint, ließe sich je nach politischem Willen und konkreter Ausgestaltung - dieses realisieren, beispielsweise durch Einführung einer Sozialsteuer auf alle Einkommen sowie eine Bürger-Krankenversicherung. (IAB)

[176-L] Pelzer, Helmut; Herrlen-Pelzer, Sibylle:

Kostenentlastung bei der Sozialhilfe durch ein Bürgergeld: eine Studie im Auftrag der Stadt Ulm, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 47/2001, H. 5, S. 542-549 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit längerem wird ein steuerfinanziertes Grundeinkommen in Höhe eines Existenzminimums gefordert. Es soll Menschen ohne oder mit sehr geringem Einkommen den Gang zum Sozialamt ersparen und arbeitswilligen Sozialhilfeempfängern die Aufnahme niedrig entlohnter Arbeit erleichtern. Ein Vorschlag hierzu ist das "Bürgergeld nach dem "Ulmer Modell". Bei ihm handelt es sich um eine Weiterentwicklung eines allgemein pauschalierten Basiseinkommens für alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ohne Ansehen der Person und ohne Überprüfung der jeweiligen Bedürftigkeit. Dem Modell liegt ein Existenzminimum von monatlich 1000 DM zugrunde, wie es vom BVG für alleinstehende Erwachsene 1997 festgelegt wurde. Die Ergebnisse der Studie sind ausschließlich monetärer Art. Sie sagen nichts über die Auswirkungen, die ein solches Bürgergeld-System auf die allgemeine Lebenssituation der betroffenen Menschen hat. (ICA)

[177-L] Pelzer, Helmut:

Bedingungsloses Grundeinkommen: Realisierung nicht ohne Finanzierung, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Wenn über Vor- und Nachteile eines 'bedingungslosen Grundeinkommens' (garantiertes Grundeinkommen, unconditional basic income, kurz Grundeinkommen) diskutiert wird, sollte immer bedacht werden, dass es auch etwas kostet. Realisierungs-Chancen bestehen nur, wenn die zu erwartenden Kosten einigermaßen bekannt sind und sich in vertretbaren Grenzen halten. Eine Finanzierung durch Veränderungen unseres Wirtschaftssystems ist reine Utopie. Sie wäre auch kontraproduktiv, weil sie der Finanzierung des Grundeinkommens die Grundlagen entziehen würde. Wie aber ist eine Finanzierung unter den gegebenen Voraussetzungen in Politik und Wirtschaft möglich? Die Kenntnis der Kosten eines Grundeinkommens und ihre Aufrechnung gegen Einsparungen bei anderen Sozialleistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe etc.) setzen genaue Angaben über den Betrag voraus, der monatlich (jährlich) als Grundeinkommen pauschal an alle Bürger oder Einwohner des betreffenden Landes bezahlt werden soll. Es ist dabei (in Deutschland) meist die Rede vom Existenzminimum (EM), worunter man das physische, das steuerliche oder das sozio-kulturelle EM verstehen kann. Genau definiert ist nur das steuerliche EM, nämlich der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer, z.Z. etwa 600 Euro / Monat für Erwachsene. Ein Grundeinkommen kann nicht zusätzlich zum sonstigen Einkommen (Lohn) gewährt werden. Die Gesamtkosten wären immens und indiskutabel. Deshalb kann die Lösung nur lauten: Wer mit seinem eigenen Einkommen (Lohn) unter einer bestimmten Grenze ("Transfergrenze") liegt, hat Anrecht auf Grundeinkommen, u.z. ohne komplizierte Prüfung der Bedürftigkeit. Er/sie zahlt dafür bei Einkommen (Lohn) bis zur Transfergrenze einen erhöhten Einkommen-(Lohn)-steuersatz. Es werden Wege aufgezeigt, wie diese Vorschläge mathematisch und steuerpolitisch korrekt zu realisieren sind. Die dafür entwickelten Rechenmodelle im Computerprogramm Excel von Microsoft können von jedem PC-Besitzer nachvollzogen werden. Kritiker der Idee eines Grundeinkommens geben sich jedoch mit derartigen Modellrechnungen nicht zufrieden. Sie ar-

gumentieren, die Einführung eines Grundeinkommens in einem Schritt sei ökonomisch, politisch und psychologisch mit zu vielen Risiken belastet und stellen damit die politische Durchsetzbarkeit in Frage. Wir haben deshalb ein weiteres Konzept entwickelt, nach dem ein Grundeinkommen, beginnend mit einer untersten Stufe, dem sog. Basisgeld, schrittweise aufgebaut, in jeder Stufe gemäß 'Experimentierklausel' im BSHG Paragraph 101a regional erprobt und auf 'Tauglichkeit' überprüft werden kann." (Autorenreferat)

[178-L] Stapf-Fine, Heinz:

Ein Grundeinkommen sprengt unser Sozialsystem: bedarfsorientierte Grundsicherung ausbauen - und so (Alters-)Armut vermeiden, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 251-257 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein Grundeinkommen würde das bestehende Sozialversicherungssystem sprengen. Viele Menschen mit spezifischen Bedarfslagen würden deshalb schlechter gestellt als heute. Die soziale Ungleichheit und die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der jeweiligen Haushaltslage würden wachsen. Wegen des garantierten Mindesteinkommens könnten die Arbeitgeber auf breiter Front Lohnkürzungen durchsetzen. Diese zentralen Kritikpunkte an Modellen des Grundeinkommens werden im Folgenden näher erläutert. Dabei werden - am Beispiel der Alterssicherung- sowohl die 'System überwindenden' Vorschläge als auch die Modelle untersucht, die auf dem bestehenden (Renten-)System aufbauen. Statt eines Grundeinkommens plädiert der Autor für den Ausbau der bedarfsorientierten Grundsicherung." (Autorenreferat)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Amann, Anton 1
Arn, Christof 75

B

Bartelheimer, Peter 47
Bauer, Tobias 3
Bauman, Zygmunt 133
Beck, Ulrich 134
Behrend, Olaf 135
Bendixen, Tim 99
Bentrup, Stefanie 107
Bischoff, Joachim 48, 136
Blaschke, Roland 4
Blaschke, Ronald 137
Boeckh, Jürgen 76
Bofinger, Peter 169
Brangsch, Lutz 138
Braun, Anneliese 108
Bröckl, Lena 139
Buhr, Petra 127
Busch, Ulrich 140, 141
Buscher, Herbert S. 5
Butterwegge, Christoph 77

C

Clarke, Simon 123

D

Daniels, Eva 78
Dietz, Martin 31
Dimmel, Nikolaus 86
Dries, Christian 6
Dujmovits, Rudi 72
Dyk, Irene 79

E

Eckstein, Christiane 80
Ehlers, Kai 81
Eichenhofer, Eberhard 49
Eichler, Daniel 82
Engler, Wolfgang 83, 84, 85
Epple, Ruedi 7

F

Farwick, Andreas 50
Fehmel, Thilo 51
Filipovic, Alexander 80
Fischer, Michael 86
Fischer, Ute Luise 52, 109
Flecker, Jörg 132
Franzmann, Manuel 8, 78, 87
Fuest, Clemens 171

Füllsack, Manfred 9, 53, 124

G

Geber, Friedrich 54
Gieffers, Susanne 50
Gorz, André 10, 11, 142
Gottschlich, Daniela 110
Gruber, Johannes 12, 13
Grün, Gabriele 55

H

Haupt, Hanna 56
Heider, Jan 88
Hein, Wolfgang 111
Heitzmann, Karin 112
Hellmeister, Heike 14
Herrlen-Pelzer, Sibylle 176
Hesse, Genevieve 58
Hohenleitner, Ingrid 32, 113
Holuba, Stefanie 15
Hürtgen, Stefanie 143

I

Ickler, Monika 59

J

Jäckle, Nicole 17
Jacobi, Dirk 144
Jahn, Jens-Eberhard 60, 145
Jung, Matthias 78

K

Kaltenborn, Bruno 125
Kersting, Wolfgang 89
Kier, Volker 146
Kilian, Thomas 147
Kipping, Katja 148
Klautke, Roland 34, 114
Kleszczewski, Diethelm 90
Klute, Jürgen 149
Köhler, Thomas 115
Koller, Peter 91
Kotlenga, Sandra 149
Krätke, Michael 16
Krätke, Michael R. 61, 150
Krause, Alexandra 17
Krebs, Angelika 116
Krebs, Hans-Peter 126
Kreft, Jesco 99
Kreutz, Daniel 151
Kumpmann, Ingmar 172, 173
Küttel, Rolf 35

L

Lamla, Jörn 62, 92
 Land, Rainer 117
 Leisering, Lutz 127
 Lengfeld, Holger 17
 Lenk, Wolfgang 115
 Lessenich, Stephan 36, 43, 63
 Liebermann, Sascha 87, 93, 94, 95, 152, 153
 Liebig, Stefan 17, 64
 Liebscher, Reinhard 56
 Loer, Thomas 154
 Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 135

M

Mau, Steffen 17, 64
 Meyn, Christina 23
 Midtgaard, Sören Flinch 96
 Mohr, Katrin 155
 Moser, Maria Katharina 174
 Müller, Matthias 18, 65, 99
 Müller, Steffi 90

N

Neuendorff, Hartmut 19, 97
 Neuhaus, Frank 90
 Neumann, Frieder 98
 Nida-Rümelin, Julian 20
 Notz, Gisela 118

O

Oehrlein, Brigitte 34, 114
 Offe, Claus 21, 22
 Öllinger, Karl 156
 Oostenryck, Klaus 80
 Opielka, Michael 37, 65, 66, 67, 68, 69, 88,
 99, 113, 157, 158, 159, 160, 175

P

Parak, Christoph 128
 Parijs, Philippe van 28, 166
 Paternoga, Dagmar 25
 Patry, Eric 38
 Peichl, Andreas 171
 Pelton, Leroy H. 100
 Pelzer, Helmut 176, 177
 Perrey, Olaf 14
 Peter, Gerd 19, 23, 24, 119
 Petersen, Jorn Henrik 129
 Pioch, Roswitha 39
 Pusch, Volker 50

R

Rätz, Werner 25
 Rein, Harald 126
 Reitter, Karl 101
 Rhomberg, Markus 26
 Roesler, Jörg 130

Rößler, Sebastian 161
 Rückin, Ulrich 14
 Ruh, Hans 75

S

Schaefer, Thilo 171
 Schandl, Franz 102
 Schär, Eva 7
 Schlichting, Karl 50
 Schmidt, Angelika 112
 Schmidt, Volker H. 103
 Schneider, Hilmar 40
 Schöb, Ronnie 27
 Schramm, Michael 113
 Schröder, Paul M. 50
 Siller, Peter 163
 Silva, Josué Pereira da 131
 Sirmoglu, Avji 164
 Sixel, Friedrich W. 165
 Sondermann, Adriane 135
 Spangenberg, Joachim H. 120
 Stapf-Fine, Heinz 178
 Steinbach, Werner 25
 Steinvorth, Ulrich 70
 Straubhaar, Thomas 32, 113
 Streckeisen, Peter 164
 Strengmann-Kuhn, Wolfgang 71
 Strüßmann, Bernd 50
 Sturm, Richard 72
 Stutz, Heidi 3

T

Traiser-Diop, Ute 127

V

Vanderborght, Yannick 28, 166
 Vobruba, Georg 29, 41, 42, 104, 105, 167
 Völker, Wolfgang 168
 Volkmann, Endres C. 121
 Vontobel, Werner 73

W

Wagner, Björn 43, 44
 Walwei, Ulrich 31
 Welter, Ralf 74
 Winkler, Gunnar 56
 Wispeleare, Jurgen de 106
 Wohlgenannt, Lieselotte 30
 Wolf, Frieder O. 19
 Wolf, Frieder Otto 119
 Worschech, Susan 122
 Wüthrich, Therese 45

Z

Zeeb, Matthias 46
 Zilian, Hans Georg 132

Sachregister

A

abhängig Beschäftigter 26
 Adoleszenz 78
 Adorno, T. 13, 119
 Afrika 124
 Afrika südlich der Sahara 124
 AIDS 124
 Akteur 21, 39, 88, 99
 aktivierende Arbeitsmarktpolitik 5, 18, 47, 135, 149, 170
 Aktivierung 8, 18, 88, 103, 135, 149
 Akzeptanz 60, 67, 104, 167
 Akzeptanzforschung 167
 Allokation 104
 alte Bundesländer 5, 17
 alter Mensch 56, 100
 Alternative 2, 10, 27, 34, 45, 46, 48, 114, 139, 149, 171
 Altersversorgung 56, 57, 178
 Altersvorsorge 56
 Althusser, L. 119
 Ambivalenz 65
 Anerkennungspolitik 154
 Anreizsystem 5, 27, 40, 159, 170, 171, 173
 Arbeit 5, 6, 8, 9, 10, 13, 15, 23, 24, 29, 33, 40, 41, 47, 48, 49, 73, 83, 97, 107, 116, 119, 120, 134, 136, 140, 168, 170, 171, 173
 Arbeiterbewegung 34
 Arbeitgeber 51, 71, 178
 Arbeitgeberverband 51
 Arbeitnehmer 26, 51, 166
 Arbeitnehmerinteresse 51
 Arbeitnehmerpolitik 51
 Arbeitnehmerschutz 51
 Arbeitsagentur 135
 Arbeitsanforderung 13
 Arbeitsbedingungen 10, 13
 Arbeitsbelastung 13
 Arbeitsbereitschaft 173
 Arbeitsgelegenheit 162, 170
 Arbeitsgesellschaft 8, 10, 19, 20, 23, 24, 25, 29, 30, 35, 36, 48, 57, 78, 83, 84, 87, 115, 116, 121, 126, 134, 142, 146, 152, 155
 Arbeitskampf 164
 Arbeitskraft 85, 111
 Arbeitskräfteangebot 33, 113, 171
 Arbeitskräftenachfrage 111, 113
 Arbeitskraftunternehmer 41
 Arbeitslosengeld 51, 69, 71, 73
 Arbeitslosengeld II 4, 5, 14, 33, 37, 40, 57, 76, 170

Arbeitslosenversicherung 33, 159
 Arbeitsloser 5, 14, 25, 58, 135, 149, 162, 166, 173
 Arbeitslosigkeit 3, 6, 10, 28, 29, 41, 70, 79, 83, 89, 91, 95, 115, 117, 132, 141, 143, 155, 159, 172
 Arbeitsmarkt 6, 21, 22, 29, 32, 33, 35, 39, 66, 79, 83, 94, 95, 97, 106, 135, 136, 159
 Arbeitsmarktentwicklung 10, 33, 143
 Arbeitsmarktpolitik 2, 5, 10, 22, 27, 31, 33, 35, 56, 94, 135, 139, 149, 159, 170, 175
 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 135
 Arbeitspflicht 14, 84, 162, 175
 Arbeitsplatzsicherung 41, 91
 Arbeitspolitik 21, 119
 Arbeitsprozess 9
 Arbeitsunfähigkeit 173
 Arbeitsverhältnis 3, 13, 82, 132, 143
 Arbeitsvertrag 21, 22
 Arbeitsverwaltung 83
 Arbeitsverweigerung 126
 Arbeitswelt 10, 12, 13
 Arbeitszeit 41, 73, 75, 126
 Arbeitszeitpolitik 8, 73
 Arbeitszeitverkürzung 4, 29, 73, 126, 134, 151
 Argumentation 22, 105, 167
 Armut 3, 4, 5, 7, 14, 21, 22, 28, 50, 56, 57, 61, 69, 71, 76, 82, 85, 86, 92, 102, 112, 118, 123, 126, 149, 157, 167, 172, 176, 178
 Armutsbekämpfung 47, 54, 61, 69, 77, 81, 123, 124
 Asien 124
 Aufenthaltserlaubnis 33
 Ausbeutung 162
 Ausländerpolitik 33, 162
 Ausländerrecht 33
 Australien 124
 Authentizität 92
 Automatisierung 11, 95
 Autonomie 78, 88, 92, 104, 152

B

Bedarf 77, 98, 108
 Bedeutung 24
 Bedürftigkeit 57, 83
 Befreiung 94, 97, 154
 Bemessungsgrundlage 49
 Benchmarking 169
 Beruf 52
 berufliche Reintegration 5, 27
 Berufsbildung 33
 Beschäftigung 15, 23, 47, 53, 82, 91, 121, 131, 143

Beschäftigungseffekt 5, 27, 32, 113, 170, 171
 Beschäftigungsentwicklung 22, 23, 35
 Beschäftigungsförderung 31
 Beschäftigungsform 10, 33, 134, 143
 Beschäftigungspolitik 14, 41, 132, 139
 Besteuerung 100, 120, 150
 Betreuung 33
 Bevölkerung 64, 67
 Bevölkerungsentwicklung 33
 Bildung 80, 83, 95, 100
 Bildungsabschluss 65, 78
 Bildungsarbeit 83
 Bildungsniveau 33
 Bildungsökonomie 33
 Bildungspolitik 10, 33, 57, 169
 Bildungsreform 10, 145
 Biographie 78
 Bourdieu, P. 13
 Brasilien 124, 131
 Bremen 50
 Bundessozialhilfegesetz 37
 Bundestag 161
 Bündnis 90/ Die Grünen 157
 Bürger 7, 90, 94, 152, 154, 158
 bürgerliche Gesellschaft 23, 38, 85, 93
 Bürgerrecht 61, 62, 84, 150, 163
 bürgerschaftliches Engagement 94, 95, 131
 Bürgerversicherung 67, 163

C

CDU 158
 Chancengleichheit 55, 89, 156
 Christentum 80
 Coping-Verhalten 10

D

Dänemark 129
 Dauerarbeitslosigkeit 5, 43
 Definition 15, 161
 demographische Faktoren 33, 56
 Demokratie 24, 94, 134, 149, 163
 Demokratieverständnis 8, 24
 Demokratisierung 62, 139
 Depression 13
 Deregulierung 33
 Deutschland 86
 Deutung 65, 152
 Die Grünen 156
 Dienstleistungsgesellschaft 33
 Differenzierung 21
 Diskriminierung 100, 122
 Diskurs 42, 46, 55, 93, 107, 109, 161
 Diskussion 26, 66, 68, 104, 105, 167, 168

E

Egalitarismus 98
 Ehrenamt 58

Eigenarbeit 58, 108, 126
 Eigentum 90
 Einfacharbeit 33, 40
 Einkommen 8, 9, 11, 14, 22, 23, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 42, 43, 47, 50, 53, 55, 61, 63, 65, 68, 70, 72, 73, 76, 77, 78, 82, 83, 87, 88, 93, 96, 99, 100, 101, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 116, 119, 121, 125, 126, 127, 131, 133, 135, 141, 146, 148, 155, 156, 158, 159, 160, 164, 166, 168
 Einkommenseffekt 97
 Einkommenspolitik 5, 14, 23, 37, 54, 56, 59, 61, 71, 73, 76, 87, 97, 131, 141, 160, 167, 178
 Einkommensteuer 71, 175
 Einkommensumverteilung 61, 67, 73, 172
 Einkommensunterschied 50, 66, 119
 Einkommensverhältnisse 29, 76
 Einkommensverteilung 22, 66, 67, 68, 76, 84, 93, 107, 109
 Einstellung 56, 64, 99
 Einstellungsforschung 17
 Einwanderung 33, 39
 Elektroindustrie 34
 Elternurlaub 33
 Emanzipation 23, 24, 114, 145
 Engagement 153
 Entbürokratisierung 95
 Entfremdung 9, 12
 Entstaatlichung 169
 Entwicklungsland 124, 127, 130, 131
 Epidemie 7
 Erfahrung 153
 Erklärung 135
 Erwerbsarbeit 21, 35, 51, 52, 70, 76, 82, 83, 87, 94, 101, 108, 109, 115, 117, 119, 121, 128, 134, 137, 140, 141, 143, 146, 152
 Erwerbsbeteiligung 51, 115
 Erwerbsform 51
 Erwerbslosigkeit 58
 Erwerbsminderung 144
 Erwerbstätiger 26, 37
 Erwerbstätigkeit 14, 159
 Erwerbsunfähigkeit 76
 Ethik 63, 75
 EU 39, 54, 125, 128, 132
 Europa 35, 49, 63, 125, 157
 EU-Vertrag 128
 Existenzminimum 4, 14, 25, 29, 30, 37, 47, 57, 69, 71, 108, 113, 136, 150, 151, 168, 170, 171, 172, 178
 Exklusion 7, 57, 76, 80, 100, 117, 140, 155, 163

F

Familie 47, 95, 153
 Familienarbeit 75, 116
 Familienpolitik 33, 75
 Feminismus 107, 110, 112, 114, 118, 122
 Finanzpolitik 2
 Flexibilität 3, 10, 12, 13, 29, 33, 35, 41, 51, 132, 134, 143
 Flexicurity 41
 Föderalismus 169
 Fordismus 35, 97
 Forschung 17, 127
 Forschungsergebnis 13
 Frankfurter Schule 12, 13, 119
 Frankreich 73, 126
 Frau 52, 107, 108, 109, 112, 122, 149
 Frauenberuf 122
 Frauenbewegung 118
 Frauenerwerbstätigkeit 122
 Frauenpolitik 108
 freier Beruf 57
 Freiheit 23, 24, 70, 72, 88, 90, 96, 103, 110, 119, 137, 153, 163
 Freizeit 117
 Fromm, E. 13
 Frühförderung 33
 Fürsorge 7

G

ganzheitlicher Ansatz 121
 Geld 102
 Gemeinde 7
 gemeinnützige Arbeit 134
 Gemeinschaft 55, 101
 Gemeinwesen 94, 154
 Gemeinwohl 99, 133
 Genossenschaft 149
 Genossenschaftswesen 149
 Gerechtigkeit 17, 21, 22, 24, 72, 89, 90, 96, 98, 99, 100, 104, 106, 109, 115, 120, 122, 132, 157, 163, 167
 geringfügige Beschäftigung 143
 Geschlecht 107
 Geschlechterpolitik 118
 Geschlechterverhältnis 118, 122
 Geschlechtsrolle 149
 geschlechtsspezifische Faktoren 20, 47, 52, 110, 112, 122
 geschlechtsspezifische Sozialisation 112
 Gesellschaft 6, 9, 10, 12, 22, 34, 75, 83, 100, 101, 105, 117, 119, 133, 136, 137
 Gesellschaftsbild 21, 92
 Gesellschaftskritik 11, 110, 164
 Gesellschaftsordnung 10, 45, 87, 93
 Gesellschaftspolitik 10, 43, 45, 48, 67, 84, 93, 102, 118, 157, 167
 Gesellschaftstheorie 10

Gesetzgebung 159

Gesundheit 100, 132

Gewerkschaft 19, 45, 51, 83

Gewerkschaftspolitik 34, 139, 143

Gleichbehandlung 89

Gleichberechtigung 109

Gleichgewicht 72

Gleichheit 65, 86, 89, 96, 103, 106, 108, 116, 158

Gleichstellung 32, 139

globaler Wandel 111

Global Governance 111

Globalisierung 10, 25, 33, 34, 111, 119, 127, 133

Globalsteuerung 111

Grundbedürfnis 98, 131

Grundrecht 82, 85, 88, 93, 99

Grundrente 129, 163

Grundsicherung 2, 3, 13, 18, 19, 29, 30, 31, 32, 38, 40, 41, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 53, 54, 55, 57, 59, 60, 64, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 77, 82, 83, 85, 89, 93, 96, 101, 102, 106, 107, 108, 109, 114, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 127, 128, 136, 137, 138, 140, 141, 142, 144, 146, 148, 150, 151, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 165, 168, 169, 170, 174, 176, 178

Grundversorgung 6, 45, 84, 130, 172

grüne Partei 166

Gruppenarbeit 17

Gruppendiskussion 65

H

Habermas, J. 13

Handlungsfähigkeit 94

Handlungsorientierung 30, 65, 160

Handlungsspielraum 103, 154

Hartz-Reform 2, 4, 5, 18, 31, 37, 56, 69, 135, 144, 149, 162

Hausarbeit 75

Hausfrau 75

häusliche Gewalt 149

Herrschaft 110, 154

Hilfeleistung 176

Hinzuverdienst 40

historische Analyse 129

Horkheimer, M. 119

Humanisierung der Arbeit 97

Humanismus 116

Humankapital 33, 106

Hunger 7

I

Ideengeschichte 28

Identität 80, 101

Ideologie 20, 24, 94, 151

Ideologiekritik 11, 34, 162, 164
 Implementation 17
 Individualisierung 92
 Individualismus 1, 137
 Individuum 12, 133
 Informationsgesellschaft 33
 informeller Sektor 58
 Infrastruktur 169
 Inklusion 80, 155, 163, 174
 Innovation 18, 153
 Innovationspolitik 139
 Institution 106, 135
 Integration 80, 140
 Integrationspolitik 140
 interdisziplinäre Forschung 17
 Interesse 71, 94, 178
 Interessengruppe 94
 internationaler Vergleich 54, 161, 169
 internationale Wirtschaftsbeziehungen 142
 Investition 169
 Italien 126

J

Japan 124

K

Kapital 11
 Kapitalismus 10, 11, 12, 13, 16, 34, 48, 85, 92, 102, 114, 119, 133, 164
 Kapitalmarkt 142
 Karibischer Raum 130
 Kaufkraft 104, 105
 Keynesianismus 2, 137
 Kind 33, 57
 Kindergeld 71, 123
 Kirche 7, 112
 Kloster 7
 Knappheit 72
 Kombilohn 2, 5, 27, 40, 54, 171
 Kommunalpolitik 176
 Kommunikation 26, 65
 Konservatismus 158
 Konsolidierung 63
 Konsum 11, 86
 Konzern 34
 Kosten-Nutzen-Analyse 176
 Kostensenkung 27
 Krankenversicherung 175
 Kriminalisierung 86
 Krise 4, 8, 21, 23, 36, 42, 63, 78, 109, 134, 142, 155
 Kriterium 8
 Kritische Theorie 12
 Kuba 130
 Kultur 92, 109
 kulturelle Faktoren 20
 Kunde 135

Kündigungsschutz 33
 künstlerischer Beruf 57

L

Landwirtschaft 7
 Lateinamerika 124, 130, 131
 Leben 9, 15
 Lebensbedingungen 12, 56, 111, 116
 Lebenshaltung 1
 lebenslanges Lernen 145
 Lebenslauf 62
 Lebensqualität 13
 Lebenssituation 13
 Lebensstandard 87, 158
 Lebensstil 88
 Lebensunterhalt 85
 Lebensweise 81, 114
 Lebenswelt 110
 Lebenszyklus 21
 Legitimation 24, 67, 86, 87, 154
 Leichtlohngruppe 5, 40, 57, 170
 Leistungsanreiz 8, 172
 Leistungsanspruch 47, 57, 99, 125, 149, 170
 Leistungsbezug 149
 Leistungsfähigkeit 173
 Leistungsorientierung 52
 Leistungsprinzip 67
 Leitbild 103
 Lernen 145
 liberale Partei 146
 Liberalisierung 34
 Liberalismus 38, 137
 Linksliberalismus 166
 Lohn 5, 21, 27, 33, 40, 130, 170
 Lohnabhängiger 164
 Lohnarbeit 15, 42, 61, 97, 119, 160
 Lohnhöhe 5, 40, 119
 Lohnkosten 27, 111, 170
 Lohnpolitik 5, 71, 178
 Lohnunterschied 33, 170
 Lukacs, G. 119

M

Macht 136
 Mann 52, 78
 Männlichkeit 78
 Markt 70, 72, 79, 88, 137
 Marktwirtschaft 67, 73, 74, 102
 Marxismus 97
 Mehrwert 9
 Menschenbild 54, 99, 110
 Menschenrechte 89, 114, 154, 157
 Menschenwürde 109, 157
 Metallindustrie 17
 Migration 39, 114
 Migrationspolitik 39
 Mikroelektronik 11

Mindesteinkommen 3, 4, 5, 14, 16, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 27, 28, 29, 33, 35, 37, 40, 45, 48, 51, 57, 59, 60, 61, 62, 64, 66, 71, 73, 76, 79, 80, 81, 82, 84, 89, 91, 94, 95, 97, 98, 102, 103, 107, 113, 114, 115, 118, 123, 124, 126, 130, 131, 134, 138, 144, 147, 148, 149, 150, 152, 153, 154, 165, 170, 171, 173, 174, 175, 177, 178
Mindestlohn 2, 4, 5, 33, 54, 71, 105, 123, 126, 130, 151, 164, 170
Mindestrente 38, 71, 118, 123, 144, 161
Missbrauch 63, 99
Mitbestimmung 34
Mittelalter 7
Mittelamerika 130
Mobilität 111
Modell 4, 5, 6, 31, 32, 46, 47, 66, 68, 71, 77, 98, 108, 178
Moderne 78, 101, 117
Modernisierung 103
Moral 79, 86, 91, 104, 105, 106
moralisches Urteil 86, 167
Motivation 92, 135
multikulturelle Gesellschaft 89
Mythos 92

N

Nachbarschaftshilfe 58
nachhaltige Entwicklung 120
Nachhaltigkeit 2, 110, 120, 121
Nahrungsmittel 1
Nationalstaat 111, 152
negative Einkommensteuer 4, 28, 33, 68, 77, 161, 170
Neoliberalismus 2, 34, 54, 86, 151
neue Bundesländer 2, 5, 56
Neuzeit 7
Nichterwerbstätigkeit 37
nichtstaatliche Organisation 114, 149
Niederlande 39
Niedrigeinkommen 14, 119
Niedriglohn 14, 31, 85, 119, 173
Niedrigqualifizierter 5, 27, 40, 170
Nordamerika 73, 100
Norm 75
Normalität 47, 78
Normativität 154

O

Offe, C. 62
öffentliche Aufgaben 47
öffentliche Ausgaben 113, 169
öffentliche Hand 85
öffentliche Leistung 49, 68, 77, 100, 125, 128, 155, 160, 163
öffentliche Meinung 46, 57
öffentlicher Sektor 16

öffentliches Gut 16, 34, 163
Öffentlichkeit 47, 133
Ökologie 110
Ökonomie 10, 34, 109, 149, 167
ökonomische Entwicklung 111
ökonomische Faktoren 3, 111, 151
ökonomischer Wandel 111
ökonomischer Wert 49, 140
ökonomisches Modell 3, 96, 111
ökonomische Theorie 22, 53, 79, 96, 106, 111
Ökonomisierung 86
Organisation 75, 166
Ostasien 124
Österreich 30, 54, 73, 86, 156

P

Paradigma 149
Partei 161, 166
Partizipation 110, 133, 163
Patriarchat 122
Pazifischer Raum 124
PDS 60, 138
Personalpolitik 132
Pfadabhängigkeit 167
Philosophie 17, 90, 114
Politik 17, 39, 65, 99, 104, 109, 133, 166
Politiker 167
politische Agenda 47
politische Faktoren 164
politische Institution 163
politische Kommunikation 46
politische Linke 147, 166
politische Meinung 161
politische Partizipation 134, 139
politische Philosophie 90
politisches Programm 138, 146, 158, 161
politische Theorie 90
postindustrielle Gesellschaft 59, 142
postsozialistisches Land 123, 124
Preisbildung 72
Prekariat 33
Privathaushalt 75
Privatisierung 34, 139
Privatsphäre 162
Problemgruppe 5, 57
Produktion 119
Produktionsmittel 11
Produktionsweise 81
Produktivität 11, 41, 73, 84, 111, 117
Produktivkraft 11, 72
protestantische Soziallehre 46
psychische Krankheit 13
Psychoanalyse 78
Psychopathologie 12
Publikation 127

Q

Qualifikationsanforderungen 33

R

Rahmenbedingung 107
 Rationalität 79, 97, 110
 Rawls, J. 90, 147
 Realität 104
 Realitätsbezug 104, 166
 Recht auf Arbeit 29, 70, 84, 106
 Reflexivität 78
 Reform 1, 7, 11, 18, 24, 26, 31, 32, 47, 49, 63, 68, 77, 82, 113, 129, 149, 158, 159, 160, 161, 169
 Reformmodell 74
 Reformpolitik 10, 67, 69, 71, 139, 149, 170, 176
 Reformprogramm 69
 regionaler Vergleich 5
 Regulierung 33, 117
 Reichtum 86, 92
 Religion 80
 Rente 56, 129
 Rentenanpassung 129
 Rentenberechnung 129
 Rentenversicherung 56, 178
 Rentner 178
 Reproduktion 6, 75, 97, 107, 108, 119
 Republikanismus 38
 Republik Südafrika 124
 Reziprozität 93
 Risiko 51, 86, 88
 Risikogesellschaft 134
 Rollenverständnis 149
 Russland 123, 124

S

Sanktion 170
 Schulbildung 33
 Schule 65
 Schüler 169
 Schwarzarbeit 40, 63
 Schweden 39, 54, 73
 Schweiz 3, 7, 38, 73, 75, 164
 Schwellenland 127
 Segregation 50, 117, 149
 Selbständigkeit 41
 Selbstbestimmung 23, 122, 162
 Selbsthilfe 58, 149, 162
 Selbstorganisation 162
 Selbststeuerung 145
 Selbstversorgung 11
 Selbstverwaltung 34
 Selbstverwirklichung 11, 97
 Sexualität 107
 Sicherheit 143
 Sinn 9, 52

Skandinavien 2

SOEP 171

Solidarität 25, 37, 54, 62, 74, 88, 93, 113, 149

Sozialabbau 45, 163

Sozialamt 176

Sozialarbeit 7, 18, 99

Sozialbudget 176

Sozialdemokratie 20, 36, 43, 44, 166

soziale Anerkennung 62, 65, 75, 80, 116, 124, 153

soziale Bewegung 110, 139, 164

soziale Dienste 70

soziale Einstellung 17

soziale Faktoren 56

soziale Folgen 3, 44

soziale Frage 1, 7, 36, 44

soziale Gerechtigkeit 17, 19, 22, 28, 36, 37, 44, 54, 55, 57, 67, 70, 77, 79, 80, 82, 84, 89, 90, 91, 99, 103, 108, 111, 113, 116, 121, 125, 133, 139, 156, 157, 163

soziale Integration 53, 57, 80, 83, 101, 160, 174

soziale Lage 44

soziale Marktwirtschaft 32

soziale Norm 30

soziale Partizipation 80, 134, 139

soziale Rechte 114, 149

sozialer Mindeststandard 1, 18, 37, 38, 57, 62, 64, 76, 95, 98, 112, 115, 120, 123, 142, 144, 148, 161, 177

sozialer Status 24

soziale Schließung 53, 155

soziale Sicherung 1, 3, 4, 8, 14, 19, 25, 28, 30, 31, 32, 34, 35, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 54, 57, 64, 66, 67, 68, 69, 71, 74, 76, 82, 85, 91, 93, 95, 102, 107, 109, 118, 122, 124, 125, 128, 132, 133, 141, 144, 146, 149, 152, 155, 158

soziales Netzwerk 9, 81

soziales Problem 39

soziales System 3, 4, 57, 71, 178

Sozialethik 46, 80, 86, 113

soziale Ungleichheit 19, 20, 33, 50, 53, 82, 83, 86, 91, 96, 107, 118, 143, 155, 156

soziale Unterstützung 7, 83

Sozialgeschichte 28

Sozialgesetzbuch 4, 37, 149

Sozialhilfe 4, 36, 44, 69, 76, 86, 102, 123, 157, 170, 172, 176

Sozialhilfeempfänger 27, 176

Sozialisation 13

Sozialisierung 152

Sozialismus 114, 130, 165

sozialistische Partei 60

Sozialkapital 58, 80

Sozialleistung 25, 28, 51, 61, 62, 63, 69, 88, 100, 149, 170

Sozialpartnerschaft 51, 54
Sozialpolitik 1, 3, 8, 10, 18, 20, 25, 28, 36,
37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48,
53, 54, 55, 57, 59, 62, 63, 66, 68, 69, 71,
74, 84, 85, 86, 99, 101, 102, 103, 113,
118, 127, 128, 139, 141, 146, 149, 150,
151, 152, 156, 157, 158, 160, 162, 167,
171, 175, 176, 178
Sozialstaat 3, 6, 7, 18, 21, 23, 30, 31, 32, 33,
34, 36, 43, 45, 48, 54, 55, 59, 61, 62, 63,
66, 67, 69, 77, 90, 93, 103, 113, 126,
136, 139, 140, 144, 150, 152, 161, 163,
164, 169, 173
Sozialstaatsprinzip 10, 113
Sozialstruktur 61
Sozialversicherung 3, 4, 37, 49, 61, 66, 71,
172, 173, 178
Sozialverwaltung 176
Sozialwissenschaft 17
SPD 36, 44, 83
Staat 88, 154, 169
staatliche Einflussnahme 51
Staatsangehörigkeit 154
Staatsfunktion 51
Staatsquote 169
Staatsversagen 173
Stadt 7
Stadtbevölkerung 149
Stein, L. 90
Steuerbelastung 61, 100
Steuerhinterziehung 63
Steuern 32, 61, 169
Steuerpolitik 100, 172, 173, 175
Steuerreform 61
Stiftung 7
Strategie 147
Subjektivität 12
Subsidiarität 113
Subvention 27, 40, 85, 170
Südamerika 124, 131
südliches Afrika 124
System 49
Systemveränderung 66

T

Tariflohn 5
Tarifpolitik 5, 34
Tätigkeit 6
Tätigkeitswandel 6
technischer Fortschritt 34
Technisierung 33
Teilzeitarbeit 134
Theorie 1, 10
Tradition 78
Transferleistung 4, 5, 28, 57, 93, 157, 170
Transformation 35, 92, 110
Typologie 41, 135, 157

U

Übergangsarbeitsmarkt 145
Überlebensstrategie 7
UdSSR-Nachfolgestaat 123, 124
Umverteilung 8, 20, 77, 84, 88, 92, 121, 136,
173
Umwelt 120
Umweltpolitik 139
Universalismus 133
Unternehmen 132
Ursache 56
USA 73, 100
Utopie 20, 48, 85, 94, 134, 136, 137, 141, 142,
147, 164

V

Verantwortung 55, 121, 153
Verbraucher 120
Verdinglichung 12
Verfassung 93
Verfassungswirklichkeit 54
Verhalten 120
Verhaltenswissenschaft 17
Vermarktung 131
Vermögen 90
Vermögenspolitik 136
Versicherungsprinzip 37
Versorgung 23
Verteilungseffekt 166, 171
Verteilungsgerechtigkeit 8, 48, 57, 86, 113,
166
Verteilungspolitik 6, 20, 28, 42, 76, 86, 141,
166, 173
Verteilungsstrategie 79
Vertrauen 94
Völkerrecht 90
Volkswirtschaft 74, 121
Vollbeschäftigung 35, 117, 134, 136, 151
Vorbild 134

W

Wachstum 11, 92
Ware 11, 16, 85
Weimarer Republik 149
Weltgesellschaft 111
Wert 70, 99
Wertorientierung 17, 45, 65, 75, 99, 101
Wertschöpfung 87
Wertwandel 10, 134, 142
Wettbewerb 32, 73
Wettbewerbsfähigkeit 111
Wettbewerbsordnung 111
Widerstand 114, 162
Wiedervereinigung 47
Wirtschaft 65, 99, 119, 137
wirtschaftliche Folgen 95
wirtschaftliche Lage 133

wirtschaftliche Macht 133
Wirtschaftsentwicklung 121
Wirtschaftsethik 80
Wirtschaftskreislauf 72
Wirtschaftsordnung 91
Wirtschaftspolitik 2, 139
Wirtschaftsstruktur 33, 34
Wirtschaftssystem 34
wissenschaftliche Arbeit 10
Wohlfahrt 44, 110
Wohlfahrtsökonomie 36
Wohlfahrtsstaat 1, 2, 16, 21, 36, 38, 44, 45,
49, 54, 63, 68, 79, 82, 84, 91, 99, 102,
104, 118, 132, 157
Wohlstandsgesellschaft 84, 88
Wohngebiet 50
Wohnort 50
Wohnsiedlung 50
Wohnungspolitik 149
Workfare 5, 27, 33, 40, 170

Z

Zivilgesellschaft 23, 55, 154
Zukunft 10, 33, 48, 83, 134, 169
Zukunftsfähigkeit 32, 120, 121
Zukunftsorientierung 147
Zukunftsperspektive 30, 48, 57, 147
Zumutbarkeit 27, 73, 149, 170
Zuwanderung 39
Zwang 73
Zwangsarbeit 84
zweiter Arbeitsmarkt 86, 173

19. Jahrhundert 129
20. Jahrhundert 1, 129, 133
21. Jahrhundert 6, 129, 141

Institutionenregister

Arn, C. 75

Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien -BASS- AG 3

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie
Arbeitsbereich Gesellschaftsvergleich und sozialer Wandel 43

Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Nachwuchs-
gruppe Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung 17

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. -SFZ- 56

Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- 46

Technische Universität Dortmund, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Fachgebiet Sozio-
logie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie 52

Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB 01 Philosophie, Geschichte, Religions- und Sozialwissen-
schaften, Fachgebiet Politikwissenschaft 39

Zeppelin University Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik, Department communication &
cultural management, BBDO-Lehrstuhl für Medienwissenschaft 26

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekensystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen.

Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2010 ca. 400.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 18 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Social Science Open Access Repository SSOAR
- Datenbestandskatalog DBK
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- FIS Bildung Literaturdatenbank
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 3,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Recherche Spezial und sowiport Themen-Feeds: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt und nach spezifischen Teilaspekten eines Themas gegliedert. Verschaffen Sie sich einen raschen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Die „sowiport Themen-Feeds“ präsentieren die neuesten Publikationen und Forschungsprojekte zu aktuellen Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften. Aus den sowiport-Datenbanken werden mit definierten Suchanfragen Trefferlisten generiert und nach Aktualität sortiert. In der Standardeinstellung werden die aktuellsten Dokumente der letzten sechs Monate angezeigt, andere Zeiträume können ausgewählt werden.

Die in übersichtlichen Trefferlisten angezeigten Dokumente lassen sich schnell und problemlos weiterverarbeiten und können in einem individuell gestaltbaren Ordnersystem abgespeichert und verwaltet werden. Die Nachweise lassen sich mit allen bibliographischen Angaben in gängige Literaturverwaltungsprogramme exportieren oder per E-Mail an jede beliebige Mailadresse versenden.

Die Reihe der Themen-Feeds wird kontinuierlich erweitert. Eigene Themenvorschläge können per E-Mail an die GESIS gerichtet werden.

www.gesis.org/sowiport/themen

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal (zu finden unter www.gesis.org/cews) integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-2281-0

E-Mail: info@gesis.org

